

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Lissabon, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Anzeigen und Besondere Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt die Anzeigen, die nicht mehr als 10 Zeilen umfassen, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 21. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Gegen die neueste Gemeinheit!

Die ersten Scherben.

Am 13. Mai 1912 war es, als sich Wilhelm II. auf einem Bankett in Straßburg i. Elz. an den Bürgermeister der Stadt mit den Worten wandte: „So kann das nicht weiter gehen! Wenn das nicht anders wird, werde ich Eure Verfassung in Scherben schlagen und aus dem Elz eine preussische Provinz machen.“ Und aufs Haar ein Jahr nach dieser Scherbenrede ist ein französisches Blatt in der Lage, von geplanten Ausnahmebestimmungen gegen Elz-Lothringen zu berichten, durch die Wilhelms II. Drohung zum Teil wenigstens wahr gemacht und ein Stück der staatsbürgerlichen Rechte der Reichsländer in Scherben geschlagen werden soll.

Man geht also wirklich damit um, das Reichsvereinsgesetz zu durchlöchern, indem man dem Statthalter der Reichsländer ein unbeschränktes Auflösungsrecht über alle irgendwie unbequemen Vereine einräumt und neben die Pressefreiheit den bekamteten Galgen des Herrn v. Ladden-Kriegsaff zu stellen, indem man der Regierung die Möglichkeit an die Hand gibt, nicht in deutscher Sprache erscheinende Blätter einfach zu unterdrücken. Daß derartige diktatorische Vollmachten nicht in letzter Reihe die un bequemste aller politischen Parteien treffen würden, zumal sie in Elz-Lothringen sich in erfreulichem Wachstum befindet und bei den Reichstagswahlen von 1912 fast ein Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereint hat, ist nur allzu klar. Wenn die Ausnahmebestimmungen, die die Regierung der Reichsländer noch in der Tasche hat, wirklich vom Reichstag sanktioniert würden, wären für die Regierungsbezirke Ober- und Unterelz und Lothringen die seligen Zeiten des Sozialistengesetzes wiedergekehrt und genau wie der Sprachenparagraph würde sich auch hier eine im Nationalitätenkampf geschmiedete Waffe gegen die Arbeiterbewegung richten. Dabei ist von verschiedenen Seiten, von hüben wie von drüben, des öfteren betont worden, daß gerade in den Reichsländern die Sozialdemokratie — im guten Sinne natürlich — germanisierend wirke. Auch in einem soeben in Paris erschienenen interessanten Buch von William Martin, „La Crise politique de l'Allemagne contemporaine“ (Die politische Krise in dem Deutschland von heute) wird der Ansicht Raum gegeben, daß in Elz-Lothringen „der Sozialismus ein aktives Element der Germanisation“ sei. Aber wer da weiß, daß die preussischen Eroberer es nicht auf eine Verdeutschung, sondern auf eine Verpommerung des 1871 annektierten Landes abgesehen haben und daß ihren ostelbischen Gemütern der Begriff Demokratie noch verhaßter ist als der Begriff Welschtum, der kann sich ein Bild von dem Unbehagen machen, mit dem sie den Fortschritten der sozialdemokratischen „Germanisation“ zusahen.

Doch man mag es den diktatorischen Machthabern in Straßburg ruhig glauben, daß ihr Duffa Hüffa Horridoh! in diesem Augenblick wirklich nur den Nationalisten und nicht den Sozialdemokraten in Elz-Lothringen gilt. Nur das Eine wird alles Darumherumreden nicht aus der Welt schaffen: daß es nicht allein innerpolitische Erwägungen sind, weshalb man jetzt, gerade jetzt an den Belagerungszustand appelliert, sondern daß die äußere Politik mindestens ebenso mitspricht. Nicht allein bei den sozialdemokratisch gesinnten Massen Deutschlands ist die kümmerliche Begründung der Wehrvorlage mit einem schallenden Gelächter begrüßt worden. Dazu haben sämtliche Parteien Elz-Lothringens im Zusammenhang mit dieser Wehrvorlage erklärt, daß niemand im Lande wegen Straßburg und Mey einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland wünsche, und auch auf der Berner Verständigungskonferenz hat das Gespenst der Rebände wegen Elz-Lothringen keine Rolle gespielt. Wenn da gerade in diesem Augenblick Ausnahmebestimmungen gegen Elz-Lothringen vorbereitet werden, so geschieht es sicher mit dem Zweck, um dem germanischen Spießbürger die „elz-lothringische Gefahr“ recht sinnfällig vor Augen zu führen und ihm die Ueberzeugung zu erwecken, daß neben den Ausnahmebestimmungen auch eine starke Heeresvermehrung nötig sei, um, was „wir“ 1871 glorreich erobert, 1913 glorreich zu erhalten. Vielleicht hofft man sogar, denn das System der Lockspitzerei beschränkt sich in preussischen Deutschland nicht auf die unteren Grade, durch diese Ausnahmebestimmungen in der Bevölkerung Elz-Lothringens Ausbrüche des Deutschenhaßes zu erzielen und so von neuem Wasser auf die Mühlen der Reaktion zu leiten.

Aber das Lieblingsspiel mit Frankreich? Die Lorraine Sportive? Der Fall Gravenstaden? Der Abbé Wetterlé? Der Casari und faule Flausen! Wenn irgendwo in den letzten Jahren unreife Burschen mit dem Gedanken kokettiert haben, daß Frankreich Elz-Lothringen durch das Schwert zurückgewinnen könne, müsse und werde, so sind wir die letzten, ein solches Treiben zu billigen, denn wo immer der nationale Chauvinismus auftritt, mag er sich in schwarz-weiß-rotes, mag er sich in blau-weiß-rotes Tuch einwickeln, bekämpfen wir ihn als Feind, aber wir sind auch die letzten, ein solches Treiben tragisch zu nehmen. Vor allem aber gebietet die historische Gerechtigkeit, festzustellen, daß es einzig und allein die Schuld der aus Ostelbien zugewanderten „Germani-

fatoren“ ist, wenn schmetternde nationalistische Tiraden in den Herzen der Elz-Lothringer heute noch Widerhall finden. Die preussischen Professoren von 1871 sahen in den beiden Provinzen so etwas wie ein Dornröschen, das all die Jahrzehnte nur auf den befreienden Ruf des Märchenprinzen von jenseits des Rheines gewartet habe. Dem aber war mit nichten so. Im Gegensatz zu den Lothringern, die in ihrer großen Mehrheit stets nach Sprache und Denkart französisch waren, fühlten sich die alemannischen Elzler wohl als Angehörige des deutschen Sprachstammes, aber zum Nationalbewußtsein erwachten sie erst unter französischer Herrschaft. Das Deutschtum trat ihnen im achtzehnten Jahrhundert nur in der Form feudaler Ausbeutung entgegen, das Franzosentum gewann sie in den Tagen der großen Revolution durch die Verfindung der bürgerlichen Freiheit und durch die Erschießung der bürgerlichen Entwicklung. Ueber alle Unterschiede der Sprache hinweg machte ein ökonomisch und politisch fortgeschrittenes Regierungssystem die Elzler zu treuen Anhängern der französischen Sache, zumal dem Gebrauch der deutschen Sprache nirgends Hemmnisse bereitet wurden. Als der Bourbonne Karl X. in Straßburg von dem Bürgermeister empfangen wurde, entschuldigte er sich höflich, auf die Begrüßungsansprache nicht deutsch antworten zu können, und noch im Jahre 1852 gab es in Lothringen, in der Gegend von Saarburg, dreißigtausend Schullehrer, die nicht ein Wort Französisch sprechen konnten!

Als nun 1871 die neuen preussischen Herren ins Land kamen, wurde sofort ihr Unvermögen, „moralische Eroberungen“ zu machen, offenbar. Wenn schon die preussische Polenpolitik Plakato auf Plakato häuften, wieviel mehr mußte dieselbe Politik Schiffbruch erleiden, wo sie auf Landstriche angewandt wurde, die in Entwicklung und Kultur Berlin mindestens so überlegen waren, wie Berlin Krotoschin überlegen ist. Ohne auf die eingewurzelten Ueberlieferungen und die gerechten Ansprüche, ohne vor allem auf die demokratische Weisheit der Annetierten die geringste Rücksicht zu nehmen, regierte man mit der urpreussischen Schneidigkeit und Schnoddrigkeit des Messers und des Unteroffiziers darauf los und stieß die Einheimischen hundert für einmal brutal vor den Kopf. In vielen Fällen waren die Vertreter des Deutschtums die besten Brüder nicht, und wenn erst vor kurzem ein elzlicher Redakteur zu harter Strafe verurteilt wurde, weil sein Blatt die eingewanderten Beamten „Hungerleider“ genannt, so hat Heinrich Heine einmal eine ähnliche Stimmung der Rheinländer gegen die preussischen Beamten also geschildert:

Und manche dieser Gänge,
 Die spindelbürre gekommen ins Land,
 Die haben jetzt diese Gänge.

Die blaffen Canaillen, die ausgefesselt
 Die Liebe, Glauben, Hoffen,
 Sie haben seitdem in unserm Wein
 Sich rote Nasen geoffen.

So war es denn kein Wunder, daß die Zivilisation der Kaiserne und des Stummhühners nicht durchdrang, und daß sich die Blide so vieler Elz-Lothringer mit einer unbestimmten Sehnsucht nach Westen richteten, wenn sie sahen, wie barbarisch die alte einfache und geschmackvolle Struktur ihrer Städte und Straßen von dem profanen Stumpfsinn der Siegesallee-„Kultur“ verwirrt wurde. Dazu kam ein wesentlich ökonomischer Grund. Während die Buhergesellschaft der ostelbischen Junker den Konsumenten auch in Elz-Lothringen durch Stoßprügel auf den Magen die Segnungen des Deutschtums nur allzu deutlich macht, zeigt ihnen jeder Spaziergang über die nahe Grenze an der Hand der niedrigen Fleisch- und Brotpreise den Unterschied in der Wirtschaftspolitik beider Länder. Diese niedrigen Fleisch- und Brotpreise sind eine verlockendere Weise als die Latte der Marcellaife, und nach alledem ist eine gewisse Französelerei in den breiten Massen der elz-lothringischen Bevölkerung nur allzu verständlich. Aber diese Französelerei ist noch kein Verbrechen und kein Hochverrat und die deutsche Regierung hat es selbst in der Hand, ihr die Quellen abzugraben, indem sie den annektierten Provinzen eine weitgehende Autonomie und eine wahrhaft demokratische, das will sagen: republikanische Verfassung gibt. Aber gerade davor entsetzt sich der Schwarm der politischen Dunkelmänner in Preußen wie der Teufel vor dem Weihwasser. Daß in Elz-Lothringen 1911 das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingeführt wurde, das ein steter Anreiz für die entrechteten Massen in Preußen, ist ihr steter Schmerz, und die Ankündigung der Ausnahmebestimmungen ist zugleich ein Plaster auf die Wunde, die diesen Burschen 1911 geschlagen worden ist.

Aber Ausnahmebestimmungen haben noch immer das Gegenteil von dem erreicht, was sie errichten sollten. So wird es auch hier sein. Es ist nicht anzunehmen, daß sich überhaupt im Reichstage eine Mehrheit findet, die die Rückkehr zum Diktaturparagraphen billigt; aber selbst wenn sie sich wider alles Erwarten fände, würde mit diesen Ausnahmebestimmungen etwas ganz anderes in Scherben gehen, als man in den Kanzleien von Berlin und Straßburg erwartet.

Die Ausnahmevorlagen gegen Elz-Lothringen und die öffentliche Meinung in Frankreich.

Paris, 18. Mai. (Fig. Ver.)

Die Enthüllungen des „Matin“ haben hier eine wahre Verblüffung hervorgerufen. Niemand, weder die Nationalisten und Geschäftspatrioten, noch die Demokraten der verschiedenen Schattierungen, weder die chauvinistischen Heiser noch die Freunde der deutsch-französischen Annäherung hätten es für möglich gehalten, daß die Lenker der deutschen Politik just den gegenwärtigen Augenblick benützen würden, einen Schritt zu tun, der nicht nur als beschämendes Bekenntnis des Bankrotts einer 42-jährigen Politik erscheinen, sondern alle in Frankreich fortbestehenden Empfindungen der Solidarität mit den Elz-Lothringern wie die nationale Empfindlichkeit Frankreichs aufs äußerste berlegen muß. Und verlegen ohne irgendeinen ersichtlichen Grund und um dunkler Zwecke willen, die jedenfalls im französischen Volk Beunruhigung und Jörn wecken müssen. Weil kein Mensch hier verstehen kann, welchen Anlaß die Reichsregierung haben sollte, die Elz-Lothringer unter Ausnahmebestimmungen zu stellen, sieht man hier allgemein in den Vorlagen einen feindseligen Akt gegen Frankreich, der diesem Land demonstrieren soll, daß das Deutsche Reich mit Elz-Lothringen unbefähigt um die dauernden Sympathien der Franzosen für ihre früheren Landsleute nach Willkür verfahren darf und will. Die Ausnahmebestimmungen werden als ein brutaler Versuch der Demütigung angesehen, aber vor allem als eine demonstrative Abweisung der Annäherungspolitik. Jedermann drängt sich der zeitliche Zusammenhang mit der Berner Konferenz auf und es ist selbstverständlich, daß man einen ursächlichen sucht. Man fragt sich, wofür auch die platonischen Erklärungen Jagows geraten sind und ob die Reichsregierung wirklich einen dauernden Spannungszustand wolle, der sich jeden Augenblick zur Katastrophe entladen kann. Was die nationalistische Presse hier über abenteuerliche Ueberfallsabsichten und neue Annesionspläne der deutschen Militärschrift erzählt hat, scheint nun wahrcheinlicher; das Gefühl der Bedrohung und der Drang, sich weingeküchelt zu zeigen, wächst. Der hohe Plan der Ausnahmebestimmungen hat schon die Gemüthungen der Friedens- und Annäherungsfreunde aufs schwerste geschädigt, nur seine vollständige Vereitelung kann ein internationales Unglück verhüten.

Man lese nur, was die radikale Presse schreibt, diejenige, die das Werk der Berner Konferenz freudig gefördert und es gegen die Verleumdungen der Reaktionen mutig verteidigt hat. So sagt die „Lanterne“: „Nach der Berner Konferenz hätte die elementarste Geschicklichkeit der Berliner Regierung nahelegen sollen, die öffentliche Meinung Frankreichs zu schonen. Nun aber ist sie mit einem Akt stupider Brutalität daran, alle unsere Empfindlichkeiten und all unser Mißtrauen zu wecken. Wir wollen vorläufig nicht glauben, daß sich im Reichstag eine Mehrheit findet, um die Regierungsentwürfe anzunehmen. Es ist schon zuviel, daß die Berliner Regierung am Morgen nach der Kundgebung von Bern, wo die Vertreter der öffentlichen Meinung Frankreichs dem deutschen Volk einen eloquenten Beweis ihres Wunsches nach Frieden und Einbernehmen gegeben haben, und durch einen Akt der Brutalität erwidert, der ganz den Charakter einer Provokation hat. Wir verwechseln nicht das deutsche Volk mit seinen Regierenden, nicht die Bourgeoisie und das Proletariat mit der Militärpartei, die dem Kaiser und seinen Ministern ihren Willen aufzwingt. Aber wenn der Reichstag die gefäßigen — und noch mehr dummen — Gesetze annimmt, wird Frankreich über die Gefinnungen unserer Nachbarn Bescheid wissen. Es wird wissen, daß es nichts von einem Volke zu erwarten hat, das die heiligsten Rechte, die elementarsten Freiheiten durch den Sieger verlegen läßt. Und es wird zur Meinung kommen, daß mit Deuten, die auf einen loyalen und höflichen Schritt mit Flakereien und Herausforderungen antworten, nichts zu machen ist. Es ist notwendig, daß man in Deutschland wisse, daß der Reichstag, wenn er die Vorlagen annimmt, jede Entspannung und jedes Einbernehmen zwischen den beiden Völkern für die Zukunft unmöglich macht.“

Für die militaristische Presse sind begreiflicherweise die Ausnahmevorlagen ein gefundenes Fressen. Natürlich werden die notwendigen patriotischen Gefühlsphrasen nicht unterlassen, aber man merkt, wie gelegen die Gewalttätigkeit der deutschen Politik den französischen Chauvinisten kommt. Hatte doch die Abstimmung über die Zurückhaltung der dritten Jahresklasse die geschlossene Opposition der Linken gegen die diktatorischen Annäherungen des Reunationalismus und seiner Interessenten offenbart und das Schicksal der Vorlage über die dreijährige Dienstzeit ernstlich in Frage gestellt. Die Veröffentlichung der Absichten der deutschen Regierung just am Vorabend der Beratung des vielumstrittenen, unpopulären Gesetzes stärkt die Position seiner Anhänger außerordentlich und kommt der Gehe und

Verdächtigung seiner Gegner zugute. Der „Temps“ hat sofort die Gelegenheit ausgenutzt, um mit gemeinen Verdrehungen über die Sozialisten herzufallen, denen er sogar die Schuld an dem geplanten Rechtsraub zuschieben will, mit der Begründung, daß sie die elässige Frage indiskret aufgeworfen hätten. Die deutsche Politik nutzt den Reaktionsären Frankreich in ihrer äußeren wie in ihrer inneren Politik. Die unangeführten Volksmassen werden leicht das deutsche Volk mit den deutschen Rüstungsinteressen und den von ihnen beeinflussten Nachhabern verwechseln und die Hege des eigenen Landes über den Gewaltpolitiker des anderen übersehen. Sie werden der Beeinflussung der Antirepublikaner, die ihnen die Demokratie als Schwächung der Nation hinstellen, leichter nachgeben.

Das „Echo de Paris“ glaubt heute die Berner Konferenz postens zu kompromittieren, indem es mit deutlicher Skepsis das von ihr ernannte französisch-deutsche Komitee zum sofortigen Zusammenritt auffordert. In der Tat, wenn es eines Beweises für die Notwendigkeit der Konferenz bedürft hätte, die deutschen Vorlagen würden ihn liefern. Es ist nun die Sache der deutschen bürgerlichen Parlamentarier, die Gewaltpläne der deutschen Reaktion und die Spekulationen der französischen zu nichte zu machen und beiden Völkern in der elässigen Freiheit den Frieden, die Wohlfahrt und den Fortschritt der Kultur zu sichern.

Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

Am Dienstag nahm die Budgetkommission des Reichstags die Beratung der Militärvorlage wieder auf. Die Kommission wird, da der Reichstag erst am 26. Mai wieder zusammentritt, bis dahin täglich von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr tagen.

Bei Beratung der Vermehrung der Verlehrs- truppen von 18 auf 31 Bataillone besprach Abg. Müller- Reiningen eine Reihe von technischen Mängeln bei diesen Truppen; speziell hob der Redner die angeblichen Vorzüge der Schütze- Lang-Luftschiffe gegen die Zeppelin-Luftschiffe hervor. — Genosse Koste forderte von der Militärverwaltung genaue Auskunft über die Notwendigkeit der neuen Verlehrsgruppen. Die Kom- mission müsse doch wenigstens eine Darstellung über die Art der Verwendung erhalten. — General Wandel gab hierauf einige Erläuterungen rein technischer Natur, wobei Umfang und Art der französischen militärischen Luftschiffahrt erörtert wurden. — Abg. Müller wünschte weit bessere sanitäre Vorrichtungen auf den Fliegerstationen, um bei Unglücksfällen schnelle und aus- reichende Hilfe gewährleisten zu können. — Genosse Koste wandte sich dagegen, den Bau von Luftschiffen und Luftfahrzeugen davon abhängig zu machen, daß die beteiligte Industrie auch ge- nügend Aufträge bekommt. Wenn die Reorganisation der Luft- schifftruppe zur Folge hat, daß etwa 20 neue Lenkbalkons an- geschafft werden sollen, so müsse zuerst ein Nachweis für die Not-wendigkeit dieser Zahl von Ballons geliefert werden. Bei der Be- ratung der Kavallerievermehrung habe übrigens der Kriegsminister die sekundäre Bedeutung der Luftschiffahrt gegenüber der Kavallerie bei dem militärischen Aufklärungsdienst hervor- gehoben. Bisher habe das Militär alle Luftschiffe einfach kaputt gefahren. — Der Kriegsminister betonte, daß die Luftschiff- fahrt immer von Wetter abhängig sein werde und nie- mals die Kavallerie ganz ersetzen könne. Umgekehrt können aber Luftschiffe bei günstigen Wetter Dienste leisten, die weit über die Kavallerie in der Aufklärung hinausgehen.

Bei der geforderten Vermehrung des Trains wies Abg. Passermann darauf hin, daß der Train eine Art mili- tärisches Stützband sei. Man solle ihn in Zukunft ebenfalls als Verlehrsgruppe bezeichnen. Ob die jetzt vorhandenen Train- formationen genügen, sei doch recht fraglich. — Abg. Müller- Reiningen zweifelte daran, ob die Waffenheere in einem zu- künftigen Kriege auch verpflegt werden können. Eine gründliche Reform des Intendanturwesens müsse kommen, vielleicht auch sei die Frage zu erörtern, ob man die gesamte Verpflegungsleistung nicht an große und leistungsfähige Firmen übergeben wolle. — Die Militärverwaltung betonte, die unersetzlich vorhan- denen Schwierigkeiten in der Truppenverpflegung seien zu über- winden. Eine Aenderung des Trains sei nicht angängig. Das Ansehen des Trains zu heben sei deshalb schwierig, weil der Train keine stehende Truppe ist. — Die Genossen Koste und Schöp- flin besprachen dann die Mängel im Intendanturwesen und beim Train. Der südafrikanische Feldzug habe das vollständige Ver- sagen des Intendanturwesens gezeigt; wie solle das erst in einem zukünftigen Kriege mit den Heeresmassen werden? Ein Antrag Passermanns, der eine Hebung des Trains fordert, wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Die Kommission schritt nunmehr zur Beratung der ungemein großen Zahl vorliegender Anträge. Zunächst wurde über die Ver- längerung der Dienstzeit debattiert. Die Sozialdemo- kraten beantragten die Einführung der einjährigen Dienstzeit, die Volksparteiler eine solche von acht- zehn Monaten; das Zentrum wünschte Erhöhung der He- lungzeit und Erleichterung des Einjährig-Freiwilligen Dienstes.

— Genosse Gradnauer begründete die sozialdemokratische For- derung. Er wies auf die Ueberfülltheit des Parade- und Ga- machendienstes hin. Fällt dieser fort, so kann die Dienstzeit auf ein Jahr herabgesetzt werden, ohne daß die kriegsgemäße Ausbildung leidet. Ferner betonte Gradnauer den enormen volks- wirtschaftlichen Schaden der heutigen langen Dienstzeit und vertrat die sozialdemokratischen Auffassungen hinsichtlich der Frage der Landesverteidigung. Die Genossen Schöpflin und Koste er- wählten die Darlegungen Gradnauers in ausführlicher Weise. — Der Kriegsminister wandte sich lebhaft gegen die Anträge auf Herabsetzung der Dienstzeit, weil angeblich ohne die heutige Dauer der Dienstzeit die Armee nicht schlussfertig gehalten werden kann. Bemerkenswert war die Aeußerung, den Söhnen der sogenannten gebildeten und der besitzenden Klasse könne man die zwei- und dreijährige Dienstzeit nicht zumuten, weil diese Klasse dadurch zu sehr belastet werde. Schließlich betonte der Minister noch, die Armee müsse nicht nur kriegstüchtige Leute, sondern auch patriotisch und vaterländisch denkende Menschen er- zeugen. — Von den bürgerlichen Parteien sprach nur Abg. Müller- Reiningen; Zentrum, Nationalliberale und Kon- servative schwiegen sich aus. Sie stimmten auch die Anträge auf Verlängerung der Dienstzeit nieder. Die Volksparteiler lehnten auch die Einführung der einjährigen Dienstzeit ab. Angenommen wurde nur eine volksparteiliche Resolution, die die Hebung der Behrbarkeit der Jugend und die Unterstützung aller Verbände fordert, die die körperliche Ausbildung erstreben. Gegen die vom Zentrum geforderte Reform des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes im Sinne einer Erweiterung kämpften unsere Genossen an, wäh- rend Zentrum und Nationalliberale sie verteidigten. Schließlich sprachen sich die Volksparteiler auch noch gegen den Zentrums- antrag aus, der gegen die sozialdemokratischen und volkspartei- lichen Stimmen angenommen wurde.

Sodann wurde der sozialdemokratische Antrag dis- kutiert, für jede Waffengattung nur eine einheitliche Feld- uniform zuzulassen. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, dagegen eine volksparteiliche Resolution angenommen. — Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag fordert die Ab- schaffung der Garde- und sonstigen Elite-Regimenter; Ge- nosse Franz begründete den Antrag. Schon aus Gründen der Mobilmachung müßte das Gardekorps bejeitigt werden, das in- folge der Rekrutierung 6-7 Tage später mobilisiert werden kann als die anderen Korps. Wenn das Interesse der Landesverteidigung maßgebend sein soll, müssen die Elitekorps verschwinden. — Abg. Müller- Reiningen unterstützte diesen Antrag. — Abg. Erzberger betonte, der sozialdemokratische Antrag widerspreche der Reichsverfassung, die den Kontingenzherren die Entscheidung über die Uniformierung überlasse. — Abg. Passermann be- tonte, daß bei der Garde 81 Proz. der Offiziere es zum Major bringen, in der Armee sonst aber nur 37 Proz. — Der Kriegs- minister gab zu, daß bei manchen Regimentern der Adel do- miniere. Das habe sich historisch entwickelt, sonst aber werde der Adel nicht bevorzugt beim Advancement. Daß die Mobilmachung des Gardekorps erschwert wird, ist Tatsache. Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt.

Politische Uebersicht.

Krupps Monopol.

Das „Berl. Tagebl.“ grübt aus einem älteren Buche des französischen Publizisten Suret eine Reihe interessanter Aeußerungen aus, die Herr Thyssen, der große Montan- industrielle, Zentrumsmann und Konkurrent Krupps, über dessen monopolistische Stellung getan hat. Suret erzählt da, wie Thyssen Kanonen und Panzerplatten fabrizieren wollte und sich an die Staatsverwaltung wandte, um zu er- fahren, von welcher Art ihr Bedarf sei? Die Staatsverwal- tung habe ihm geantwortet: „Wenden Sie sich an Krupp.“ Suret fährt nun fort:

„Man begreift, daß Krupp sich nicht beeilt, einem Kon- kurrenten vom Ausmaße Thyssens die Auskunft zu geben, deren er bedürfte. Und so machte sich Krupp ein Vermögen von 500 Millionen.“

Suret erzählt dann weiter, wie Krupp auch alle anderen Staatsaufträge monopolisiert habe. Schließlich habe Thyssen, der bekanntlich katholisch sei, von der Zentrumsparlei die Zusicherung erhalten, sie würde gegebenenfalls die Monopolwirtschaft im Reichstag entthronen. Da die Regierung das Zentrum nötig habe, sei das skandalöse Monopolwesen ein wenig ein- geschränkt worden. „Dennoch fahren die Kruppschen Werke fort, sich den Löwenanteil herauszuschneiden.“

Suret hat dann in der Unterhaltung mit Herrn Thyssen auch die Rede auf das Säbelgerassel und die kriegerischen Zeitungsaufartikel bei Gelegen- heit der Langerfahrt des Kaisers gebracht. Darauf hat Thyssen gelassen erwidert:

„Das hat allein den Zweck, den Reichstag zur Bewilligung der Kredite für die Kruppschen Werke zu veranlassen, deren Kanonen trotzdem hinter den Erhardtischen Kanonen zurückstehen.“

Ueber die Behandlung Erhardts hat Thyssen dann noch weiter gesagt:

„Dieser arme Erhardt, der seit fünfzehn Jahren mit einer beispiellosen Energie darum kämpft, seine Fabrikate anzubringen! Man hat versucht, ihn zu ruinieren, man hat alles getan, um ihn zu entmühen und abzujucken. Er hat mit be- wundernswürdiger Energie gekämpft, die nicht klein zu machen war. Beispielsweise hatte Erhardt auf der Düsselbacher Aus- stellung sehr schöne Sachen ausgestellt, geeignet, auch das stärkste Mißtrauen zu überzeugen. Der Kaiser kam, blieb eine halbe Stunde im Pavillon von Krupp und setzte seinen Fuß in den von Erhardt. Ergebnis: die Kanonen müssen teurer bezahlt werden, und man wird sie bald durch neue ersetzen müssen.“

Ueber die Gründe der Zurücksetzung Erhardts meinte Thyssen:

„Ja, endlich, nach einem zehnjährigen Kampf, nach einem großen Spektakel im Reichstag, hat man sich wohl dazu ent- schließen müssen. . . Was wollen sie auch groß kämpfen? In Diensten von Krupp stehen zwei Brüder von Ministern und der Bruder des Chefs der deutschen Flotte.“

Man sieht, es wäre höchste Zeit, daß die Untersuchungs- kommission über die Antriebe des Rüstungskapitals endlich ernannt würde und ihre Arbeiten begänne.

Die groß der Einfluß Krupps ist und wie weit die Macht der Firma reicht, beweist die Tatsache, daß all die schwereren Anschuldigungen Thyssens in der deutschen Ueberzeugung, wie das „Berl. Tagebl.“ nachweist, entweder bis zur Unkennt- lichkeit „gemildert“ oder fortgelassen sind.

Eine Verständigungsdaktion unter Herkaler Leitung.

Bereits vorige Woche wußten einige Blätter zu melden, daß die Regierung mit den bürgerlichen Parteien des Reichstages Verhand- lungen eingeleitet hätte, um eine Verständigung über die Behandlung der Heeresvorlage herbeizuführen; doch scheint bei diesen Recht- mechtelen hinter den Kulissen bisher nur wenig herausgekommen zu sein, denn am Dienstag lief in der Budgetkommission der „junge Mann“ des Kanzlers, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, geschäftig von einem Abgeordneten zum anderen. Da er zu keinem Resultat kam, nahm schließlich Herr Spahn die Leitung der Verständigungsdaktion in die Hand. Für Dienstag hat er alle bürgerlichen Kommissions- mitglieder zu einer Besprechung eingeladen, der auch Folge geleistet worden ist.

Mit den Pflichten der Unparteilichkeit eines Kommissions- vorsitzenden ist Herrn Spahns Verhalten schlecht im Einklang zu bringen. Die Fortschrittler und Rationalliberalen wollten angeblich bei der Zusammenkunft nur Erklärungen abgeben, daß sie fest bleiben.

Sozialdemokratische Interpellation über die neue reichsländische Diktatur.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Inter- pellation eingebracht: „Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu erteilen, ob im Bundesrat neue Diktaturgesetze für Elsaß- Lothringen vorgeschlagen sind? Willigt der Herr Reichskanzler die zuerst in Pariser Blättern veröffentlichte Vorlage und ihre Be- gründung?“

Rom und das Zentrum.

Das Zentrum gerodet sich zur Zeit häßlich „national“. Seine Führer bestreiten deshalb nicht nur, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei ist, sondern auch, daß es Weisungen aus Rom empfängt oder jemals empfangen hat. So hat denn auch der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des preußi- schen Abgeordnetenhauses, der Geheimrat Dr. Forst, am

18. Mai in einer Gläher Zentrumswahlerversammlung mit der ihm eigenen Ungeniertheit bestritten, daß das Zentrum jemals seine politische Tätigkeit nach römischen Weisungen eingerichtet. Diese kindliche Ableugnung allbekannter Tatsachen beantwortet die streng- katholische, um die päpstliche Autorität besorgte „Köln. Korresp.“ mit folgender kurzen Abfertigung:

Herr Dr. Forst behauptete auf der Gläher Zentrumswahl- versammlung am 18. Mai, das Zentrum habe niemals Weisungen aus Rom erhalten. Diese Behauptung ist falsch. Die Zentrumsfraktion des Reichstages erhielt Weisungen aus Rom anlässlich des Septennatsstreites. Weisungen sehr päpstlicher Natur, die die Fraktion sehr gegen ihren Willen dadurch befolgte, daß sie sich der Abstimmung enthielt und so die Regierungsvorlage dem Wünsche des Papstes gemäß zum Siege verhalf. Demals hat die Fraktion den Papst sogar um Weisungen darüber, ob er die Weiter- existenz des Zentrums im Reichstage wünsche; sie macht also sogar ihre Existenz von päpstlichen Weisungen abhängig! Auch in den Verhandlungen über die Beilegung des Kulturkampfes erhielt das Zentrum Weisungen aus Rom; ja noch mehr: es hat darum, wie die in den „Laager Stimmen“ veröffentlichten Wind- thorstbriefe mit Evidenz dartun. Auch sonst haben Beziehungen zwischen Zentrumsführern und kirchlichen Autoritäten bestanden, und zwar bis in die jüngste Zeit. Man möge diese Tat- sachen doch nicht ablegen, dann ist es auch nicht nötig, sie im Interesse der geschichtlichen Wahrheit zu betonen.

Daß der Einklang der Zentrumspolitik mit den katholischen Grundgedanken keine beständige Fühlungnahme mit Rom erfordert, versteht sich am Rande. Es gibt in Deutschland eine Menge Vereine, die nicht nur auf katholischem Boden stehen, wie es das Zentrum tut, sondern sich auch offen katholisch nennen, ohne jedoch jemals Weisungen aus Rom zu erhalten. Dasselbe gilt von den einzelnen Katholiken, den katholischen Zeitungen, Institutionen usw. Steht sich aber einmal eine Schwierigkeit ein, dann wenden sich katholische Vereinigungen wie einzelne Katholiken an die kirchlichen Autoritäten um Weisungen. Das hat denn auch das Zentrum red- lich getan. Windthorst besuchte jedes Jahr eine Reihe von Bischo- fen und sprach mit ihnen die religiös-politischen Fragen, wobei natür- lich rein politische Dinge nicht vermieden wurden. Und über Be- ziehungen, die auch heute noch zwischen dem Zentrum und autoritä- ren kirchlichen Kreisen bestehen, dürfen Herrn Geheim- rat Forst ebenso viele Einzelheiten bekannt sein wie uns.

Geeignete Wahllokale.

Bei den Landtagswahlen feierte der Zehenterror wieder seine Triumphe. Im Wahlkreise Neudlinghausen waren in manchen Orten keine geeigneteren Wahllokale aufzutreiben als die Privat- büreaus der Betriebsführer. Schullokale und Schan- stuben über nicht den nötigen Respekt auf die Vergleute aus. Der Tisch des Betriebsführers, der zu beiden Seiten mit Beamten besetzt ist und in dessen Mitte der Wähler selbst thronet, das gibt dem Wähler erst die rechte Weise. Kein Beruf ist so von der Gnade — von der Feder nennt man es — abhängig, wie der Vergmann. Die sehr aufgeregten Arbeiter, die wider den Stachel zu lösen wagen, werden aufs Korn genommen und abgehoben. Deshalb die glänzenden Wahlergebnisse der Rationalliberalen im Kohlenrevier.

Aus dem elsaß-lothringischen Landtage.

Zu der Diensttagssitzung verlas der Präsident den Eingang von vier Interpellationen über die geplanten Ausnahmebestimmungen für Elsaß-Lothringen. Der Staatssekretär von Wulach erklärte sich im Namen der Regierung sofort zur Beantwortung bereit. So daß am Donnerstag die Interpellationen auf die Tagesordnung kommen.

In derselben Sitzung erledigte das Parlament die zweite Lesung der Feuerungszulagen für Beamte, Lehrer und Lehrerinnen. Es nahm folgenden neuen Passus an:

„Die am 1. April 1913 fest angestellten Lehrer an den öffent- lichen Elementarschulen erhalten von den Gemeinden eine außer- ordentliche, nicht pensionsfähige Zulage zu ihrem Dienstverdienst von je 20 M., sofern sie mindestens 3 Dienstjahre, von je 75 M., sofern sie 21 Dienstjahre, und von je 100 M., sofern sie 24 Dienst- jahre zurückgelegt haben. Die am 1. April 1913 fest angestellten Lehrerinnen erhalten von den Gemeinden eine außerordentliche, nicht pensionsfähige Zulage zu ihrem Dienstverdienst von je 40 M., sofern sie mindestens vier Dienstjahre zurückgelegt haben.“

Die Frage der Regelung der Geistlichen-Gehälter wurde in fol- gender Form angenommen:

Bis zur anderweitigen Regelung ihrer Gehaltsbezüge erhalten die Pfarrer, Hilfspfarrer und Rabbiner, soweit ihr Staatsgehalt 1000 M. nicht übersteigt, ab 1. Oktober 1913 eine jährliche Zulage von 200 M., die Vikare eine solche von 100 M.“

Das Zentrum legte Wert darauf, daß diese Feuerungszulagen sofort in dritter Lesung angenommen werden. Die Sozialdemo- kraten widersprachen jedoch, so daß zunächst das Beschlusgesetz, das die größten Schwierigkeiten bereitet, verabschiedet werden soll, und dann erst die Feuerungszulagen geregelt werden.

Verhinderung der Nachwahl im Kreise Ludenwalde.

Das Mandat des Reichstagsabgeordneten von Derges (Wahl- kreis Jüterbog-Ludenwalde) ist am 3. April vom Reichstag für un- gültig erklärt. Dennoch ist eine Nachwahl noch nicht anberaumt. Das ist sehr auffällig. Das Mandat des Abgeordneten von Kröcher ist 14 Tage später, am 17. April für ungültig erklärt und Nachwahl auf den 11. Juni anberaumt. Vor einigen Jahren hat der Reichs- langler dem Reichstag erklärt, er werde darauf hinarbeiten, daß spätestens der Nachwähltermin auf 60 Tage nach Konstitution an- beraumt werden wird. Deshalb wird bei der Wahl in Ludenwalde das nicht beachtet? Sind etwa gar die Streitigkeiten, die über von Derges Nachfolger zwischen Konservativen und Freikonserverativen entbrannt sind, die Veranlassung zu dieser Verzögerung, durch die der Kreis ohne Vertretung bleibt? Oder fürchten die in den Reihen der Schwarzbauten legenden Herren, die Nachwahl könnte in dem Kreise endlich dem Willen der Wähler entsprechend aus- fallen?

Vielleicht gibt der Reichslangler auch ohne kurze Anfrage im Reichstag Auskunft.

Gefährliche Konkurrenz für den Maurerberuf.

Die Maurer werden bald eine gefährliche Konkurrenz erhalten: Die Schichten der akademisch Gebildeten drohen, sich ihrer Stellung und Würde zu entkleiden und Maurer zu werden, weil die Bezah- lung im Maurerberuf eine bessere sei als im Richterstande. Das ist nicht eine Tollhausidee oder ein blöder Witz, die „Richter-Zeitung“ vom 15. Mai hat allen Ernstes in einem Artikel das Einkommen eines Maurers mit dem eines sächsischen Richters verglichen und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der Maurer finanziell viel besser gestellt ist als der Richter. Und die arbeiterfeindliche bürger- liche Presse hat sich durch die Verzerrtheit dieser Darlegungen nicht abschrecken lassen; sie gibt jenem Artikel weitere Verbreitung, um zu zeigen, wie gut unsere Arbeiter doch eigentlich gestellt sind.

In der „Kölnischen Volkszeitung“ nimmt ein Richter — natür- lich ein ultramontaner — den Vergleich auf und stellt sich auf die Seite der „Richter-Zeitung“. Auch er ist der Auffassung, daß die Richter schlechter als die Maurer gestellt seien; das Elend in Richterkreisen habe schon zu einem bedenklichen Ge- burtenrückgang geführt. In vielen Fällen habe man die Ehe kinderlos; in anderen sei man zum Zweifelhaftesten über- gegangen. Für mehr Kinder reiche das knappe Gehalt nicht aus. Dieser ultramontane Richter berechnet unter Jugurbelugung der

Angaben des Dresdner Arbeitgeberverbandes, daß ein Maurer bis zum 35. Lebensjahre über 28 000 M. verdient. Zu diesem Verdienst kommt freilich der Dresdner Arbeitgeberverband und der Richter nur durch das Lohnspielverhältnis, jedem Maurer jährlich 300 Arbeitstage anzurechnen. Die geistigen Qualitäten eines Richters, der nichts davon weiß, daß in den Wintermonaten die Bawarkeit infolge der Bitterungsverhältnisse ruhen muß, können sicherlich nicht weit her sein. Auch die anderen Rechenexempel deuten auf eine — sagen wir große Unbefangenheit hin. Der Richter soll bis zu seinem 31. Jahre überhaupt nichts verdienen, von da bis zum 35. Jahre 1050 M. Dabei brauche der Maurer für seine Ausbildung nichts, der Richter aber neun Jahre Gymnasium a 750 M., 3 Jahre Universität a 1200 M., 4 Referendariatsjahre je 1500 M., 2 Assessorjahre je 1500 M., zuzüglich der besonderen Kosten zusammen 29 850 M. Und diese Beträge sollen noch „so bescheiden“ in Ansatz gebracht sein, so daß sie den tatsächlichen erforderlichen Aufwand nicht erreichen. Das Schlussresultat ist, daß der Maurer bis zum 30. Lebensjahre rund 50 000 M. verdient, der Richter schließlich 85 000 M., wovon dann 22 000 M. für Ausbildungslohn abzuziehen seien. Wenn die Zinsen der Ausbildungssumme noch in Abzug gebracht werden, bleiben für den Richter nur 48 000 M., also 4000 M. weniger Verdienst, als der Maurer in der gleichen Zeit verdient hat.

Na also! Bei solcher Sachlage gibt es ja gar kein einfacheres Mittel, als daß sämtliche Richter schleunigst ihre Kalare ausziehen und Maurer werden. Bei vielen würde man dabei noch das tröstliche Bewußtsein haben, daß sie dann wenigstens etwas Nützliches im Leben schaffen — was man heute von so manchem kaum behaupten kann.

Aber Scherz beiseite. Der Blödsinn ist so stark, daß selbst ein ultramontaner Parlamentarier, der Reichstagsabgeordnete Kaufhoff, in der „Kölnischen Volkszeitung“ gegen diesen Richter wie gegen seine gleichgesinnten Kollegen Stellung nimmt. Er schreibt:

„Und nun der Vergleich zwischen dem Richter und Maurer. Nach den amtlichen Berichten der Gewerbebeamten sind sie bedeutend niedriger. Nur der kleinere Teil verdient diese Sätze. Außerdem kann man beim Maurer doch keine 300 Arbeitstage rechnen. Im Winter sind sie zum größten Teil ohne Arbeit. Und man muß doch auch die Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Aussperrungen, Streiks, Krankheiten in Betracht ziehen. Wenn man alles das in Rechnung stellt, kommt man zu ganz anderen Zahlen. Das soll aber einmal dahingestellt sein. Was ich beanstande, ist vor allem die Aufstellung der Ausbildungslohnkosten. Dem Maurer kosten seine Kinder bis zum 14. Lebensjahre im Verhältnis genau das gleiche wie dem höheren Beamten. 750 M. kann man unter keinen Umständen ansetzen. Das Militärljahr kann unmöglich unter die Ausbildungslohnkosten gerechnet werden. . . . Wer wäre denn imstande, für die Ausbildung von etwa 3 Jungen 68 000 M. auszugeben? Das geschieht ja auch nicht. Es fehlt nur noch, daß noch das Minus angerechnet würde, das einer hätte verdienen können bis zum 35. Lebensjahre, wenn er Maurer geworden wäre. . . . Die Ausbildungslohnkosten sind doch die Vorbedingung dafür gewesen, nicht daß er soviel verdient — denn dann hätte er eben Maurer werden sollen —, sondern dafür, daß er als Beamter eine gewisse und hochgeschätzte Lebensstellung hat und bei der Verabschiedung Pension bezieht. Diese Pension wiegt die Zinsen der Ausbildungslohnkosten vier- und fünfmal auf.“

Die Sehnsucht der unzufriedenen Richter nach dem Maurerberuf hat kaum diese ernsthafte Besprechung verdient.

Das Ende des Balkankrieges.

Eine Balkandebatte im österreichischen Abgeordnetenhaus. Wien, 20. Mai. Das Abgeordnetenhaus beschloß, sofort in die erste Lesung des heute eingebrachten Budgetprovisoriums einzutreten. Ministerpräsident Graf Stürgkh ergriff zur Begründung der Vorlage das Wort und hielt eine dreiviertelstündige Rede, in der er zunächst über Fragen der inneren Politik sprach und hierauf die auswärtigen Ereignisse der letzten Monate erörterte. Der Ministerpräsident gab eine kurze Darstellung der Balkankrise und sagte über die gegenwärtige Situation:

Darüber ist Aussicht vorhanden, daß der Friede zwischen den balkanischen Staaten und der Türkei in nicht allzu langer Zeit geschlossen sein wird. Es wird hier die Aufgabe unseres auswärtigen Amtes sein, rechtzeitig an die Regelung der zahlreichen, uns und die Balkanstaaten interessierenden Angelegenheiten zu schreiten, unter welchen jene wirtschaftlicher Natur den breitesten Raum einnehmen werden. (Zwischenrufe.) Dagegen ist die Situation am Balkan nach mancher Richtung noch ungelöst; die Entwicklung und Dauer einer so epochalen Umwälzung, wie jene, deren Zeugen wir eben sind, läßt sich nicht vorher übersehen, noch abschätzen. Es wird sich unser auswärtiges Amt anstrengen, auf die künftige rasche Klärung der Verhältnisse im nahen Orient hinzuwirken. Dann wird auch der Moment gekommen sein, die bis nun notwendig gewordenen Verstärkungen der Besätze an unserer Südgrenze rückgängig machen zu können. (Zwischenrufe.)

Der Ministerpräsident verließ dann noch das skandalöse Treiben des Pressebureaus des auswärtigen Amtes und seines Leiters Konio, der den Propagandaschwindel fabriziert und fortgesetzt Lügenmeldungen in die Welt gesetzt hatte, zu rechtfertigen. Dieser Teil seiner Ausführungen wurde fortgesetzt von den enttäuschten Protestrufen der Abgeordneten unterbrochen.

Die Friedensverhandlungen.

Paris, 20. Mai. Der „Figaro“ will wissen, daß eine Großmacht zur Sicherung der Friedenspräliminarien mit Unterstützung der übrigen Großmächte eine Ausgleichsformel ausgearbeitet habe, welche den Balkanverträgen und der Türkei zur Annahme vorgelegt werden soll.

Die Lage in Stutari.

Stutari, 20. Mai. (Waldung der Agenzia Stefani.) Die Einrichtung des Verwaltungsbüros und Sicherheitsdienstes vollzieht sich weiter ohne Zwischenfall. Es ist eine Verbesserung der telegraphischen und funktelegraphischen Verbindungen in Aussicht genommen, die Abteilungen des internationalen Gesundheitsbundes sind gegenwärtig in den Kasernen untergebracht. Die Gesundheitsverhältnisse sind weiter ausgezeichnet.

Frankreich.

Die Soldatenproteste gegen die Verlängerung der Dienstzeit. Belfort, 20. Mai. Seit drei bis vier Tagen hatten auf den Stuben des 35. Regiments geheime Versammlungen stattgefunden. Mit Kameraden von anderen Regimentern waren Kundgebungen in der Stadt geplant worden. Die Bewegung brach früher aus, als man gedacht hatte. Dank der energischen Haltung der Unteroffiziere des 35. Regiments und der Reservisten des 242. Regiments, die in derselben Kaserne einquartiert waren, nahmen die Zwischenfälle keine weitere Ausdehnung an. Alles läßt vermuten, daß es zu keinen weiteren Vorfällen kommen wird.

Die Presse über die Demonstrationen.

Paris, 20. Mai. L'auras veröffentlicht über die Vorfälle in Toul in der „Humanité“ einen längeren Artikel und sagt u. a.: Man vergewaltigt nicht ungestraft die Natur einer Sache; man zerstört nicht ungestraft die berechtigten Hoffnungen der Soldaten, welche zwei Jahre ihrem Lande geopfert haben, welche jetzt jedoch daran denken, ihre bürgerlichen Arbeiten wieder aufzunehmen, sei es, um ihre alte Mutter zu ernähren, welche auf ihren Sohn rechnete, sei es, daß sie sich auf andere Weise zu betätigen möchten. Sie wissen, daß der Minister in unverantwortlicher Weise eine Heeresreform anstrebt und ihnen somit schwere Opfer auferlegt. Sie wissen, daß sie nur deshalb zurückgehalten werden, um die Löcher zu füllen, welche die marokkanischen Unternehmungen in die Armeegriffe geholt hat. Sie wissen, daß der Minister versucht, die Kammer zu einer Abstimmung zu zwingen, und daß er, als ihm dies nicht möglich war, eine Wiederholung der Abstimmung über die Zurückhaltung der dritten Jahreshälfte vornahm. Das sind die tiefsten Gründe der Unzufriedenheit, welche die Manifestanten in Toul zu ihrem Vorgehen fortgerissen haben. Das ist der Grund der Aufregung, welche sich des Soldatengeistes bemächtigt hat. Das ist das Opfer der moralischen Desorganisation und der Abschwächung, welche durch die Reaktion der Soldaten zu Feinden des Vaterlandes gemacht hat.

Der „Syndikaliste“ sagt: Die Stunde des Kampfes hat geschlagen. Ein Hauch der Unzufriedenheit geht durch alle Kasernen des Landes und die Vorkommnisse in Toul sind nur der Beginn eines enormen Prozesses. Darum müssen wir die Handlungen des 153. Infanterieregiments besonders hervorheben.

Die „Action“ schreibt: Keine Regierung, welcher Richtung sie auch angehören mag, kann die Soldatendemonstrationen ungestraft dahingehen lassen. Es wäre mit dem parlamentarischen Regime schlecht bestellt, wenn man zugeben wollte, daß Soldaten oder Offiziere Partei für oder gegen ein Gesetz ergreifen, welches von der Kammer angenommen ist.

Das „Evénement“ sagt: Die Wahrheit ist, daß die im Herbst zur Entlassung kommenden Soldaten eine Enttäuschung erleben. Sie empfinden die Zurückhaltung als ein Unrecht, gegen das sie protestieren. Es handelt sich hierbei allerdings nur um einen Augenblick der Verwirrung, für welche man eine Entschuldigung finden wird. Hoffen wir, daß die Militärbehörde milde vorgehen wird.

Der „Figaro“ endlich bemerkt: Die Regierung wird, so hoffen wir, sich ohne Erbarmen zeigen gegen die Anarchisten und gegen die Konföderation du travail und deren vaterlandlose Gesellen, welche derartige revolutionäre Ausschreitungen angebahnt haben.

Die Untersuchung.

Paris, 20. Mai. Der Kriegsminister hat den General Bau, Mitglied des Obersten Kriegsrats, nach Toul und Belfort entsandt, um die Untersuchung der gemeldeten Vorfälle persönlich zu leiten. In einer anscheinend offiziellen Mitteilung wird erklärt, man könne sicher sein, daß die Reuiterer streng bestraft werden würden.

Es heißt, daß in der Kaserne von Reuilly seit dem Beschlusse über die Zurückbehaltung der Jahreshälfte 1910 bereits wiederholt derartige Demonstrationen vorgekommen seien.

Belgien.

Die kommunistische Suppe im Generalstreik.

Der Sekretär der Arbeiterpartei in Gent teilt mit, daß dort während des Streiks rund 250 000 Liter Suppe und 120 000 Zwiele zu 1 Millio verteilt worden sind. Die Kosten betrugen 70 000 Franc. Die Partei wird die gesamte Einrichtung aufbewahren, um sie bei großen Streiks oder Aussperrungen wieder zu verwenden.

England.

Rüstungskapital und Patriotismus.

London, 19. Mai. (Fig. Ver.) Die linksliberale „Daily News“ kündigt an, daß sie morgen eine Artikelserie über die Finanzen, die Lätigkeit und die Methoden der großen englischen Rüstungsfirmen beginnen wird. Das Blatt schreibt dazu:

„Es ist erinnerlich, daß Herr Liebknecht im Deutschen Reichstag vor kurzem bemerkenswerte Enthüllungen machte über die Beziehungen zwischen den Rüstungsfirmen und den Regierungsabteilungen Deutschlands, ferner über ihre Beziehungen zur französischen Presse zu dem Zweck, Furcht in Deutschland zu erregen und so deutsche Rüstungen anzuregen. Diese Enthüllungen deckten auf, wie durch eine komplizierte Taktik ein Land gegen das andere ausgespielt und durch geschickt verbreitete Gerüchte das Betrüben genährt wird. Sie zeigten auch in schlagender Weise die Verschlingung der Rüstungsfirmen der verschiedenen Länder. Das Gewerbe der Panikerzeugung zum Zweck der Rüstungsförderung offenbarte sich als ein internationales Geschäft, das mit Patriotismus nichts zu tun hat und dessen einziger Zweck die Vermehrung der Dividenden der Panzerplattenaktionäre ist.“

In unserer Artikelreihe wollen wir zeigen, wie der Einfluß der Rüstungsfirmen in diesem Lande operiert. Wir werden die überaus engen Beziehungen zwischen diesen Firmen aufweisen. Wir werden ihre völlige Freiheit von bloßen nationalen Vorurteilen aufdecken — wie sie in fremden Ländern Arsenalen errichten, um die eventuellen Rivalen Englands zu versorgen und wie sie zu Hause mit der gleichen Bereitwilligkeit für dieses oder auch für jedes andere Land bauen. Wir werden uns mit ihrer Kenntnis der intimsten Geheimnisse unserer Heeres- und Flottenausstattung beschäftigen. Wir werden zeigen, wie ihren Interessen im Parlament Vorstoß geleistet wird und wie ihr Recht geschützt wird, für jeden Staat zu bauen, ohne daß eine Garantie dafür bestände, daß die so gebauten Schiffe und Kanonen nicht dritten Mächten weiter gegeben werden. Wir werden zeigen, wie bezeichnend und häufig die Fälle sind, daß hohe Staatsbeamte — nachdem sie mit hübschen aus den Steuern gezahlten Pensionen in den Ruhestand treten — in den Dienst der Panzerplattenfirmen treten. Endlich werden wir die Geschichte der großen Panik des Jahres 1909 erzählen. Wir werden zeigen, wie diese Panik entstand und wer der wirkliche Verfasser des bewundernswürdigen und kostspieligen Refrains war: „We want eight and we won't wait“ (Wir wollen achte — nämlich Dreadnoughts — und wir wollen nicht warten). Wir werden Mr. Mulliner, den früheren Direktor der Coventryer Kanonenfabrik, dem Publikum wieder vorführen und ihn erzählen lassen, wie er sich bemüht hat, die britische Admiralität über die Tätigkeit Deutschlands mit Angst zu erfüllen. Wir werden zeigen, welchen Erfolg seine Bemühungen hatten, und werden die Panik im Lichte des Tages überblicken.

Die Artikel werden vollständig auf dokumentarische Beweismaterialien gegründet sein und werden nur die möglichst einfache und unparteiische Darlegung der Tatsachen bezwecken.“

Die deutsch-englischen Beziehungen.

London, 20. Mai. Die offiziöse „Westminster Gazette“ schreibt anlässlich des Besuchs des englischen Königs in Berlin: Es ist kaum möglich, die Vorteile zu übersehen, die ein gutes Einverständnis zwischen Deutschland und England für die Welt haben könnte, oder das Unheil, das aus ihrer Entfremdung folgen könnte. Wir sehen in den letzten Monaten, wie große Gefahren durch ihr Zusammenwirken und den Einfluß abgemindert werden können, den sie zusammen auf die hauptsächlichsten Mächtegruppen ausüben imstande sind. Gemeinsam können sie die Brücke zwischen diesen Gruppen bilden, getrennt können sie die Gruppen in gefährliche gegensätzliche Kräfte verwandeln. Keine von beiden Mächten hat, wie die Dinge liegen, das geringste Interesse daran, die andere von ihren Freunden oder Verbündeten abzutreiben. Beide haben vielmehr das größte Interesse, zwischen den entgegengesetzten Gesichtspunkten beider Gruppen einen Ausgleich zu finden.

Dänemark.

Vor den Reichstagswahlen.

Kopenhagen, 18. Mai. (Fig. Ver.) Am 20. d. Mis. finden in Dänemark die allgemeinen Wahlen zur Zweiten Kammer statt. Der Wahlkampf ist mit größter Schärfe geführt worden und die Wähler werden nun entscheiden, wenn sie folgen wollen: den Parteien der Linken mit ihrem Verfassungsprogramm oder den Konservativen, die an den bestehenden Verhältnissen in fortgeschrittener Richtung nichts ändern wollen. Der diesmalige Wahlkampf ist fast ausschließlich um die große Frage der Verfassungsrevision geführt worden, alles andere trat hinter diese Frage zurück. Die jetzt geschlossene Zweite Kammer hatte der Reformvorlage der Regierung zugestimmt, die Vorlage fiel aber im Landsting, der Ersten Kammer, deren konservative Mehrheit rückwärtslos und totpöcklich obenbrein jeglichen ersten Fortschritt ablehnte, soweit es sich um die Zusammenlegung dieser Kammer handelte. Die Regierung will nun durch die Wahlen zur Zweiten Kammer die Meinung der Wähler kennen lernen; sie wird dann ihre Vorlage aufs neue dem Parlament unterbreiten und bei einer nochmaligen Weigerung der Ersten Kammer diese auflösen, womit die konservative Mehrheit endgültig gebrochen werden kann.

Dieser Ernst der Lage kam auch im bisherigen Wahlkampfe zum Ausdruck. Die Konservativen haben alles daran gesetzt, um insbesondere die Bauern für sich zu gewinnen, woran in größerem Umfang bei diesen Wahlen wohl kaum zu rechnen ist. Dagegen erscheint die Haltung des rechten Flügels der regierenden Liberalen weit enfter, weil er an dem Ernst eines Teiles der Regierungspartei in der Verfassungsfrage zweifeln läßt. Der unter der Führung des früheren liberalen Staatsministers Christensen stehende rechte Flügel der Liberalen isoliert histweilen offenbar mit den Konservativen auch in der Frage der Verfassungsrevision und würde sicher gern ein Kompromiß mit den Konservativen eingehen. Diese Haltung eines Teiles der Liberalen gefährdet insofern die Situation der Linken bei den Wahlen, als die Konservativen dadurch einige Siege zur Zweiten Kammer wieder erhalten dürften, während sie sonst auf ein unbedeutendes Minimum zurückgedrängt werden könnten.

Unsere Partei hat Kandidaten in allen Kreisen aufgestellt, wo eine Aussicht auf eine erfolgreiche Betätigung der Sozialdemokratie gegeben erscheint. Im übrigen gilt als Regel, daß die rechten Linkenpartei (Liberalen, Radikale und Sozialdemokratie) der Rechten keine Kreise ausliefern dürfen, sondern nur für die Wahl von Anhängern der Reformform eintreten sollen. Die Radikale befolgen auch diese Taktik, während die Liberalen sich oft wandelmütig zeigen. Die Wahlen am Dienstag werden zeigen, welche Zusammenlegung die Zweite Kammer bekommen wird. Optimisten erhoffen einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie und der Radikale, allein es fehlt auch nicht an Stimmen, die vor zu großen Erwartungen warnen. Die Liberalen haben zweifellos durch die feste Haltung des Ministerpräsidenten Bernsen in der Wahlrechtsfrage sich neuen Kredit im Lande geschaffen. Eventuell wird daher die Kammer in bisheriger Zusammenlegung wiedergewählt, und auch das bedeutet den Sieg der Verfassungsrevision, sofern die Liberalen in den erneuten Parlamentsverhandlungen über die Vorlage nicht mit den Konservativen Frieden schließen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Herford-Halle hielt am Sonntag in Herford seine Generalversammlung ab. Der Verein vereinnahmte in den neun Monaten des abgelaufenen Geschäftsjahres mit einem Kasernenbestand von 508,13 M. 546,58 M., die Ausgaben beliefen sich auf 502,89 M., so daß am 31. März ein Kasernenbestand von 299,89 M. vorhanden war. Die Mitgliedschaft beträgt 2009, das ist ein Verlust von 57 Mitgliedern gegen das Vorjahr. Die Zahl der „Volkswacht“-Abonnenten ist ebenfalls etwas zurückgegangen, sie beträgt 3100. Die mihliche Lage in der Tabakindustrie und der sibirische Abfall nach der Reichstagswahl haben zusammen den kleinen Rückgang bewirkt. 370 Versammlungen wurden abgehalten, darunter 33 öffentliche. 7 Flugblätter und Broschüren in 27 000 Exemplaren wurden verbreitet. Sozialdemokratische Gemeindevorsteher zählten wir 41 in 19 Orten.

Zum Punkt „Stellungnahme zum Deutschen Parteitag in Jena“ referierte Genosse Hoffmann. Er sprach zunächst des längeren über die Steuerfragen. Mit der wachsenden Zahl unserer Vertretung im Reichstage sei auch die Verantwortung der Partei größer geworden, deshalb mühten wir uns eingehender mit der Frage befassen, wie die notwendigen Steuern zur Deckung der Ausgaben des Reiches aufgebracht würden. Unsere Fraktion habe bis jetzt in Steuerfragen glänzend operiert, und wie dürften uns in der Debatte über die Steuern für die neue Militärvorlage auch ferner unseren Einfluß nicht nehmen lassen. Er glaube, daß unsere Fraktion vom Parteitag einstimmig aufgefordert wird, unser Volk vor weiteren indirekten Steuern zu bewahren.

Nebener streift dann die Entwicklung der Partei und die Meinungsstärkung über die Fragen der Reform und der Vertiefung an der Landtagswahl. Auch die Streitfrage: Radikalismus oder Revisionismus? sei vom letzten Parteitag schon beiseite geschoben worden. Er bedauere es, daß die Partei der 110 keinen Gesetzentwurf eingebracht bzw. die Regierung darauf gebracht hat, die Energie der Talkpörrer und des strömenden Wassers zu monopolisieren. Wir mühten außer im Reichstage auch in den Kommissionen unsere Forderungen energisch zu verwirklichen streben. Genosse Hoffmann ermahnt zum Schluß, im Sinne seiner Ausführungen die Wahl der Delegierten vorzunehmen.

Eine Diskussion fand nicht statt. Als Delegierter zum Parteitag wurde einstimmig Genosse Figus gewählt.

Der Antrag des Vorstandes, nur noch eine Generalversammlung alljährlich abzuhalten, wurde angenommen.

Sozialdemokratische Gemeindevorsteherfolge.

In Burgfelden im Kreise Rülkhausen i. W. wurden am letzten Sonntag bei einer Gemeindevorsteherwahl für drei Mitglieder alle drei sozialdemokratischen Kandidaten mit 88-92 Stimmen gewählt, während die drei Kandidaten der Liberalen (zentralistischen) Bürgerpartei mit 61 bis 65 Stimmen glatt unterlagen. Der Wahlsieg bestätigt den sozialdemokratischen Sieg bei einer früheren Wahl, die infolge eines Formschlers laffiert worden war.

Gewerkschaftliches.

Kauft Krupp auch die Gelben auf?

Er (Herr, Redakteur der Kruppischen gelben Arbeiterzeitung) hätte auch an Schönheits geschrieben, er wüßte nicht, daß man Lebius finanziell schädige. Man möge ihm seine Zeitung ablaufen. Wenn die Berliner (die Gelben) kein Geld hätten, so möchten sie sich an ihn (Herr) wenden, er würde schon Geld besorgen."

Aus dem Verichte einer gelben Vertrauensmännerversammlung, Chemnitz, 7. Mai 1918.

Es gärt bei den Gelben ganz kräftig. Der treibende Faktor ist die „Essener Richtung“. Die Essener Richtung hat ihre Macht im Kruppischen nationalen Arbeiterverein und im Essener gelben „Werkverein“, dessen Redakteur der oben genannte Herr Herr ist. Der Essener nationale Arbeiterverein oder Werkverein ist aus der — national-liberalen Parteiorganisation in Essen hervorgegangen. Früher wurden die Arbeiterklagen innerhalb dieser Organisation, wo friedlich neben den Kruppischen Direktoren auch die Kruppischen Arbeiter leben durften, vom nationalliberalen Parteisekretär mit erledigt. Später ging das nicht mehr so einfach weiter, aus den Kruppischen nationalliberalen Arbeitern wurde eine Werkvereinssektion, die ihre eigene Zeitung erhielt. Selbstverständlich war sie „absolut selbständig“. Der „Nationaldemokrat“, das politische Lebiusorgan der gelben Werkmeister „Berliner Richtung“ schreibt zu diesem Thema:

„Was heißt unter solchen Umständen: das Essener Blatt „Der Werkverein“ ist Eigentum der Essener Arbeiter und seine Ueberschüsse kommen lediglich der gelben Arbeiterbewegung zugute? Zunächst geschieht in der Redaktion und Geschäftsführung des Essener Blattes nichts, was nicht der Direktionsbeamte Falbach (Kruppscher Direktionssekretär Halbach) heißt es an anderer Stelle) gutheißt und Herr Falbach seinerseits holt sich seine Instruktionen vom Kruppischen Direktor Zielhaver. Wenn dann gesagt wird, der ganze Ueberschuss des Blattes kommt der Arbeiterbewegung zugute, so klingt das verführerisch. Man prüfe aber einmal die Ausgaben. Dann wird man sehen, daß das Geld durch die Reisen der Herren Falbach und Herr u. a. verausgabt wird, und ob diese Reisen im Arbeiterinteresse (im gelben Arbeiterinteresse!) liegen, ist noch sehr fraglich.“

Damit sind aber die interessanten Beleuchtungen der gelben Arbeiterbewegung und ihrer Beeinflussung durch Krupp noch lange nicht zu Ende. Der „Nationaldemokrat“ stellt fest, daß der Berliner Förderungsausschuß der gelben Arbeiterbewegung im wesentlichen von Kruppischem Gelde gehalten wird! „Dieser Berliner Förderungsausschuß ist nämlich nichts weiter als ein Instrument der Firma Krupp“ — so schreibt der Lebiusche Nationaldemokrat! Wer im Bunde deutscher Werkvereine Vorstehender wird, — es sind ganz anständige 6000 Mark-Stellungen — das hängt von Krupp ab. Wer eine gute Arbeitersekretärsstelle, eine gelbe Redaktionsverföhrung oder ähnliches haben will, er braucht nur dafür zu sorgen, daß seine Kruppische nationalliberale Stellungnahme genügend bekannt wird, bald steht ihm der Himmel offen!

Wie weit dieses Kruppische Aufkaufen und Beherrschen der gelben Werkvereinsbewegung in Wirklichkeit schon geht, zeigt ein Versammlungsbericht, den wir der soeben erschienenen Nummer des „Nationaldemokraten“ entnehmen. Der Kruppische Herr Herr fuhr nach Chemnitz, um die dortige gelbe Arbeiterbewegung in das Fahrwasser des eigenen Brotherrn zu lenken. Lebius, der „Hüter der alten Traditionen“, kämpfte scharf gegen ihn. Was haben die Kruppischen Interessenten im gelben Arbeiterverein der Maschinenfabrik vorm. Hartmann zu tun? Krupp braucht eine einheitliche national-liberale Arbeiterbewegung! Die sorgt durch geeignete Vertreter dafür, daß Küstungsvorlagen nicht durch Schwierigkeiten behindert oder verkleinert werden! Die „neutralen“ Berliner Werkvereinsler wollen nicht ohne weiteres „Kruppianer“ werden. Die Situation ist ganz klar, Krupp muß eben noch ein halbes Duzend gelbe Sekretäre anstellen und Lebius muß ausgekauft werden, Das ist gelbe Arbeiterbewegung!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauarbeiter! In Demmin in Vorpommern und auf der Insel Rügen stehen die Maurer in einer Lohnbewegung. Neben der Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes von 43 auf 46 Pf. ist eine andere Forderung gestellt, deren Notwendigkeit typisch für die Natur der ostelbischen Großgrundbesitzer ist. Die Arbeiter verlangen, daß bei Arbeiten auf den umliegenden Gütern, von denen die Arbeiter wegen der weiten Entfernung nicht täglich an ihren Wohnort zurückkehren können, die Unternehmer verpflichtet sein sollten, die Schlafbeden in einem Bett bezug zu liefern. Heute ist es so, daß den Maurern, überhaupt den Bauarbeitern, auf den Gütern ein Verfalltag im Stall oder in der Scheune, bestenfalls eine leerstehende Gutarbeiterwohnung zugewiesen wird, wo sie auf Stroh in ihrer Arbeitskleidung, zugebedt mit elischen schwabigen Pferdebeden, die Nächte verbringen und sich zu neuer Arbeit härten müssen.

Gegen solche Verhältnisse richtet sich der Kampf der Maurer in Vorpommern und deshalb wurden die Demminer Maurer von den Unternehmern ausgeperrt.

Trotz dieser Zustände finden sich Leute, die in Berlin Arbeitswillige für die Demminer und Rügener Unternehmer anzuwerben suchen. Besonders hervor tut sich hierin der Gastwirt Schalowsky im Hause Bergstraße 79. Als Beauftragter der Unternehmer sucht er Maurer anzuwerben, die auf eigene Gefahr nach Demmin oder Rügen fahren, um bei 46 Pf. Stundenlohn alle oben dargestellte ostelbische junkerliche Arbeiterfürsorge zu genießen.

Alle Maurer warnen wir hierdurch dringend davor, den Lockungen des Herrn Schalowsky zu folgen und Arbeitsangebote nach Vorpommern, besonders Demmin und Rügen, sowie Stolz anzunehmen, da sie ihren ausgesperrten Kollegen in den Rücken fallen sollen.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Berlin.

Zuschinderverband, Jahreshilfe Berlin. Bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstage in Stuttgart wurden 3548 Stimmzetteln abgegeben, davon waren 192 ungültig, bleiben 3356 gültige Stimmzetteln. Es wurden gewählt: A. Kulikowski, A. Lippold, E. Mar, O. Wienke, B. Herzog, A. Hoffmann, W. Stephan, L. Arghmin, J. Czerny, R. Würzberger, R. Klappenbach, W. Kempke, P. Rieger, E. Bräuner, Fr. Strauß, A. Krüger, L. Jünemann, C. Hill und E. Wöllner.

Vorsicht, Maler! Aus Nordhausen wird uns mitgeteilt, daß die Firma Guido Kabelle (Innendekorationen), Berlin W. 68, Kochstraße 82, nach Nordhausen Streikbrocher für die dortigen Malermeister geschickt hat. Wir warnen unsere Kollegen davor, mit obiger Firma in Verbindung zu treten, da es nicht ausgeschlossen **Berantio, Redakt.: Alfred Dielepp, Reußlan, Inzeratenteil berantio,**

erscheint, daß die Firma auch nach anderen Orten diese Tätigkeit ausübt. Verband der Maler, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Evangelische Arbeitervereine gegen die gelbe Bewegung.

Die evangelischen Arbeitervereine in Rheinland und Westfalen haben auf Betreiben ihrer nationalliberalen Führer noch keinen direkten Gegensatz zu den Gelben ausgesprochen. In Rücksicht auf die verschiedenen gleichartigen Bestrebungen unterließen sie es bisher, sie haben eine „abwärtige Stellung“ eingenommen. Nachdem ihnen aber ihr Mitgliederverlust, der der gelben Bewegung zugute kam, zu stark geworden ist, haben sie jetzt eine Stellungnahme für erforderlich gehalten. Der Kampf der Zentrums-gewerkschaften datiert bekanntlich auch erst von dem Zeitpunkt ab, wo ihnen die Absehwendung vieler katholischer Arbeiter ins gelbe Lager in jahreshafter Weise zum Bewußtsein gekommen ist. Katholisch und evangelisch erregene Arbeiter bilden ja schließlich das empfindlichste Material für die gelbe Richtung.

Dieser Lage haben nun der Ausschussführung des Verbandes evangelischer Arbeitervereine in Dortmund zwei Anträge vorgelegt, die sich mit der Stellungnahme zu den Werkvereinen beschäftigen. Während der Kreisverband Neudinghausen einen Beschluß dahin wünschte: „Welche Richtlinien haben die einzelnen Vereine der genannten Bewegung gegenüber zu beobachten?“, beantragte der Kreisverband Ebersfeld unter ausführlicher Darlegung der erfolgreichen Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung durch die evangelischen Arbeitervereine und dem Hinweis darauf, daß die Bestrebungen der evangelischen Arbeitervereine durch die gelbe Werkvereinsbewegung nicht nur bekämpft, sondern geradezu angefeindet und behindert werden, eine Entschließung, wonach diejenigen, die in den Vereinen des Provinzialverbandes der evangelischen Arbeitervereine Agitation für die wirtschaftsfriedliche (gelbe) Bewegung treiben oder irgendeine gegen die Beschlüsse und Kundgebungen des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine oder gegen das soziale Programm des Gesamtverbandes arbeiten, nicht Mitglied eines evangelischen Arbeitervereins bleiben können.

Dieser Antrag wurde vom Sekretär Beer eingehend begründet und dabei insbesondere auf die Kriegserklärungen der gelben Vereine gegen die evangelischen Arbeitervereine hingewiesen:

„Die evangelischen Arbeitervereine sollten ihre seither bewährten und befolgten Grundsätze und die nach diesen Grundsätzen wirkenden Personen aus der Leitung der evangelischen Arbeitervereine aufgeben.“

Bedner erklärte, daß dies vielfach unmöglich sei. Nach ihrem Grundsatz: „Tuet Ehre jedermann“, achteten sie auch die Arbeitgeber. Sie kennen aber auch das Wort des Apostels: „Werbet nicht des Menschen Knecht!“ In demselben Sinne äußerte sich Pastor D. Weber (N.-Gladbach), der Gesamtverbandsvorsitzende. Die von Ebersfeld verlangte Entschließung wurde vom Ausschuss angenommen, so daß sich also der Provinzialverbandstag mit der Sache beschäftigen wird. Namens des Essener Arbeiter- und Bürgervereins erklärte der nationalliberale Parteisekretär Lummel, „der Verein müsse sich alles weitere vorbehalten.“ In Essen hat die Werkvereinsbewegung bekanntlich einen starken Rückhalt an Krupp. — In evangelischen Arbeiterkreisen macht man sich bereits schwere Vorwürfe, daß man den von den Juden und Industriewerker befohlenen nationalliberalen Agitatoren, die durchweg Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine sind, aber gleichzeitig auch für die gelbe Bewegung agitieren müssen, Gehör geschenkt und nicht längst den Kampf gegen die Gelben aufgenommen hat.

Differenzen in der Mühlenindustrie.

In den Müllbacher Mühlenwerken bei Straßburg i. E. sind wegen Lohnforderungen Differenzen ausgebrochen. In den Elsässer Mühlenwerken in Straßburg i. E., die eine Produktionsgemeinschaft mit der Müllbacher Mühle bilden, sind schon Kottquartiere für die Streikbrecher errichtet worden. Zugang von Mühlenarbeitern ist ferngehalten.

Ausland.

Die geplante gelbe Seifenblase.

Die schweizerischen Kapitalisten haben mit ihren gelben Handlangern und Arbeiterführern entschieden Vog. Vor Jahren opfereten sie große Summen für die Experimente des „berühmten“, aber nun lang- und langlos verschollenen gelben Ritters v. Selbegg, von dessen „erfolgreicher“ Wirksamkeit auf Schweizerboden aber auch keine Spur zurückblieb. Vor Jahresfrist kauften sie sich den immer geldbedürftigen Renegaten Franz Pechota, der von der Redaktion der sozialdemokratischen Winterthurer „Arbeiter-Zeitung“ direkt ins kapitalistische Lager abschwankte, um sich an die Spitze einer neuen gelben „wirtschaftsfriedlichen“ Arbeiterbewegung zu stellen und das nun zu bekämpfen was er bisher mit Begeisterung verfolgt hatte. Zu Pechota stellte sich ein Szell-Fröhlich in Zürich, ebenfalls Metallarbeiter wie Pechota, der ebenso wie dieser die obligate Vernichtungswirtschaft gegen die Sozialdemokratie losließ. Und nun veröffentliche zur größten Verblüffung der Welt derselbe Szell-Fröhlich in unserem Züricher Fortschritt „Volkrecht“ einen gequälten Leitartikel gegen seine bisherigen Gönner und Gelbgeber, vor deren Treiben er sich rettend in die Öffentlichkeit, in die gestern noch von ihm bekämpfte Sozialdemokratie flüchtete. Szell-Fröhlich erklärt, daß die von ihm herausgegebenen und redigierte gelbe „Freie Arbeiter-Zeitung“ nicht mehr erscheint; ferner, daß für deren Verbindlichkeiten der kürzlich in Winterthur hergestellte Maschinenfabrikant Sulzer-Ziegler resp. dessen Erben haften und außerdem noch die Arbeitgeberverbände der Maschinen- und Textilindustriellen sowie der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, die also die Macher und Gelbgeber der gelben Zeitung wie der ganzen gelben „Arbeiterbewegung“ waren und sind, die angeblich spontan aus den Arbeiterkreisen hervorgegangen, um sich vor dem „roten sozialdemokratischen Terrorismus“ zu retten. Die erbärmliche kapitalistische, die ganze Offensivität betrügerisch irreführende und arbeitersängereiche Rede ist nun aller Welt offenbar. Und dann fährt Szell-Fröhlich in seiner Erklärung fort:

„Wer mich kennt, der weiß, daß ich niemals Sozialist war, niemals eine andere Uebersetzung vertreten habe, als das Gegenteil vom Klassenkampf. Ich war der Uebersetzung, daß die Lage der Arbeiterschaft auf friedlichem Wege gehoben werden kann. Diesen Traum habe ich gründlich ausgeträumt. Wegen die militärisch stramm organisierten Arbeitgeberverbände kann es für die Arbeiterschaft nur eine Parole geben: Kampf! — Kampf, ebenso rücksichtslos und brutal, wie die Arbeitgeberverbände die selbstverständlichen Forderungen der Arbeiter bekämpfen. Wer wie ich in das anplante, jesuitische Treiben der Arbeitgeberverbände Einblick bekommen hat, der muß darüber lächeln, daß die Bürgerlichen aus dem Generalstreik ein Verbrechen konstruieren. Fast unbewußt, weil gewohnt, verüben die Arbeitgeber und ihre Verbände in einer Woche mehr Terror, als die Arbeiterschaft das ganze Jahr.“

Diese interessante, wenn auch gar nichts Neues offenbarende Feststellung gilt für Deutschland und das übrige Ausland genau so wie für die Schweiz; die Kapitalisten sind überall die schärfsten, gewalttätigsten und unübertriebenen Terroristen.

Zum Abschluß zwischen Szell-Fröhlich und seinen Gönnern kam es, weil er sich nach seiner Erklärung weigerte, die gelbe „Freie Arbeiter-Zeitung“ dem erreaktionären Züricher Bürgerband auszuliefern. Dem Renegaten Pechota, der nun Führer und Vertrauensmann der Unternehmerorganisation ist, den er vor Jahresfrist in seinem gelben Blatte beherrschte, stellt er das **Blode, Berlin, Druck u. Verlag: Vormärz Buchdr. u. Verlagsanstalt**

Zeugnis aus, daß es keinen „Charakterlosen“ gibt als diesen Liebling der Unternehmerorganisationen, der eine Fierde der echt russischen Leute sein könnte und der die „personifizierte Schlichtheit“ ist.

Der so arg enttäuschte Szell-Fröhlich stellt sich sodann selbst als ein großer Konfusionsrat vor. Er ist Begner von Marx und der Verstaatlichung der Produktionsmittel; aber er ist gleichzeitig der Uebersetzung, daß nur der Sozialismus die unerträglichen Fesseln der Arbeiterschaft sprengen kann. Und für diesen Gedanken will er in Reich und Glied als einfacher Soldat kämpfen, ein Vorkamp, der sehr loblich ist.

Szell-Fröhlich bekennt darum weiter, daß er von seinen Gönnern sehr gut bezahlt worden war und daß von einem solchen Einkommen oft ein halbes Duzend Familien leben müssen. Als die Unternehmer sahen, daß Szell-Fröhlich ihr Lager verlassen will, suchten sie mit 3000 Fr. sein Schweigen zu erlangen. Es war dies Oberst Kaville, der Zentralpräsident des schweizerischen Arbeitgeberverbandes. Und da man ihn nicht mehr halten konnte, drohte man mit Verhaftung. Auch dies ist kein kapitalistischer Terrorismus!

Schließlich kündigt Szell-Fröhlich die Veröffentlichung einer Broschüre „Die Bürgerlichen“ an als Gegenstück zu seiner vorjährigen Broschüre „Die Sozialdemokratie“.

Die „Volkrecht“-Redaktion verhält sich mit Recht reserviert gegenüber dem beherrschten Szell-Fröhlich und hält es noch für möglich, daß ihm die Unternehmer die für sie kompromittierenden Akten, die er besitzt, für eine große Summe ablaufen. Kommt es aber wirklich zur Veröffentlichung, so ist der moralische Bankrott der neuen gelben Bewegung, ihr Zusammenbruch, ein vollständiger.

Die Veröffentlichung Szell-Fröhlichs nach Abschluß der langen Generalstreikdebatten im Großen Stadtrat mit den perfiden Scharfmacherbeschlüssen und am Vorabend der bedeutungsvollen städtischen Wahlen wirkt wie eine Bombe, die für die Begier die verlorene, für die reinliche und ehrliche Sozialdemokratie eine gewonnene Schlacht bedeutet.

Letzte Nachrichten.

Angefündigte Interpellation über die Soldatendemonstrationen.

Paris, 20. Mai. (B. L. B.) In den Wandelgängen der Kammer verlautet, daß sowohl sozialistische wie nationalistische Abgeordnete die Absicht hätten, die Regierung über die Militär-demonstrationen zu interpellieren. Der Deputierte von Nancy, Major Driant, hat dem Kriegsminister mitgeteilt, daß er ihn übermorgen über die Vorfälle von Toul befragen wolle. Der Kriegsminister erwiderte, daß er die Anfrage beantworten werde, sobald ihm der Bericht des Generals Pau zugegangen sei, man glaubt, daß diese Untersuchung binnen 48 Stunden abgeschlossen sei.

Weitere Soldatendemonstrationen.

Paris, 20. Mai. (B. L. B.) Aus Toul wird gemeldet: Man befürchtet, daß sich neue Demonstrationen, wenn auch in geringerer Maßstabe, ereignen werden. Mehrere Soldaten und Militärarbeiter verweigerten die Arbeit; einige Soldaten weigerten sich, die Wache zu beziehen, und wurden auf Befehl des Stadt-kommandanten verhaftet.

Die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 20. Mai. (B. L. B.) In Kammerkreisen glaubt man, daß die Debatte über die dreijährige Dienstzeit spätestens am 29. Mai beginnen wird.

Vertagung der Londoner Friedenskonferenz.

Die Vorkonferenz, die heute nachmittag wieder zusammentrat, vertagte ihre Sitzung bis Montag. Inzwischen traten die Führer der Vorkonferenz zusammen, um über die Form zu beraten, unter der die Schwereigkeiten beseitigt werden könnten, die sich der Unterzeichnung des Präliminarfriedens seitens Griechenlands und Serbiens entgegenstellen.

Die Wiener Studentenzentralen.

Wien, 20. Mai. (B. L. B.) Infolge der lärmenden Vorfälle der letzten Tage ist die Universität geschlossen worden. Der Rektor hat ein allgemeines Ferienverbot erlassen, und der Eintritt in die Universität ist nur durch eine Notwendigkeit und nur den Angehörigen der Universität gestattet. Der Platz vor der Universität war heute vormittag durch ein hartes Schußmannausgebot gesperrt. Infolgedessen konnten Zusammenkünfte zwischen den deutsch-nationalen und jüdisch-nationalen Studenten vermieden werden. Die beiden Parteien waren zwar in geschlossenen Rügen aufmarschiert, wurden jedoch von der Polizei auseinandergetrieben.

Russische Justiz in Finnland.

Petersburg, 20. Mai. (B. L. B.) Die Justizkommission der Duma hat die Gesetzesvorlage über die Ausdehnung der allgemeinen Reichsgesetze auf die in Finnland begangenen Hochverrats- und politischen Verbrechen angenommen. Die Mitglieder der Opposition waren ostentativ ferngeblieben. Die Kommission hat bei der Annahme der Gesetzesvorlage auch die Anwendung des neuen Gesetzes auf Verleumdungen der orthodoxen Geistlichkeit, des Heeres und der russischen Beamten in Finnland beschlossen.

Ein bemanntes Segelboot vermisst.

Riel, 20. Mai. (B. L. B.) Der Ingenieur Niemann von der Rieker Torpedoinsektion, der am Sonntag mit einem Oberleutnant nehmann der Kaiserlichen Flotte und dessen Sohn nach Kappeln fahren wollte, um von dort mit einem Segelboote nach Riel zurück-zufahren, ist bisher hier nicht eingetroffen. Vermutlich ist das Boot infolge der stürmischen Witterung gesunken.

Berwegenes Automobilverbrechen in Paris.

Paris, 20. Mai. (B. L. B.) Ein Verbrechen, das merkwürdig an die betrogenen Untaten der Automobilpachen erinnert, spielte sich heute nachmittag in der Nähe von Paris in Louvre ab. Der Direktor der bekannten Automobilfabrik Chenard und Walder in Paris ist von einem unbekannt gebliebenen Mann, der sich für einen Automobilkäufer ausgab, durch fünf Revolverkugeln tödlich verletzt worden. Folgende Einzelheiten über die Schreckensstat sind bisher bekannt geworden: Gestern abend stellte sich in der Hiesigen Filiale der genannten Firma ein sehr elegant gekleideter Herr ein, der anab, ein Automobil kaufen zu wollen. Der Filialdirektor schlug ihm vor, eine Versuchsfahrt in einem neuen Wagen zu unternehmen und beide fuhren heute früh von Paris ab. In der Nähe von Louvre beabsichtigte man, eine kurze Rast zu machen. Im Augenblick, als Darbonne abstieg, sog sein Begleiter zwei Revolver hervor und feuerte sie auf Darbonne ab, der von fünf Kugeln getroffen zu Boden stürzte. Danach setzte der Verbrecher den Motor wieder in Tätigkeit und entfloh ungehindert. Es besteht wenig Hoffnung, den schwerverletzten Filialleiter am Leben zu erhalten.

Eine Kirche durch Blitzschlag zerstört.

Bad Wildungen, 20. Mai. (B. L. B.) Die alte ehrwürdige Kirche des ehemaligen Eistes Schaalen bei Corbach wurde gestern durch Blitzschlag völlig eingestürzt.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Mörder Schuhmeiers vor den Geschworenen.

Wien, 17. Mai. (Fig. Bez.) (Telegraphischer Bericht.)

In der fortgesetzten Verhandlung richtet der Präsident v. Heidl an den Angeklagten die Frage, wie er sich dazu stelle, daß alle Zeugen übereinstimmend bekunden, er habe nach der Tat ausgerufen: „Das ist meine Mache!“ — Angell: Ich kann mich daran nicht erinnern. — Präsi.: Querst haben Sie es zweifellos gesagt. Später allerdings haben Sie Anstoß daran genommen. Das hat seinen guten Grund, den ich Ihnen später darlegen werde. Sie haben überhaupt fortgesetzt Ihre Angaben geändert. Diese Protokolle mit dem Wort „Mache“ aber sind von Ihnen unbeanstandet unterschrieben worden. — Angell: Ich kann nur erklären, daß ich die Tat nicht aus Mache verübt habe. Der Ausdruck „Mache“ ist mir erst aufgefallen, als ich ihn in der Anklageschrift las.

In der weiteren Verhandlung protestiert Verteidiger Rechtsanwält Dr. Rabenlechner dagegen, daß hier fortgesetzt von der Partei des Angeklagten Kunschak gesprochen wird. — Präsi.: Aber wir brauchen doch keine Scheuklappen zu tragen, sondern können die Tatsachen öffentlich aussprechen. Kunschak war doch Öbmann der christlichen Gewerkschaften und gehörte zwei christlich-sozialen Vereinen an. — Angell: Bitte, Herr Präsident, das waren katholische unpolitische Vereine.

Sodann kommt zur Erörterung, weshalb der Angeklagte Kunschak so vielfach seine Stellungen gewechselt hat. Zunächst wird der Direktor der Automobilfabrik Graef u. Stift Karl Graef vernommen. Er bekundet, daß Kunschak in seiner Fabrik im Jahre 1905 gearbeitet hat. Kurz nach seiner Anstellung seien die Vertrauensleute zu ihm gekommen und hätten Kunschaks Entlassung gefordert. Einen Grund hätten sie nicht angegeben. Er vermute aber, daß der Grund die Zugehörigkeit Kunschaks zu einer anderen Partei gewesen sei. Die Arbeiter hätten mit sofortiger Arbeitsniederlegung gedroht, falls Kunschak nicht entlassen würde. — Angell: Kunschak: Ich habe Herrn Graef damals dargelegt, daß die Mehrheit seiner Arbeiter gar nicht sozialdemokratisch gesinnt war, so daß er eine allgemeine Arbeitsniederlegung nicht hätte zu befürchten brauchen. Es kamen dafür höchstens 50 bis 60 Arbeiter in Betracht. Herr Graef aber erwidert, daß er bei der damaligen Konjunktur diese 60 Arbeiter nicht weggehen lassen könne, wenn er nicht schwer geschädigt werden sollte. Deshalb wurde ich von ihm entlassen. Herr Graef sprach auch von einem Brief des Metallarbeiterverbandes. — Zeuge Graef: In Einzelheiten kann ich mich nicht erinnern. Einen Brief des Metallarbeiterverbandes habe ich in meinen Briefschaften nicht gefunden. — Zeuge Rudolf Keitlinger war Betriebsleiter in der Metallwarenfabrik Hübner u. Wäber, bei der der Angeklagte Kunschak anderthalb Jahre gearbeitet hat. Die Entlassung sei, wie das Lohnbuch ergebe, mit der Entlassung vieler anderer Arbeiter kurz vor dem Zusammenbruch der Firma wegen Arbeitsmangel erfolgt. — Zeuge Josef Nagy war Hauptvertrauensmann bei dieser Firma und bekundet, daß eines Tages die Arbeiter ihn aufgefordert hätten, Kunschak zu fragen, ob er der Organisation beitreten wolle. Er habe das zuerst nicht tun wollen, da er fürchtete, es würde ihm ebenso gehen, wie den Vertrauenspersonen bei Siemens u. Schudert, die auf eine Anzeige Kunschaks hin wegen Erpressung verurteilt und bestraft worden seien. Er habe aber später geglaubt, dem Wunsche der Arbeiter nachkommen zu sollen. Kunschak habe gesagt, daß er nicht beitreten wolle und man habe ihn nun vollständig in Ruhe gelassen. Kunschak war damals Öbmann der christlich-sozialen Gewerkschaft. — Zeuge Franz Wedlich bekundet, daß er den Angeklagten Kunschak im August 1907 eines Morgens um 7 Uhr in Arbeit genommen habe und daß eine Stunde später die Vertrauensleute der Gewerkschaften die Entlassung Kunschaks verlangt hätten, da die Arbeiter nicht mit Kunschak zusammen arbeiten wollten. — Zeuge Johann Geher bestätigt das. — Präsi.: Haben Sie die Entlassung sofort vorgenommen. — Zeuge Geher: Jawohl. Kunschak fragte mich, weshalb er entlassen würde, und da werde ich ihm wohl gesagt haben, daß es sich bei ihm um eine Verfolgung durch die Genossen handle.

Zeuge Johann Polliger, der Hauptvertrauensmann der sozialdemokratischen Metallarbeiterorganisation, bekundet, daß die Arbeiter überall die Entlassung Kunschaks gefordert hätten, weil sie

befürchtet hätten, von ihm benutzert zu werden. Mit anderen christlich-sozialen Arbeitern hätten die Arbeiter widerspruchslos zusammengearbeitet. Aber von Kunschak wollten sie nichts wissen. — Angeklagter Kunschak: Ich möchte den Zeugen unter Eid fragen, ob er nicht die Arbeiter beeinflusst hat, mit mir nicht zusammen zu arbeiten. Ich glaube nämlich nicht, daß die Arbeiter an ihn herangetreten sein sollen. — Zeuge Polliger: Es ist so, wie ich gesagt habe. — Präsident: Ist vielleicht ein allgemeiner Befehl ausgegeben worden, die Arbeit niederzulegen, wo Kunschak arbeitet? — Zeuge Polliger: Das ist vollkommen ausgeschlossen. Ein Geschworener: Sie sind also der Ueberzeugung, daß Kunschak auch als christlich-sozialer ruhig hätte arbeiten können, wenn er vorher nicht bei Siemens & Schudert die Verurteilung seiner Kameraden wegen Erpressung herbeigeführt hätte. — Zeuge Polliger: So ist es. Niemand hätte ihm dann irgend einen Widerstand geleistet. Es arbeiten ja in den Fabriken Arbeiter der verschiedensten Parteirichtungen zusammen. Aber durch seine Anzeige hat sich Kunschak in einen Widerspruch gesetzt zum Rechtsempfinden der Arbeiterklasse. — Verteidiger: Kunschak hat nur von seinem Recht Gebrauch gemacht, sich nicht organisieren zu wollen.

Weitere Zeugen bekunden, daß in einer Fabrik in dem Augenblick, als Kunschak den Arbeitsraum betrat, die Arbeiter die Arbeit niederlegten. Es sei daher nichts anderes übrig geblieben, als Kunschak zu entlassen. Die Arbeiter hätten Angst gehabt, Kunschak würde alles das, was er in der Verhaftung höre, zur Anzeige und so die Kameraden ins Gefängnis bringen.

Eine weitere Gruppe von Zeugen bekundet, daß Kunschak in der Zeit von 1907 bis 1911 an verschiedenen Stellen unbehelligt gearbeitet hätte. So war er an einer Stelle drei Jahre hindurch und an einer anderen ein Jahr beschäftigt, aber er hat diese Stellen aus eigenem Antriebe ohne jede äußere Veranlassung aufgegeben, einmal z. B. weil er eine Aufschwung, die er verlangte, nicht gleich bekam und ein anderes Mal war er während der Reichstagswahlen zweimal unentschuldig von der Arbeit weggeblieben. Als er zur Rede gestellt wurde und einen Verweis erhielt, ist er weggegangen und nicht wiedergekommen. Staatsanw.: In allen diesen Stellungen hat dem Kunschak niemand etwas zuleide getan und er hat sie ohne jeden Grund aufgegeben. — Zeuge Reichsratsabgeordneter Franz Dome ist Sekretär des Oesterreichischen Metallarbeiterverbandes. Er bekundet, daß der Abg. Schuhmeier mit den inneren Verwaltungsangelegenheiten des Verbandes nichts zu tun hatte und auch nicht verfuhr hat, einen Einfluß auszuüben. Kunschak habe, wie bekannt, die Vertrauensleute von Siemens u. Schudert wegen Erpressung angezeigt und diese Vertrauensleute seien auch verurteilt worden. Trotzdem sei vom Verbande niemals die Direktive ausgegeben worden, die Vertrauensleute möchten nun überall gegen Kunschak vorgehen. Insbesondere sei Schuhmeier in dieser ganzen Angelegenheit nicht tätig gewesen. Schuhmeier habe sich überhaupt weniger gewerkschaftlich und mehr politisch als Redakteur der „Volkstribüne“ betätigt. Von einem Boykott oder einer Sperre über Kunschak durch die Organisation könne nicht die Rede sein.

Nach einer Pause gelangen Briefe zur Verlesung, die der Angeklagte Kunschak gelegentlich eines Aufenthalts in Berlin an seine Schwester geschrieben hat. Die Briefe sollen die gestern und heute mehrfach ausgesprochene Behauptung Kunschaks illustrieren, daß er vor Ausführung der Tat in die Kirche gegangen sei und gebetet habe, der liebe Herrgott möge ihn beschützen, damit er keinen Unschuldigen treffe. In einem dieser Briefe an seine Schwester schreibt Kunschak nun: „Hier geben die Leute nichts für Messen und geweihte Kerzen aus. Sie essen dafür lieber ein Butterbrot mehr und trinken ein Glas Bier mehr. Ich gehe nur in die Kirche, wenn es kalt ist, denn die Kirchen sind hier meist geheizt. Wenn die Leute hier betreten, so gehen sie nur zum Standesamt und sparen das Geld für die Pfaffen. Ueberhaupt, was wird den Leuten von den Pfaffen vorgezwängt. Ich habe es auf meinen Reisen gesehen. Die Pfaffen nehmen den Leuten alles weg und lassen ihnen kaum Luft und Licht. Dafür zucken sie ihnen zu: betet und arbeite, und sie sagen den Leuten ins Gesicht: Ihr seid die Schafe und wir sind die Hirten. Und das glauben die Leute, weil sie eben Schafe sind.“ Es folgt die Feststellung der medizinischen Gutachten. — Angell: Kunschak: Ich erkläre von vornherein, daß ich mit diesen Gutachten nicht einverstanden bin. — Psychiatrischer Sachverständiger Professor Dr. Raimann: Der Vater des Angeklagten

war nicht ganz normal und wahrscheinlich ein Alkoholik. Ein Bruder des Angeklagten ist hysterisch und ein zweiter Bruder ist geisteskrank, doch ist diese Geisteskrankheit erst nachträglich durch Luze erworben. Der Angeklagte zeigt keine Form von Geisteskrankheit. Dagegen hat er einige anormale Charaktereigenschaften: Selbstüberschätzung, gestörtes Empfindungsvermögen, Oberflächlichkeit, Ueberhäufung seines Rechts und Unterschätzung des Rechts der anderen u. a. m. — Prof. Dr. Raimann und Psychiater Dr. Pappenheim kommen daher zu dem Schluß, daß der Angeklagte abnormale Charaktereigenschaften hat, aber daß er nicht geisteskrank ist, auch zur Zeit der Tat nicht geisteskrank war und die Tat planmäßig vorbereitet und mit klarem Bewußtsein ausgeführt hat.

Darauf wird die Beweisaufnahme geschlossen. Die einzige Schuldfrage, die der Staatsanwalt den Geschworenen vorlegt, lautet auf schweren Mordmord. Der Verteidiger Rechtsanwält Rabenlechner beantragt Zusatzfragen nach Sinesverwirrung und Totschlag. — Beide Fragen werden vom Gericht als jeder tatsächlichen Grundlage entbehrend abgelehnt.

Erster Staatsanwalt Dr. Langer: Der Angeklagte Paul Kunschak hat zur Nichtbeurteilung seines Handelns die Worte gemacht, die über der Leiche seines hingestürzten Opfers seinen Lippen entflohen: Das ist meine Mache! Es muß Wunder nehmen, daß ein Mann, der ein Christ sein will, diese Worte gebraucht. Wir wissen alle, daß ein echter Christ die Mache nicht in seine eigene Macht, sondern in die Macht eines Höheren legt, dem er nicht vorzweifeln darf. Wenn jemand die Befriedigung des Nachgefühls zum Mittelpunkt seines wohlüberlegten Handelns macht, dann handelt er nicht christlich und nicht sozial, sondern antichristlich und antisozial. Der Angeklagte war christlich-sozial, und er war auch Sozialdemokrat, je nach Bedarf. Er hat beides dreimal verleugnet und zuletzt sein Christentum durch einen Mordmord entweiht. Der Mittelpunkt seiner Welt war sein Ich, und was sich diesem Ich entgegenstellte, wurde von ihm gehaßt. Das Gegenteil des Charakters des Angeklagten war der Charakter des geäderten Abgeordneten Schuhmeier. Obwohl ich selbst ein scharfer politischer Gegner des geäderten Abgeordneten bin, kann ich mich zum Beweise für seinen Charakter auf die Stimmen seiner Gegner beziehen. Von dem Abgeordneten Schuhmeier gilt nicht das Dichterverwort: Vor der Parteien Haß und Günst vertreibt, schwant sein Charakterbild in der Geschichte. Vielmehr haben auch die politischen Gegner ausnahmslos die Persönlichkeit des Abgeordneten Schuhmeier geschätzt, und nach dieser Tat hat man nur Stimmen der Anerkennung für ihn und Stimmen der Trauer über ihn gehört. Er war eine heitere Natur, der es gelungen war, sich aus eigener Kraft und ohne den Besuch einer Hochschule eine führende Rolle im Parteileben zu erringen. Darin liegt vielleicht die Quelle des Reides und der Wignung beim Angeklagten gegen diesen Mann, mit dem er einst in der Jugend befreundet war. Ich sehe nicht an, offen zu erklären, daß der Angeklagte verfolgt worden ist; aber die Verfolgungen waren nicht derart, daß dadurch seine Existenz hätte untergraben werden können. Seine Tat stellt sich deshalb als ein Mordmord dar.

Rechtsanwalt Orstein erklärt namens der Familie Schuhmeier, daß diese keine Machegefühle gegen den Mörder habe. Sie erheben nicht den Ruf nach Vergeltung und, wenn das Verbit, das mit dem Ankläger die ganze Welt erwarte, gesprochen sein werde, würden die Hinterbliebenen Gelegenheit finden, zu beweisen, daß sie auch dem Mörder gegenüber menschliches Empfinden haben. (Die Familie will sich also für die Begrüßung verwenden.) Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß die Behauptung von einem Terrorismus Schuhmeiers nichts weiter sei, als die Verunglimpfung eines Toten. — Der Verteidiger Rechtsanwält Rabenlechner verweist auf den abnormalen Charakter des Angeklagten und auf die Verfolgungen, unter denen er gelitten habe. Was an ihm begangen sei, sei sozialer Mord gewesen. Die Geschworenen sollten zwar die Tat verurteilen, aber den Täter nicht als einen Verbrecher, sondern als einen armen Kranken ansehen. — Staatsanwalt: Von einem sozialen Mord kann keine Rede sein. Kunschak hat sich seine Schuld selbst zuzuschreiben. Wenn die Geschworenen nach dem Antrage des Verteidigers den Angeklagten freisprechen würden, dann würde die Partei, der der menschl. ermordete Abgeordnete Schuhmeier angehörte, mit Recht von einer Klassenjustiz sprechen können.

Das Urteil.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten Paul Kunschak einstimmig des Mordmordes schuldig und das Gericht verurteilte ihn daraufhin zum Tode durch den Strang.

Kleines feuilleton.

Das Strumpfband. Bekanntlich ist es bei den Hochzeiten der gewöhnlichen Sterblichen Sitte, den Brautkranz abzutunzen, wobei jeder bestrebt ist, ein Stückchen Myrthe oder Brautschleier zu erhalten. Die Brautschleier der Prinzessinnen sind nun stets sehr wertvolle Kunstwerke, weshalb man von deren Zerstörung Abstand nimmt. Aber etwas wird doch zum Andenken verteilt und das ist das Strumpfband der Braut.

Keine Sorge: im Gegenatz zu den gewöhnlich Sterblichen wird bei dieser ungewöhnlich Sterblichen das Strumpfband extra angefertigt, weil man das keine nicht gut entbehren kann. Beschreibung folgt, Seide, was weiß ich.

Aber es hat immer wieder so etwas Köhles, wenn diese plumpen Finger in Dingen wühlen, die doch wirklich Privatfache sind. Das junge Glück wird ausgeschlachtet wie in einem Roman aus Budapest. Die weiblichen Abdomenten warten listern auf den großen Augenblick, und jede erlebt es ganz für sich und fühlt sich geliebt. Bis zu allerletzt werden die hohen Herrschaften von dem frigelnden Sarnod begleitet, und wir begreifen nicht, wie jemand so schamlos ein junges Mädchen in Verlegenheit setzen kann. Nun, sie diskutieren über das Strumpfband, betasten jedes Band und wir erleben einen allerliebsten Nischmasch von Phantasie und Unterredungsfähigkeit.

Holzbildkunst. Im Künstlerhaus ist eine Ausstellung zur Förderung der Holzbildhauerei eröffnet worden. Es sollte mit einem Schläge (und mit einem Komitee von wahrhaftigen Eggellenzen und Geheimräten) die alte Kunst des Schnitzens neu belebt werden. Die Absicht mag zu loben sein; aber man mußte wissen, daß sie so nicht zu verwirklichen war. Es ist töricht, wenn Bildhauer irgendwelche alten Gipse dem friedlichen Kletterstaub entnehmen, um sie von einem Holzbildhauer in ein jetzt so modernes Holzbildwerk umwandeln zu lassen. Es ist überhaupt nicht so einfach, von heute auf morgen die Seele des Holzes zu erfühlen und zu ertönen. Man scheut sich, das Selbstverständliche immer wieder zu sagen. Man muß es tun; also: Es kann eine Form nur in einem bestimmten Material gedacht werden. Es haben Holz, Stein, Metall verschiedene, unachahmliche, nicht vertauschbare Sprachen. Uebrigens. Nun, dann halte man im Künstlerhaus umschau; es gibt da Stücke, die geradezu darauf ausgehen, uns zu foppen. Man glaubt, Wachs, Bronze, Silber, Adiat zu sehen; es ist aber allemal und wahrhaftig Holz. Hätte das Komitee statt dessen eine Reise nach Tirol oder sonstwie ins Gebirge gemacht, es hätte in der einen oder der anderen Hütte sicherlich einen wirklichen, christlichen Schnitzer getroffen. In dieser hochfahrenden Ausstellung ist Anton Puchegger der einzige, der das Organische des Holzes in eine spezifische Form zu bringen weiß. Daneben wären noch Peter Breuers Elefanten aus Ebenholz zu nennen. Nebenbei: Geschmackslosigkeiten, wie „der Sklavenschnitzer“, ein oder Orientale, der ein Mädchen feilhält, oder Jesus, von einem weiblichen Alt überfallen, Geschmackslosigkeiten wie diese wären auch in jedem anderen Material unmöglich. R. Br.

Wilt die Theaterkonzession auch für Gastspiele? Die Theaterkonzession von Max Reinhardt war vor dem Schöffengericht zu Breslau Gegenstand eingehender Erörterung. Auf Antrag des Breslauer Präsidenten war Reinhardt mit einer Geldstrafe von 20 M. belegt worden, weil er mit dem Ensemble des Deutschen Theaters in Breslau das Hoffmannsche Stück „Jedermann“ zur Aufführung gebracht hatte, ohne die angeblich erforderliche „Wanderkonzession“ zu besitzen. Gegen den Strafbescheid hatte Reinhardt Einspruch eingelegt. Sein Vertreter führte aus, daß die für das Deutsche Theater erteilte Konzession nicht auf das Gebäude beschränkt sei, sondern auch Gastspiele umfasse. Wenn ein Direktor in jeder Stadt, in der er galieren wolle, erst eine Konzession erwirken müßte, so würde diese einer Lahmlegung der ganzen Gastspielstätigkeit gleichkommen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung. Das Gericht hielt die für das Deutsche Theater erteilte Konzession auch genügend für die von diesem Theater veranstalteten Gastspiele.

Ein kleines Handbuch der Diplomatensprache veröffentlicht Carl von Gurowski im „Journal“. Ein paar Ausdrücke des diplomatischen Redertums, die man in den letzten Wochen besonders oft zu hören bekam, werden hier ins Allgemeinverständliche überlegt; man höre nur: „Diplomatische Konferenz“ — Zusammenkunft gemätlcher, aber skeptisch veranlagter Tattergeisse, die an einem gelinen Tisch, auf welchem deutlich sichtbar, die „Frage“ liegt, die angehehmten Beziehungen zueinander unterhalten. Das Spiel besteht darin, daß man neben, über und außerhalb befragter Frage die gleichgültigsten Dinge in der ernsthaftesten Weise treibt, ohne die Frage selbst zu berühren. Während dieser Zeit setzen sich die Soldaten mit anderen Argumenten auseinander. Die Diplomaten markieren die Schläge, bitten sich aber, selbst welche anzutauschen. Wenn alles zu Ende ist, erklären sie, daß die Frage gelöst sei.

- Diplomatische Aktion — Bestätigung der durch die Artillerie erzielten Ergebnisse.
- Friedensfuß — Fuß, auf den eine Nation sich nicht treten lassen darf.
- Nationalitätenprinzip — Prinzip, das den großen Staaten gestattet, die kleinen Nachbarstaaten zu verschlucken.
- Interessensphäre — Praktische Anwendung besagten Prinzips.
- Ultima ratio — Das Recht des Stärkeren.
- Politischer Horizont — Ganz gewöhnliche, etwas niedrig gezogene Dune, hinter der man nichts mehr sieht.
- Europäisches Konzert — Wichtige Konferenz mit großartiger Schlichtmuff.
- Abklärung — Tätigkeit, die immer wieder ad calendae graecas verschoben wird.
- Kompensation — Neues politisches Prinzip, kraft dessen ein großer Staat, der an einem Kriege zwischen Nachbarationen nicht teilgenommen hat, sich nach dem Kriege das Gebiet, das ihm am besten zuzugut, aneignet. . . .

Einführung automatischer Sicherheitssignale. Zum erstenmal wird jetzt eine jener automatischen Signalvorrichtungen, die in den letzten Jahren von der Technik erfunden wurden, im großen Stille auf einer europäischen Volkbahn eingeführt: die französische Südbahn

Paris - Lyon - Mittelmeer erstreckt den Ruhm, in dieser Frage auf dem Gebiete der Praxis Bahn zu brechen. Das neue Signalssystem ist zunächst auf eine Strecke von etwa 500 Kilometer ausgehoben worden und umfaßt 268 automatische Signalstationen. An allen wichtigen Einfahrten, Weichen und Schienenkreuzungen ist in der Mitte des Schienentweges ein elektrischer Hebel angebracht, der sich automatisch hebt, wenn das Signal auf geferrte Fahrt steht. Eine Lokomotive, die die Stelle dennoch überfährt, kommt durch eine entsprechende elektrische Einrichtung mit dem Hebel zwischen den Schienen von selbst in Kontakt, und als Warnungssignal ertönt nun ein schriller Pfiff, den der Lokomotivführer nicht überhören kann, wenn er das Signal übersehen hat. Der elektrische Strom geht von einer Batterie aus, die unter der Lokomotive befestigt ist. Die Bahnverwaltung hat lange gegögert, ehe sie sich dazu entschloß, den Apparat einzuführen. Die Bedenken richteten sich nicht gegen die Zuverlässigkeit der Vorrichtung, denn diese steht außer Frage; man befürchtete aber, daß das Bewußtsein von der Anwesenheit des automatischen Sicherheitssignals die Lokomotivführer sorglos machen und ihre Aufmerksamkeit verringern könnte. Man wollte anfangs dem Führer die Aufgabe geben, in ein Signalluch alle Signale während der Fahrt einzutragen, aber die damit verknüpfte Ablenkung der Aufmerksamkeit von der Strecke erregte Bedenken und so beschloß man, sich auf die Pflichttreue der Beamten zu verlassen.

Notizen.

— Eine abgewiesene Literatenklage. Die Verleumdungsklage des Schriftstellers Emil Ludwig gegen den Kritiker Pastor von der „Tägl. Rundschau“ wurde vom Gericht abgewiesen. In der scharfen Kritik, die der Besagte an Ludwigs Kampfbuch gegen Wagner geübt hatte, will das Gericht nicht die Absicht der Verleumdung erblickt haben.

— Die Breslauer Jahrhundertausstellung wurde am Dienstag eröffnet. Sie will der Erinnerung an die „Freiheitskriege“ dienen, läuft aber auf den unvermeidlichen Personenkultus hinaus. Neben den „verbündeten Monarchen“ und den Heerführern sind auch die Säger der Freiheitskriege mit Erinnerungen vertreten. Leider hat man vergessen, die Kugelfleier der großen Opfer, die das Volk damals gebracht hat, zu illustrieren, wozu besonders die spätere Verfolgung der Patrioten und die Geschichte der preussischen Volksvertretung sehr brauchbares Material liefert.

— Ein Theater der Fünftundert ist in Wien gegründet worden, um literarisch wertvolle Aufführungen zu ermöglichen. U. a. will man Hans Kysers „Redusa“ darstellen.

— Ein prähistorischer Goldfund wurde bei Ausschachtarbeiten in dem Gutbezirke Reiffingwerf bei Eberstalbe gemacht. In einem etwa 25 Zentimeter hohen Tongefäß lagen 78 goldene Gegenstände, darunter acht schon verzierte Ringe, ein bieder gewundener Halsring, 33 kleinere Drahtspiralkringe, eine Menge von Drahtbündeln und zusammengedrehter Blechstreifen. Der Fund, der ungefahr 2 1/2 Kilogramm wiegt, entstammt der letzten Bronzezeit, etwa dem 7. oder 8. Jahrhundert v. Chr., und ist einer der bedeutendsten Goldfunde, die je in Deutschland gemacht worden sind.

Runsch a? hörte das Urteil, ohne eine Miene zu verziehen, an und erklärte mit ruhiger Stimme, daß er die Richtigkeitsbeschwerde einlegen werde.

Der Bankdieb Bruning vor Gericht.

Die gestrige Sitzung begann mit der Vernehmung der vierten Angeklagten, der Plätterin Olga Kranich.

Die Angeklagte bestritt, im Gegensatz zu den Angaben Bruning's, von diesem 6000 M. erhalten zu haben. Sie behauptete ferner, daß sie Bruning überhaupt nicht kenne. Vorstehender: Es ist doch sehr auffällig, daß Sie ausgerechnet gerade zu der Zeit, zu welcher Ihnen Bruning das Geld gegeben haben will, über 5000 M. bei der Bank eingezahlt hatten. Woher stammt denn dieses Geld? — Angeklagte: Das sind meine Ersparnisse. Ich hatte mir in meiner 30-jährigen Tätigkeit als Küchenmädchen und Plätterin etwa 5000 M. gespart, die ich, als ich umzog, zur Bank brachte, da sie mir zu Hause nicht sicher genug waren. — Vorst.: Es ist aber doch sehr auffällig, daß Sie als Plätterin zu derselben Zeit zu Tisch gehen und dort an einem Tage Kostüme, fünf Paar Schuhe und andere Sachen für zusammen 1200 M. kaufen. — Angekl.: Das war mein Geld und ich kann doch wohl mit meinem Geld machen, was ich will. — Vorst.: Selbstverständlich, das glaubt Ihnen aber kein vernünftiger Mensch, daß Sie als arme Plätterin plötzlich zu Tisch gehen und für 1200 M. zum Teil recht überflüssige Sachen kaufen, daß es selbst dem betreffenden Abteilungschef auffiel und er die Polizei benachrichtigte, daß in dem Geschäft ein Dienstmädchen, man sah das an Ihren Händen, wild drauflos kaufte. Es war dies die erste Spur, welche die Polizei aufnahm. Sie mußten damals wieder entlassen werden, da sich sonst nichts nachweisen ließ. Von da ab ist der größte Teil Ihrer angeblichen Ersparnisse verschwunden. Wo ist denn das Geld geblieben? — Angekl.: Das habe ich verloren! — Vorst.: Um, verloren haben Sie das Geld, wo denn und wie denn? — Angekl.: Ob ich das Geld aus meiner Handtasche verloren habe oder ob es mir gestohlen worden ist, weiß ich nicht mehr. — Vorst.: Früher haben Sie übrigens gesagt, Sie haben das Geld in der Lotterie gewonnen. Wieviel haben Sie denn gewonnen? — Angekl.: Das weiß ich nicht mehr! — Vorst.: In welcher Lotterie war es denn? — Angekl.: Das weiß ich auch nicht mehr. — Vorst.: Sie wollen also weismachen, daß eine arme Plätterin, die einen Lotteriegewinn gemacht hat, nicht mehr wissen sollte, in welcher Lotterie sie gewonnen hätte und wieviel. Sehr auffällig ist auch ihr Verhalten, als einmal ein Kriminalinspektor zu Ihnen kam. Sie haben dabei einen Hinterlegungsschein über 1000 M. zerrissen. Wie kommt denn das? — Angekl.: Das habe ich in der Nervosität gemacht. — Vorst.: Ach so, in der Nervosität haben Sie den Schein über Ihre in 20-jähriger Arbeit gemachten Ersparnisse zerrissen? — Angekl.: Ja ja, er konnte doch wieder zusammen geklebt werden. — Vorst.: Sie haben dabei auch ganz merkwürdige Aeußerungen gemacht. Sie sagten u. a. dabei: „Dann will ich gar nichts mehr haben, wenn es so mit mir gemacht wird.“ Das sagt doch nicht jemand, der sich Geld gespart hat. — Angekl.: Wenn man so von der Polizei behandelt wird, will man auch wirklich nichts mehr haben. — Der Vorstehende hält der Angeklagten weiter vor, daß bei ihr ein Brief ihres Bruders Hermann gefunden worden sei, in welcher zum Teil in der Zahlenform geschrieben worden war, welche Bruning angewendet hatte. In diesem Brief befindet sich u. a. in Zahlenform die Aufschrift: „Vorwärts bringt reichen Segen, deshalb dreimal: Schwelge, schwelge, schwelge!“ Ferner wird der Angeklagten vorgehalten, daß sie im Gefängnis zu einer gewissen Abel, die sich ihr angefreundet hatte, verschiedene verdächtige Aeußerungen getan habe. Sie habe immer von ihrem „Heinen Gustav“, ihrem „Heinen Bankbeamten“ gesprochen, mit dem sie seitlang gezeiert und eine Automobilfahrt nach Luz — gemacht habe. Bei dem Wort „Luz“ habe sie plötzlich aufgehört weiterzureden, wie jemand, der sich verschlimmert hat und dann gleich ein anderes Thema angefangen.

Die Angeklagte bestritt mit aller Entschiedenheit, daß überhaupt ein derartiges Gespräch stattgefunden habe, ebenso sei es unrichtig, daß sie, wie ihr der Vorstehende vorhält, zu der Abel gehäufert habe, sie habe von „ihrem Heinen“ viel Geld erhalten, sich viele gute Kleider gekauft, da sie aus „Familienrücksichten“ eine große Reife machen müsse.

Der Angeklagte Hermann Kranich spricht mit einer so unbedeutlichen, polternden Sprache, daß er fast völlig unverständlich bleibt. Auf die Ermahnung des Vorstehenden, deutlicher zu sprechen, erklärt Kranich: Er bekomme im Untersuchungsgefängnis nur trodenes Brot, da könne er nicht sprechen, wenn er besser zu essen bekomme, dann wird er auch besser sprechen können. Der Angeklagte erzählt dann eine etwas verworrene Geschichte von seinen Erlebnissen, die er auf einem Dampfer des „Norddeutschen Lloyd“ als Decker gemacht habe. Er äußert dabei, daß es auf gewisse Weise, daß die Offiziere keine Regen tragen, sonst hätten sie ihn aus purer Schamlosigkeit erstickt. Der Vorstehende hält ihm vor, daß es doch auffällig sei, daß er gerade am 27. Juni, dem Tage nach der Tat Bruning's, seine Arbeit auf dem „Bulkan“ ohne jeden Grund niedergelegt habe. Kranich erklärt, daß er krank geworden sei. Der Vorstehende hält ihm ferner vor, daß er, trotzdem er niemals im Besitz größerer Geldmittel war, in Hamburg Chauffeurunterricht genommen habe. Zu dieser Zeit habe er zu einem gewissen Rind gegehört, er habe für diesen Unterricht 300 M. bezahlt, wenn ihn, Rind, jemand frage, solle er angeben, er habe ihm das Geld geliehen. — Der Angeklagte bestritt dies, ebenso bestritt er, daß ihn Bruning bei dem ersten Zusammentreffen mit den Worten: „Einen schönen Gruß von Olga“ begrüßt habe. Bruning habe sich ihm mit dem Namen „Zimmermann“ vorgestellt und erzählt, er werde wegen eines Jagdvergehens von der Polizei verfolgt, außerdem wolle er ins Ausland, weil er Klimente zahlen solle. Einige Tage darauf, nach der Abreise Bruning's, habe er erst gemerkt, daß dieser sich ohne sein Wissen seine Legitimationspapiere angeeignet hatte.

Landgerichtsdirektor Dr. Karsten bringt hierauf mehrere Briefe, die Bruning an Kranich gerichtet hatte, zur Verlesung. In einem Briefe teilt Kranich dem Bruning mit, daß „die Sache mit Olga mich sei“. (Dieser Passus soll sich auf die zu dieser Zeit erfolgte Verhaftung der Olga Kranich beziehen.) Ferner heißt es: „Ich weiß, daß Olga von der Polizei sehr beobachtet wird“. Auf eine Frage des Vorstehenden hierzu erklärt Kranich: „Es gibt doch mehr Mädchen, die Olga heißen“. — Vorst.: Das schon, aber wie wollen Sie denn das mit der Polizei erklären? — Angekl.: Na mit dem Worte „Polizei“ kann doch auch etwas anderes gemeint sein, das kann ja auch aus bestimmten Gründen einen Mädchennamen bedeuten! (Große Heiterkeit.) — Vorst.: Binden Sie und doch hier nicht solche ungläublichen Märchen auf, denken Sie denn, wir sind hier alle Kinder, denen Sie solches Zeug vorzuschwanzen können. Es ist ungläublich, hier so etwas vorzubringen. — Angekl.: Ich kann Ihnen doch hier keine Liebesgeschichten erzählen, um die es sich in diesen Briefen handelt.

Der Vorstehende hält dem Angeklagten eine Reihe weiterer Briefe vor, in denen die irgendwie verdächtigen Stellen in Zahlenform geschrieben sind. U. a. heißt es in Zahlenform: — „Denn alle Länder heßern aus“, „Olga ist in Untersuchungsgefängnis genommen worden“, „die Hauptfrage ist, daß Olga schwimmt“ usw. Der Angeklagte verneint, alle diese an sich ja leicht verständlichen Dinge in einer derartig ungläublichen Weise zu erklären, daß sich widerholt mühsam unterdrückte Heiterkeitsausbrüche in dem Auditorium bemerkbar machen. — Als Kranich u. a. erklärt, daß er von dem deutschen Konsul in Winnipeg überredet worden sei, so daß er seiner Auslieferung Wichtigerweise freiwillig zugestimmt habe, während er sonst niemals habe ausgeliefert werden können, weist R.-A. Dr. Karl Liebnecht darauf hin, daß tatsächlich in den Akten ein Passus enthalten sei, nach welchem die kanadische Regierung selbst große Zweifel geäußert habe, ob eine Auslieferung überhaupt möglich sei. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weismann weist darauf hin, daß nach einer Reichsgerichtsentcheidung, wenn die Auslieferung erfolgt sei, eine Erörterung der Auslieferungsverhandlung vor dem Strafgericht nicht mehr zulässig sei. — R.-A. Dr. Halpert erklärt, daß es ja nur als strafmilderndes Moment angesehen sei,

wenn die Auslieferung der Angeklagten nur infolge ihrer eigenen Zustimmung überhaupt möglich gewesen sei.

Es folgt die Vernehmung der beiden medizinischen Sachverständigen

über den Geisteszustand des Angeklagten Kranich. Der Oberarzt in der Irrenanstalt Langenhorn, Dr. Bräuner, befindet an der Hand der Krankengeschichte der Irrenanstalt Friedrichsberg bei Hamburg, in welcher sich Kranich im Jahre 1905 befunden hatte, daß dieser damals die Zeichen einer akuten Psychose aufwies. Kranich habe damals angegeben, er sei ein Sohn Kaiser Wilhelms I., der Herzog von Anhalt sei sein bester Freund usw. Er sei damals als völlig geheilt entlassen; heute jedenfalls liege kein Grund zu der Annahme vor, daß er geisteskrank im Sinne des § 51 sei. Jedenfalls sei er ein geistig minderwertiger Mensch. Kranich sei durch einen Menschen mit einem festen Willen sehr leicht zu beeinflussen. Medizinalrat Dr. Hoffmann bezeichnet den Angeklagten ebenfalls als einen geistig minderwertigen Menschen, dessen damals vorhandene akute Geistesstörung längt wieder abgeklungen sei.

In der

Weweisaufnahme

wird als erster Zeuge der Kassenbote Voigt von der Dresdener Bank vernommen, der sich des längeren über die Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Kassenboten bei der Dresdener Bank äußert. Es ergibt sich, daß die Kassenboten mit einem Gehalt von 1200 M. anfangen, welches schon nach drei Jahren auf 1500 bzw. 1800 M. steigt. Hierzu kommt noch eine Weihnachtsgratifikation von 200 bzw. 250 M., die nach acht Jahren auf 300 M. steigt. Der Zeuge befindet ferner, daß sich Bruning öfter beklagt habe, daß die Bezahlung zu gering sei und daß ein verheirateter Mann mit diesem Gehalt nicht auskommen könne. Ueber schlechte Behandlung, insbesondere durch den Kassendirektor Bollmann, habe sich Bruning jedenfalls ihm gegenüber nicht beklagt. — Der Angeklagte erklärt, daß diese Vorfälle sich schon vor Eintritt des Zeugen abgespielt hätten.

In der Nachmittagsitzung trat eine kleine interessante Wendung ein. R.-A. Dr. Karl Liebnecht gab die Erklärung ab, daß die Angeklagte Olga Kranich während der Mittagspause anderen Sinnes geworden sei und jetzt etwas sagen wolle. — Vorst.: Na, Angeklagte Kranich, haben Sie sich die Sache überlegt und wollen Sie jetzt eingestehen, daß Sie von Bruning die 6000 M. erhalten haben? — Angekl.: Die Aussage, die Bruning gemacht hat, ist richtig. Ich habe aber nicht gewußt, woher das Geld kommt.

Es wird sodann die Weweisaufnahme fortgesetzt. Als Zeuge wird der Student der Mathematik Pollak vernommen, der seinerzeit ein möbliertes Zimmer neben dem Zimmer des Bruning innegehabt hatte. Bruning habe sich ihm als Kaufmann vorgestellt und sei immer sehr einfach und bescheiden aufgetreten. Er habe beobachtet, daß Bruning alle zwei, drei Tage Damenbesuch erhalten habe.

R.-A. Dr. Karl Liebnecht: Ich höre eben, daß die Olga Kranich noch eine Erklärung abgeben will. — Angekl. Kranich: Ich will nur sagen, daß mein Bruder mich in Berlin besucht hatte, aber in Hamburg bin ich nicht gewesen. — Diese Angabe wird jedoch sofort widerlegt durch das Zeugnis eines in Hamburg wohnhaften Zeugen Rind, der u. a. bezeugt, daß die Olga Kranich im Juli u. z. zweimal in Hamburg gewesen sei und ihn besucht habe. Der Zeuge erklärt aber schließlich nach vielfachen Kreuz- und Querfragen, daß er genaues über das Jahr nicht mehr sagen könne.

Der Zeuge Kaufmann Kittenhausen war früher Abteilungschef in dem Warenhause Lich. Er hatte die Angeklagte bei ihren Einkäufen beobachtet und war auf den Verdacht gekommen, daß die Angeklagte, die einen recht gemächlichen Eindruck machte, das Geld, das sie mit vollen Händen an sich warf, nicht auf reelle Weise erworben habe. Als er sah, wie die R. ein Bündel Hundertmarkscheine, welche sie im Strumpf versteckt hatte, hervorholte, habe er die Polizei benachrichtigt.

Staatsanwalt Dr. Weismann verzichtet auf die Vernehmung der sämtlichen übrigen Zeugen.

Wo sind die 110 000 Mark?

Der Vorstehende redete dem Angeklagten Bruning nochmals eindringlich in das Gewissen, endlich anzugeben, wo sich die noch fehlenden 110 000 Mark befinden. Bruning bleibt dabei, daß er dem angeblichen Bergli etwa 50 000 Mark gegeben habe. Er habe dem Bergli den Rat gegeben, für den Fall, daß er (Bruning) derbatter werden sollte, sich irgendwo in Sicherheit zu bringen. Er wisse ganz genau, daß er eventuell seine Situation ganz bedeutend verbessern könnte, wenn er jetzt sagen könnte, das Geld befinde sich da und da. Er könne dies aber wirklich nicht sagen, denn er besitze wirklich nichts mehr von dem Gelde. — R.-A. Dr. Karl Liebnecht erklärte, daß er als früherer Verteidiger Bruning's mit ihm stundenlang konferiert und ihm Harz gemacht habe, daß er auch nach der Verbüßung der Strafe von der Dresdener Bank auf Schritt und Tritt verfolgt und niemals in den ungelächerten Genuss der, wie behauptet, beiseite geschafften 110 000 Mark kommen werde. Bruning habe auch ihm jetzt erklärt, er besitze tatsächlich nichts mehr von dem Gelde.

Plaidoyer.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weismann kommt nach längerem Plaidoyer zu folgenden Strafanträgen:

Gegen Bruning die höchstzulässige Strafe von 5 Jahren Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust, gegen Hermann Kranich 3 Jahre Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust, gegen Olga Kranich 2 Jahre Gefängnis, 2 Jahre Ehrverlust, gegen den Ehemann Datté 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und gegen Frau Datté 9 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt stellt anheim, den Angeklagten bis zu vier Monaten die erlittene Untersuchungshaft auf die Strafe anzurechnen.

Rechtsanwalt Dr. Halpert wandte sich in erster Linie gegen die Anwendung des höchst zulässigen Strafmaßes von 5 Jahren.

Von den Rechtsanwältinnen Dr. Karl Liebnecht, Dr. Alfr. Balkien und Dr. Max Kantorowicz wurde für die übrigen Angeklagten geltend gemacht, daß diese offenbar unter dem Einfluß des Bruning gehandelt und sich lediglich durch dessen Versprechungen und die Aussicht auf eine bessere Zukunft hätten verleiten lassen, von dem Wege des Ehrlichen abzuweichen. Jedenfalls sei Bruning seinen Helfershelfern geistig weit überlegen und was diese dann später getan hätten, sei lediglich die Folge, weil sie einmal „A“ gesagt und nun auch „B“ sagen mußten. Da diese Angeklagten außerdem für ihre Beteiligung so gut wie nichts erhalten hätten, müsse ihre Verurteilung in einem weit milderen Dicht erscheinen. R.-A. Dr. Liebnecht wies insbesondere darauf hin, daß die Angeklagten Datté durch ihre Beteiligung völlig ruiniert worden seien und jetzt an dem Beitelstabe ständen.

Der Angeklagte Bruning erklärte, zum „letzten Wort“ verurteilt: „Wenn ich mir eine Bitte erlauben darf an die Herren Richter, so will ich sagen, daß meine Tat furchbar auf mir lastet, daß ich viel Unheil angerichtet habe und nun bitte, wenigstens die Leute, die ich unglücklich gemacht habe, milde zu behandeln.“

Am 17. Uhr abends verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Karsten folgendes Urteil: Es werden verurteilt Bruning zu 4 Jahren und 6 Monaten Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust, der Ehemann Datté zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis, die Frau Datté zu 1 Jahr Gefängnis (den Eheleuten Datté werden je 5 Monate der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet), Olga Kranich zu 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust, Hermann Kranich zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. — Die Angeklagte Ehefrau Datté wurde aus der Haft entlassen, sämtliche Angeklagten verzichteten auf Einlegung der Revision.

Soziales.

Die württembergischen Konsumvereine.

Auf der am Sonntag in Ehlingen abgehaltenen Landesversammlung konnte Verbandssekretär Feuerstein mitteilen, daß der Landesverband württembergischer Konsumvereine nun-

mehr 95 Vereine mit über 100 000 Familien (im Vorjahr 84 000) als Mitglieder umfaßt und im Jahre 1912 einen Umsatz von mehr als 30 Millionen Mark aufzuweisen hatte. Der Vorteil für die Mitglieder betrug nahezu drei Millionen Mark.

Unter den Mitgliedern wurden neben 61 985 gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern (im Vorjahr 56 143) auch 9402 (8481) selbständige Gewerbetreibende, 4002 (3040) selbständige Landwirte, 18 691 (12 032) Beamte aller Art, Lehrer usw., 4584 (4196) Priester, Witwen usw. gezählt. Die im Jahre 1912 in eigenen Betrieben hergestellten Waren repräsentieren einen Wert von 4 624 000 (i. V. 3 988 000 M.). Der Umsatz im eigenen Geschäft betrug 26 Millionen (i. V. 22 1/2 Millionen). Von Landwirten direkt wurden für nahezu 2 Millionen Mark Waren eingekauft. Die Geschäftsanteile beliefen sich auf 2 060 106 M., der Reingewinn auf 914 538 Mark. Die Kasse der Mitglieder betrug 1 509 549 M. An Steuern wurden im letzten Geschäftsjahre ausgegeben 350 971 M. = 42,7 Proz. des Reingewinns; eine verhältnismäßig höhere Summe als von Aktiengesellschaften oder gewerblichen Unternehmungen irgendwelcher Art gezahlt wird.

Ueber die „Volksfürsorge“ hielt Gen. u. Stm., ein Vertreter des Zentralverbandes, einen instruktiven Vortrag.

Zum internationalen Genossenschaftskongreß, der in diesem Jahre in Glasgow tagt, wurden 5 Vertreter gewählt. — Neben dem bestehenden Vorstand wurde dann noch ein Verbandsausdruck von 7 Mitgliedern eingesetzt. — Die Regierung, ebenso die städtischen und die Bezirksbehörden, hatten je einen Vertreter entsandt.

Gerichts-Zeitung.

Hohe Strafen gegen Chauffeurs.

Gegen die übertriebene Härte, mit der manche Gerichte schon kleine Verfehlungen angeklagter Chauffeurs ahnden, haben wir uns vor einiger Zeit an dieser Stelle ausgesprochen. Gestern hatte das Landgericht Berlin II durch Strafkammer 5 zwei Urteile des Schöffengerichts Berlin-Tempelhof nachzuprüfen, die in zwei verschiedenen Strafsachen gegen Chauffeurs ergangen waren und beide durch ihr hohes Strafmaß sowie durch die fast wörtlich übereinstimmende Begründung auffielen.

Ein Chauffeur Nicolai war zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er aus der Gamphausenstraße in die Grimmitzstraße unvorschriftsmäßig eingebogen war und dabei auch kein Warnungsschild gegeben hatte. Nicolai bestritt nicht die ihm zur Last gelegten Uebertretungen, er hatte aber Berufung wegen der Höhe der Strafe eingelegt und erwartete nun ein milderes Urteil. Vor der Strafkammer entschuldigte er sich damit, daß er nur deshalb vorschriftsmäßig gefahren sei, weil er die auf dem Straßendammbau arbeitenden Schneeschipper (es war Anfang Februar) nicht gefährden wollte. Ein Schutzmann bezeugte, daß Nicolai dabei einen Passanten gefährdet habe, so daß dieser habe beiseite springen müssen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, hob hervor, daß das Schöffengericht selber die Strafe als hoch bezeichnet habe. Die dem Urteil beigegebene Begründung, daß die Chauffeurs „mit brutaler Rücksichtslosigkeit durch die Straßen fahren“, sei in dieser Allgemeinheit nicht zutreffend und passe auch nicht auf die Uebertretung des Angeklagten. In ihrer Eeringfügigkeit sehe die ihm auferlegte Strafe, die den Angeklagten bei seinem geringen Einkommen hart treffe, in engem Verhältnis. Nach dem Antrag des Staatsanwalts entschied das Gericht, die Berufung sei zu verwerfen. Das Publikum solle „gegen Ausschreitungen der Chauffeurs geschützt“ werden, darum müsse die Geldstrafe von 50 M. aufrecht erhalten werden.

Nachher hatte vor derselben Strafkammer sich ein Chauffeur Köppler zu verantworten, der gleichfalls vom Schöffengericht Berlin-Tempelhof verurteilt worden war, weil er zu schnell gefahren sein sollte. Auch er hatte Berufung nur wegen der Höhe der Strafe eingelegt, indes auch er fand keine Gnade vor der Strafkammer. Das Schöffengerichtsurteil begründete das Strafmaß wieder mit der „brutalen Rücksichtslosigkeit“ der Chauffeurs, aber in der Vorurteilsverhandlung wurde nicht erwähnt, daß Köppler sich besonders rücksichtslos und brutal benommen hätte. Das behauptete selbst der Schutzmann nicht, der mit der Stoppscheibe festgestellt hatte, daß Köppler in der Vordrücke zwischen Bauherrn Straße und Röhbockstraße zu schnell gefahren war. Der Angeklagte, der sich selber verteidigte, führte zu seiner Entschuldigung an, daß sein Wagen nicht in Ordnung gewesen sei. Bei dem Versuch, festzustellen, ob der Wagen noch leistungsfähig sei, habe er ein zu rasches Tempo genommen. Dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend urteilte das Gericht, die Berufung sei zu verwerfen und es bleibe bei 40 M. Geldstrafe. Die Strafe sei nicht dazu da, auf ihr den Motor eines Automobils auszuprobieren.

Hohe Strafen wegen unerheblicher Kleinigkeiten sind, wie wir schon neulich ausführten, völlig ungeeignet, dem Schutz des Publikums zu dienen. Im Gegenteil; die durch Taktsoden nicht gerechtfertigte summarische Annahme, „die Chauffeurs seien brutal rücksichtslos“, ist geeignet, auch bei sehr besonnenen Chauffeurs eine Unruhe herbeizurufen, die die Sicherheit des Verkehrs erheblich zu gefährden geeignet sind.

Ein nächtlicher Raubüberfall auf eine 72jährige Greisin

lag einer Verhandlung zugrunde, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Seligmann das Schwurgericht des Landgerichts II beschaffte. Aus der Untersuchungsakte wurden die Arbeiter Josef Blochl und Stanislaus Szegespant vorgeführt, um sich wegen eines gemeinschaftlichen zur Nachzeit mittels Einschleudern in benohnte Gebäude begangenen schweren Raubes zu verantworten. — In der Nacht zum 1. März d. J. wurde die in der Roonstraße 10 zu Johannisbal wohnhafte 72jährige Hausbesitzerin Wilhelmine Brischke das Opfer eines nächtlichen Raubüberfalls. Die alte Frau hatte an jenem Tage die Kette einsteckt und sah am Abend gegen 12 Uhr in der Küche, um das eingekommene Geld nachzuschauen. Plötzlich hörte sie im Nebenzimmer ein Geräusch. Sie hatte dieses Zimmer betreten, als ein Mann auf sie zukam, ihr eine Decke und ein Kissen ins Gesicht warf und beides fest auf ihren Mund drückte, um sie am Schreien zu hindern. Gleichzeitig packte der Unbekannte die alte Frau am Hals, warf sie zu Boden und würgte sie längere Zeit. Als die Greisin am Boden lag, erkannte sie in dem Räuber einen früheren Mieter, den jetzigen Angeklagten Szegespant. Sie rief ihn mit seinem Namen an und bat ihn, sie nicht mehr zu schlagen, er solle die Tasche mit dem Geld ruhig nehmen. Der Täter nahm die Tasche, welche 300 M. enthielt, auch sofort an sich und reichte sie durch das offenstehende Fenster einem draußen stehenden Ratte zu. Dies soll der jetzige Angeklagte Blochl gewesen sein.

In der gestrigen Verhandlung bestritten beide Angeklagte, als Täter in Frage zu kommen und ließen durch die ihnen als Offizialverteidiger gestellten Rechtsanwälte Dr. Gumburger und Dr. Joachimski einen Beweis dafür antreten, daß sie zur Zeit der Begehung der Tat sich gar nicht in der Nähe des Tatories befunden hätten. Die Verhandlung zog sich vom frühen Morgen bis 6 Uhr nachmittags hin.

Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß wurden die Angeklagten verurteilt: Blochl zu 4 Jahren Gefängnis, Szegespant zu 5 Jahren Gefängnis.

Revision im Prozeß Sternfeld.

Das Reichsgericht hat gestern die Revision der drei Genossen Sternfelds, Willi Kersten, der als Jugendlicher zu 15 Jahren Gefängnis, Georg Kersten und Franz Schlemmer, die zum Tode verurteilt worden waren, verworfen.

Rebakteur und unlauterer Wettbewerb.

In einer bösen Zeitung hatte ein Schuhwarenhaus den spottbilligen Ausverkauf einer großen Masse von Schuhwaren angeündigt. Aus diesem Anlaß wurde auch der verantwortliche Insektorenrektor der Zeitung angeklagt. Er sollte die §§ 7 und 10 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb...

Das Landgericht in Posen verurteilte den angeklagten Rebakteur, indem es annahm, daß auch er wegen der Aufnahme der Ankündigung gemäß § 20 des Preßgesetzes strafrechtlich verantwortlich sei.

Das Kammergericht hat jetzt das Urteil auf und sprach den angeklagten Rebakteur frei. Das Gericht erklärte die Bekanntmachung des Regierungspräsidenten für ungültig, ließ sich auch über die Frage der Verantwortlichkeit der Rebakteure in Fällen, wie dem vorliegenden aus. Es vertrat den Standpunkt, daß der Rebakteur überhaupt nicht hätte verantwortlich gemacht werden können...

Die Bekanntmachung des Regierungspräsidenten wurde für ungültig erklärt, weil sie die Ankündigung der Ausverkäufe bestimmter Warengattungen betreffe, während nach dem Gesetz nur derartige Vorschriften für bestimmte Arten von Ausverkäufen ergehen können.

Turnerlagen vor dem Oberverwaltungsgericht.

Eine spätsige Anschauung der Polizei beschäftigte dieser Tage das Oberverwaltungsgericht. Der zehnte Gau der polnischen Turnvereine Socol hielt im Jahre 1912 sein Garturnfest zu Bochum in einem Lokal und auf der angrenzenden Wiese ab. Die Polizeidirektion zu Bochum erteilte die Genehmigung für die öffentliche Veranstaltung, auch für das öffentliche Garturnfest...

Storupia erhob Klage beim Bezirksausfuß und verlangte, daß die Verfügung, soweit sie das Tragen der Bänzen verboten hat, aufgehoben werde. Diese sogenannten Bänzen seien überhaupt keine Waffen. Sie seien ganz aus Holz und hätten keinerlei Schärpen. Es seien runde, sich nach vorn ein wenig verjüngende Holzstangen, die keine Spitze hätten.

Der Bezirksausfuß wies die Klage ab, weil die Bemerkung über das Tragen von Bänzen in der Genehmigung keine polizeiliche Verfügung, sondern nur ein Hinweis sei.

Das Oberverwaltungsgericht war anderer Meinung. Es nahm eine polizeiliche Verbotserklärung mit Bezug auf das Bänzentragen an. Es verhandelte deshalb materiel in der Sache und veranlaßte zunächst die Polizeidirektion zu einer Beschreibung der Bänzen. Die Polizei sandte darauf dem Gericht ein Exemplar ein. Es erachtete dann die Angabe des Klägers als zutreffend und entschied unter Aufhebung der Verwaltungsentscheidung, daß die polizeiliche Verfügung, soweit sie das Verbot des Bänzentragens bei der öffentlichen Turnübung betreffe, außer Kraft zu setzen sei.

Aus aller Welt.

Ein neuer Skandal?

Der römische Korrespondent des „Avanti“ meldet seinem Blatte, daß sich an die Enthüllungen über den Justizpalast noch ein größerer Skandal anschließen werde: der des Viktor-Emanuel-Denkmals in Rom. Dem Korrespondenten zufolge hätte auch hier das staatliche Ingenieuramt absichtlich Verzögerungen herbeigeführt, auf die dann die Submissionsfirma, genau wie beim Justizpalast, Schadenersatzforderungen in ungeheurer Höhe gegründet hätte. Auch soll bei der Expropriierung der auf dem Bauplatz stehenden Häuser schamlose Käuflichkeit geherrscht haben. Ein Haus, das im Jahre 1909 für 42.000 Lire zu verkaufen war, wurde in demselben Jahre vom Staate mit 188.000 Lire bezahlt. Besonders reiche Ernte sollen — immer dem „Avanti“ zufolge — die Künstler eingetauscht haben, indem sie riesige Rechnungen für nicht gelieferte Arbeiten aufstellten. Die Verträge mit der Submissionsfirma sollen derart abgefaßt worden sein, daß noch heute verschiedene Prozesse schweben, die der Firma bedeutende Summen verschreiben. Einige Lieferungsverträge wären der Oberrechnungsbehörde ganz vorenthalten worden, weil die Preise derartig unbillig waren, daß sie sogar von dieser nicht allzu streuulösen Behörde beanstandet worden wären. Der Korrespondent stellt weitere Enthüllungen in Aussicht.

Falls sich diese Beschuldigungen bestätigen, so muß man wirklich sagen, daß die Bourgeoisie des dritten Italien in ihren monumentalen Werken auffallendes Reich hat. Gerade das Symbolische will ihr nicht glücken: an dem Bau des Justizpalastes mästet sich eine Diebesbande, die aus lauter staatsverachtenden Elementen besteht, und nun soll sogar das Nationaldenkmal und der Altar des Vaterlandes den Plünderern der öffentlichen Kassen Anlaß und Gelegenheit zu einem Raubzug gegeben haben. Auch im Falle des Viktor-Emanuel-Denkmal kann es sich um kolossale Summen handeln, denn für seinen Bau wurden vom Parlament 37 Millionen bewilligt (nicht 18 Millionen, wie der „Avanti“ schreibt), außer den 2.265.794 Lire, die durch öffentliche Sammlungen aufgebracht worden sind. Das Objekt war also schon groß genug, um einen systematischen Raubzug zu verlohnen.

Unternehmerstereien.

Nach dem New Yorker Gericht steht jetzt ein Prozeß gegen den Milliardär Wood an, den Präsidenten des amerikanischen Alltruffs. Er ist angeklagt, während des Arbeiterausstandes Dynamit angekauft zu haben, welches er in die Häuser der freiziehenden Arbeiter bringen ließ, damit es dann dort gefunden und der Einbruch erzwungen würde, als ob die Ausführenden beabsichtigten, die Fabriken in die Luft zu sprengen.

Ein beschuldigter Priester als Ankläger.

Aus Rom wird uns geschrieben: Wir haben von dem Pfarrer von Monte Santa Maria in der Provinz Rom berichtet, der dem Amlie suspendiert wurde, weil er 15 Jahre hindurch sich durch Weiten für Arme, denen er das Geld nicht ausbündigte, bescheidert haben sollte. In dem Dekret der Konfessorialkongregation heißt es, daß der Angeklagte Almosen für eine größere Zahl von Wesen gesammelt hat, als dies erlaubt ist, und fälschlich angegeben hat, sie gelebriert zu haben, um sich neue Almosen zu verschaffen, und daß er schließlich am demselben Tage Resse für mehrere und verschiedene Spender gelesen hat, nachdem er von jedem von diesen Almosen erhalten hatte. Der Priester Bongini schreibt nun

dem „Messaggero“ einen Brief, in dem er dieses Urteil auf einen Racheakt der Kurie seiner Diözese zurückführt. Er beschuldigt gleichzeitig einen Konseigneur dieser Kurie von Rom, 5000 Lire unterschlagen zu haben, die dem dortigen Priesterseminar gehörten, und behauptet, daß ein anderer Priester desselben Ortes seinen Anteil um 8000 Lire betrogen hätte. Der geistliche Herr droht weitere Enthüllungen an und schließt seinen Brief mit folgenden Worten: „Dies wird dazu beitragen, das Publikum zu überzeugen, daß gewisse Konseigneure am besten in der Galerie aufgehoben wären.“ Dieses Jochl unter geistlichen Kollegen, das ein Nachspiel vor Gericht androht, ist nicht dazu angetan, das Ansehen der Geistlichkeit zu heben.

Protektionswirtschaft.

Der Präsident des Versailler Gerichts Fero wird vor den aus dem gesamten Kassationshofe bestehenden richterlichen Disziplinarrat gestellt werden, weil er in einem Briefe an den Justizminister erklärte, daß bei der Beförderung der Richter weniger deren Verdienst und Nützigkeit als die Empfehlungen politischer Persönlichkeiten maßgebend seien.

Priesterlug.

Den heutigen Dienern des Christentums geht es nicht mehr so schlecht, wie dem Stifter dieser Religion, der, wie die Bibel erzählt, so arm war, daß er oft nicht wußte, wo er sein Haupt hinlegen sollte. Ein Oberpfälzer Zentrumsblatt, die „Amberger Volkszeitung“, erzählt, daß der Stadtpfarrer in Tirschenreuth ein aus reichstem Goldbrokat gefertigter Ornat gestiftet wurde. Der Ornat besteht aus Regewand, Leviskleidern, Randaumantel, Schultervoluum und Welschdecken im Werte von 2165 Mark. Das Blatt erzählt weiter: „Das Muster wurde zu Lyon in Frankreich gewebt und dann von den ehrwürdigen Klosterfrauen in Waldsassen, deren kunstvolle Handarbeiten weltberühmt sind, fertiggestellt. Am Pfingstfest kam der Ornat zum erstenmal beim Hochamte zur Verwendung.“ Das oberpfälzer Städtchen Tirschenreuth, eine Zentrumsdomäne, hat eine vorherrschend recht arme Bevölkerung. Der größte Teil der dortigen Arbeiterfamilie lebt in bitterer Not. Das hindert den Herrn Stadtpfarrer aber nicht, sein frommes Amt in einem Kleid auszuüben, das 2165 M. kostet, also viel mehr, als zwei Tirschenreuther Arbeiterfamilien das ganze Jahr über verdienen.

Kleine Notizen.

Keislerexplosion. Am Montag nachmittag fand auf dem Schlepptampfer Hedwig in der Nähe des Dorfes Margareth in Schlesien eine Keislerexplosion statt, bei der der Maschinist Otto Wundlich aus Ladiun und der Polier Hellmuth Schlöting aus Jaschnitz so schwer verbrüht wurden, daß der Tod als bald eintrat.

Mordversuch und Selbstmord. Der 30 jährige Löwenbändiger Casario, der seit dem 1. Mai mit seiner Löwengruppe im Circus Schumann in Frankfurt a. M. engagiert ist, kam Dienstag vormittag gegen 12 Uhr in die Wohnung seines Impresario Dupré. Nach kurzem Wortwechsel gab er einen Schuh auf die Frau des Impresario ab und verletzte sie schwer an der Wange. Darauf erschah er sich selbst.

Die Raube des Soldaten. Ein Soldat des Riewer Pionierbataillons schah auf Nachts auf seinen Kompagniechef und seinen Feldwebel und ver wunderte sie. Als ihm ein Schußmann entgegen trat, feuerte er auch auf diesen. Eine gegen ihn gerichtete Kompanie wurde ebenfalls mit Schüssen empfangen. Schließlich gelang es, den Soldaten zu entwaffnen.

Eine schwere Bluttat wurde am Dienstag in Frankfurt a. M. verübt. Der 33 Jahre alte Hotelbedienter Münch schlich sich in das Zimmer eines Hausmädchens, dessen Liebe er vergeblich begehrt hatte. Bei dem Anblick des Mannes rief das Mädchen um Hilfe, worauf der im Zimmer nebenan wohnende Hotelangestellte Klein herbeilief. Münch gab auf den Mann mehrere Schüsse ab, von denen einer tödlich traf. Dann schah der verzweifelte Liebhaber auch auf das Mädchen, ohne es jedoch zu treffen, worauf er die Waffe gegen sich selbst richtete. Er löbete sich durch einen Schuß in den Mund.

Briefkasten der Redaktion.

S. 2. 100. I. Ja. Ueber den Empfang des Geldes mühten Sie aber dem Befragten den Eid aufzulesen, falls Sie für die Eingabe des Geldes seine Neugung haben. 2. Plötzlich können erst zum Zeitpunkt der Fälligkeit ab demnach gemacht werden, und zwar 4 Proz., sofern nicht von vornherein Abschnung vereinbart war. 3. Die durch Lernabnahme entstandenen Kosten können Sie für den Fall des Abnehmens im Prozeß im Wege des Festsetzungserfahrens erstattet verlangen. 4. Rein. 5. Ja, sobald ein Urteil ergangen ist. — G. 25. Sie nach den Lebensbedingungen in den einzelnen Ortschaften; in Berlin der etwa 20 M. wöchentlich überfallende Betrag. — Krüger-Wies. Unseres Erachtens war der Abzug unbegründet. Die Klage ist beim Gewerbegericht anhängig zu machen. — R. 16. Rein. — C. 59. Schulgeld ist nur beim Besuch der höheren Schule zu zahlen oder für den Fall, daß Kinder, die in Kostlöden nicht ihren Schulbesuch haben, dort die Schule besuchen. — C. 11. Durch Nachträge beim Verzeßpräsidium. — G. 2. Die nächste Staatszugehörigkeit ist nur dann vertillich genannt, wenn der Betreffende eine doliingebende Erklärung abgegeben hat. Ist das nicht der Fall, so ist die nächste Staatszugehörigkeit ausrecht anzusetzen. — R. 14. 1. u. 2. Rein. — G. 100. Das ist unzulässig, sogar strafbar. Die Frau kann den Anspruch gegen ihren Mann nur gerichtlich geltend machen, falls er gültliche Zahlung nicht leistet. — G. 20. 1. Rein, nur 250 M. 2. Die Kündigung ist wirksam. — C. 107. 1. Ja. 2. Der Anspruch läßt sich auf das Statut. Der Verein ist lagerberechtigt, da er ein eingetragener Verein ist und dadurch Rechtsfähigkeit erlangt. — G. 107. 1. In der Regel nicht. 2. Für Handwerker, so für Arbeiterkassen nach dem durch den Anhangung der Verträge des Reichstags dem noch blühenden Kleiderverbrauch entgegen. 3. Rein. — W. 2. Ihr gesetzlicher Vertreter kann wegen Beleidigung Klage erheben. Das Strafmaß liegt im Ermessen des Richters. Voraussetzlich würde eine geringe Geldstrafe verhängt werden. — P. Krause 12. Die Witwe behält auch nach dem 1. April 1914 den Berliner Unterhaltungsanspruch. — G. Wicherstraße. Rein. — G. 100. Rein. — R. 14. 1. Ein nach schuldloser Dauer der Arbeitslosigkeit. 2. Sie bleiben helbbar. — G. 9. 23. Falls das Material grundsätzlich eingezogen war, sind Sie zur Erteilung einer Lösungsbilliche Leistung verurteilt. Diese muß von einem Notar beglaubigt sein. Die Kosten der Beglaubigung betragen etwa 5 M. Dandell es sich nicht um eine grundsätzlich eingezogene Schuld, so genügt einfache Leistung. — G. 11. W. In der Regel gemäß der Richter auf Ersuchen eine Kammung. — M. 5. 55. etwa 20 M., außerdem freie Kost und Logis. — G. 111. 1. Rein. 2. Wenn die Krankheit ohne Verschulden des Mädchens entstanden ist, ist die Herrschaft bis zur Dauer von sechs Wochen helbbar. Dandell es sich um eine Krankheit aus Anlaß von Dienstverrichtungen, so halter die Herrschaft unbeschränkt. 3. Das Gesetz legt eine bestimmte Arbeitszeit leider nicht fest. — M. 8. 80. Ja, sofern nicht durch Ehevertrag das Niebrungs- und Verwaltungrecht ausgeschlossen ist.

Witterungsübericht vom 20. Mai 1913.

Table with 6 columns: Stationen, Temperatur, Windstärke, Wetter, Stations, Temperatur, Windstärke, Wetter. Rows include: Swinemünde, Domburg, Berlin, Anklam a.M., Rügen, etc.

Wetterprognose für Mittwoch, den 21. Mai 1913.

Zunächst vorwiegend heiter und trocken bei mäßigen südwestlichen Winden und langsamer Erwärmung; nachher wieder zunehmende Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

Arbeiter-Abstinenz-Bund, Crisigruppe Berlin W. Die für gestern angezeigte Versammlung findet erst heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Charlottenburg, Rolschhaus, Rosenstr. 3, statt. Zahlreiches Erscheinen, auch von Gästen, erwünscht. Preis- und Diskontierklub „Sobos“. Jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat: Sitzung bei Reibhardt, Gorchter Str. 58. Vortrag, Gäste willkommen.

Table with 2 columns: Warenname, Preis. Includes: Marktpreise von Berlin am 19. Mai 1913, nach Ermittlungen des Königl. Marktpräsidiums, 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,45 bis 20,60, Mittel 20,44-20,46, geringe 20,40-20,43.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am 19.5., 18.5., am 19.5., 18.5. Includes: Temeel, Elbt, Bregel, Ankerburg, Fischel, Thorn, Ober, Rathor, Stroßen, Frankfurt, Barthe, Schimm, Landsberg, Regh, Gorkam, Gide, Zeitmerth, Dresden, Barby, Magdeburg, Saale, Großh, Dabel, Späanow, Spree, Spremow, Weser, Wänden, Rhein, Rommilsandau, Regh, Elbt, Rain, Donau, Nojel, Lier.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein l. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Landsberger Viertel. (Bez. 392 L.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Genosse, der Wauer Franz Faikus ...

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Am 19. Mai starb unser Mitglied, der Wauer Franz Faikus (Bezirk Ost II). ...

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln. Am 19. Mai verstarb unser Parteigenosse, der Schuhmacher Albert Schröder ...

Deutscher Bauarbeiterverband. Zahlreiche Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Tischler Albert Immelmann ...

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln. Am 12. Mai verstarb unser Parteigenosse, der Schuhmacher Albert Schröder ...

Deutscher Holzarbeiterverband. Zahlreiche Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Tischler Albert Immelmann ...

Deutscher Holzarbeiterverband. Zahlreiche Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Tischler Albert Immelmann ...

Berlin W. Mohrenstr. 87a (Kolonna den) Berlin NO. Große Frankfurter Str. 115 Trauermagazin für Damen-Konfektion ...

Alwin Körsten Berta Körsten, geb. Dornbusch Karl Körsten, Kaufmann Familie Körsten. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Sätzlichen Kirchhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Westmann in größtem Maßstab zu ganz niedrigen Preisen. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Sätzlichen Kirchhofs in Friedrichsfelde aus statt.

13. Verbandstag des Verbandes der Schiffszimmerer.

In Hamburg traten am Sonntag, 18. Mai, die Delegierten des Verbandes der Schiffszimmerer zur 13. Generalversammlung zusammen. Allen vom Hauptvorstand betonte in seiner Eröffnungsrede die außerordentliche Bedeutung der diesjährigen Generalversammlung, die sich mit der Versammlung der Schiffbau-Industrie verbindet.

Eine längere Debatte entspann sich auch über die Wahl des ersten Vorsitzenden. Auf dem letzten Verbandstag in Berlin wurde Schmidt zum Vorsitzenden gewählt, der aber wegen Krankheit das Amt nicht antreten konnte.

Darauf berichtete Allers über die Versammlungsangelegenheit. Auf Beschluß des Berliner Verbandstages verhandelte der Vorstand mit den Verbänden der Metallarbeiter und der Holzarbeiter über die Verschmelzung. Die genannten Verbände stellten sich auf den Standpunkt, daß die Mitglieder des Schiffszimmererverbandes, je nachdem sie im Eisenschiffbau oder im Holzschiffbau beschäftigt sind, sich dem betreffenden Verbande anschließen sollten.

Eine ganze Reihe von Zahlstellen fordert in den zum Verbandstag gestellten Anträgen das Fortbestehen des Verbandes. Andere fordern den Anschluß an den Metallarbeiterverband. In der Diskussion wandten sich die meisten Redner gegen die Verschmelzungsbedingungen. Die Verhandlungen konnten nicht zu Ende geführt werden, und werden am Dienstag, 20. Mai, fortgesetzt.

Der 18. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine.

In der vergangenen Woche tagten nach der üblichen dreijährigen Pause wieder einmal die Dirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Es war nicht zu erwarten, daß die Tagung etwas Neues bringen würde, nachdem die Mitglieder der Gewerksvereine jahrelang in ihrem Dogma von Harmonie und Selbsthilfe erzogen worden sind, und da sie in ihren Unterstützungsklassen die Lösung aller Probleme zu finden hoffen.

Daß der als Gast anwesende Beauftragte des Staatssekretärs des Innern, Geheimrat Sieffart, nach einem Referate des Verbandssekretärs Gleichauf sich herausnahm, den Vorsitzenden aufzufordern, den Referenten wegen der Feststellung von Vorläufen zu rügen, hatten wir schon am vorigen Mittwoch gebührend gekenn-

zeichnet; wir konnten aber dabei dem Vorsitzenden den Vorwurf nicht erheben, daß er das Referat Gleichaufs nicht auch inhaltlich geachtet hatte. Herr Hartmann war über unseren berechtigten Vorwurf sehr erzürnt, und um sich zu retten, verließ er das Angriffsfeld und behauptete, wir hätten dem Verbandstage schlappes Eintreten für den Referenten vorgehalten. Wir haben das zwar damals noch nicht getan; daß aber auch dieser Vorwurf sehr berechtigt wäre, geht schon zur Genüge aus der „Wacht“, dem Organ des Reichsverbandes liberaler Arbeiter und Angestellten hervor, wo Herr Anton Erkelenz, dem doch wahrlich nicht Voreingenommenheit gegen den Gewerksverein nachgesagt werden kann, schreibt:

„Die Tagung selbst hat den mutigen Worten ihres Vorsitzenden leider nicht den Mühsalt gegeben, den sie verdienen. Und einer fand sogar etwas wie eine Entschuldigung vor den hohen Würdenträgern.“

Dieser Eine war Herr Karl Goldschmidt, der Verbandsmitgliedern so desavouiert worden, wie Herr Goldschmidt auf dieser Tagung. Anträge, die er stellte, fielen unter den Tisch; in seiner Feilscherei nach oben hin und in seiner unsicheren Sachlichkeit bei der Begründung und Vertretung der „fundamentalen Grundsätze“ des Verbandes hat er ein Bild erbarmungswürdiger Unzulänglichkeit. Es muß herzlich schlecht um einen Vorsitzenden oder um die Sache des Verbandes bestellt sein oder gar um beides, wenn in der Einleitungsrede bei der Begründung der Verbandsgrundsätze nur dann schwache Zustimmung und Beifall zu hören war, wenn Ausfälle gegen die „roten Gewerkschaften“ gemacht wurden.

Aus den Referaten sei der Vortrag des Abgeordneten Weinhausen besonders erwähnt und zwar deshalb, weil er für einen Arbeiterberufsverein zwar merkwürdig, aber für die Zukunft der Gewerksvereinsbewegung von Bedeutung und schon für ihren gegenwärtigen Charakter bezeichnend ist. In seinem Referat, das sich „Koalition der Staatsarbeiter“ benannte, brachte Weinhausen statistisches Material über die Anzahl der Staatsarbeiter, die er auf etwa 630 000 schätzt, von denen 273 000 organisiert sind, und zwar nur 22 000 in den Gewerksvereinen. Hier sieht den Dirsch-Dunderschen ein weites Rekrutierungsgebiet offen; besonders qualifiziert aber seien gerade die Gewerksvereine für die Staatsarbeiter, da sie, wie es in der darauf angenommenen Resolution hieß, auf das Streitrecht in den sogenannten „gemeinnützigen“ Betrieben verzichteten. Als „gemeinnützig“ wurden, nach rein formalistischer Methode, die Eisenbahn, Militär-, Werk- und städtische Betriebe bezeichnet. Wie man leichtfertig die logische Konsequenz des Koalitionsrechts, die gemeinsame Kündigung und Arbeitseinstellung preisgeben kann, ohne überhaupt nur begründete Hoffnung zu haben, von den Behörden dafür einigermaßen gleichwertige Gegenleistungen zu erhalten, ist für einen Gewerkschaftsführer (und das wollen doch die Herren nach ihren Behauptungen sein) geradezu unverantwortlich.

Dieser — man kann es nicht anders nennen — Verrat von Arbeiterrechten läßt sich nur daraus erklären, daß die Führer der Gewerksvereine angesichts der dauernden Stagnation der Mitgliederzahl die Unmöglichkeit eingesehen haben, daß mit der Gewerksvereinstatistik Arbeiterpolitik nicht getrieben werden kann; und sie verließen es nun — Weinhausen selbst erblühte in seinem Referate, ohne Widerspruch zu finden, im Beamtenideal das Endziel der Gewerksvereinspolitik — mit Beamtenpolitik Beamtenpolitik zu treiben. Tun die Dirsch-Dundersche aber dies, dann müssen sie auch in Zukunft und für immer darauf verzichten, unter die ernst zu nehmenden Arbeiterberufsvereine gezählt zu werden.

Aus Industrie und Handel.

Gratisaktien.

Die Aktien der Vereinigten Glanzstofffabriken A.-G. zu Elbersfeld sprangen zu Anfang dieses Monats plötzlich in wenigen Tagen um 150 Prozent in die Höhe, von 688 Prozent Ende April auf 825 Prozent am 5. Mai. Als Ursache für die gewaltigen Kurssteigerungen wurde schon damals eine Kapitalserhöhung mit wertvollen Bezugsrechten für die Aktionäre genannt. Jetzt teilt das Unternehmen in der Einberufung für die nächste außerordentliche Generalversammlung mit, welcher Art das Geschenk an die Aktionäre sein wird: die Mittel für die Kapitalserhöhung um 2,5 auf 7,5 Millionen Mark soll aus Reservefonds entnommen und den Aktionären die neuen Aktien gratis zur Verfügung gestellt werden. Wie schon aus der Gratisübergabe der Aktien hervorgeht, handelt es sich bei der Erhöhung keineswegs darum, ein Kapitalbedürfnis der Gesellschaft zu befriedigen. Schon die letzte Kapitalvermehrung von 1909 diente nur dem Zweck, den Aktionären besondere Zuwendungen zu machen. Auch jetzt ist der Grund für diese Kapitalserhöhung und diese besondere Zuwendung an die Aktionäre, wie die

bürgerliche Presse offen zugibt, nur in dem Wunsche zu suchen, das Dividendeniveau mit Rücksicht auf die Arbeiterschaft und ihre eventuellen Lohnforderungen, sowie im Hinblick auf Steuerfragen nicht weiter in die Höhe gehen zu lassen. Die Dividende, die in den letzten sechs Jahren 40, 40, 36, 36 und 40 Prozent betrug, will die Gesellschaft nicht weiter erhöhen, um der „Begehrlichkeit“ der Arbeiter nicht Gelegenheit zu Forderungen zu geben. Eine Ansammlung von Reserven ist auch nicht mehr gut angängig; sind doch die wertvollen Anlagen bereits so gut wie ganz abgeschrieben. Die Kraft- und Fabrikationsanlagen stehen nur noch mit 2 M., die Mobilitäten mit 3 M., die Utensilien und Werkzeuge mit 2 M., die Bahnanlagen mit 1 M. zu Buch. Auch das Patentkonto figuriert nur mit 1 M. in der Bilanz. Dieses Konto hat dabei für die Gesellschaft, die künstliche Seide, Kunststroh und ähnliche Zelluloseprodukte aus Holzstoff herstellt, besonderen Wert, da ihre künstlichen Verfahren durch zahlreiche Patente im In- und Auslande geschützt sind. Auch laufen die wichtigsten Patente erst im Jahre 1920 ab.

An der Berliner Börse stiegen die Kurse der Glanzstofffabriken auf die Meldung von der Ausgabe der Gratisaktien am Montag um 10 Proz. auf 835 Proz.

Kapitalistischer Raubbau.

Die planlose, allein von Gewinn gier beherrschte Jagd auf Pelztiere birgt für den Bestand der russisch-sibirischen Tierwelt die größten Gefahren. Das ergibt sich aus einem Bericht des Konsulats in Moskau über die Zrbitzer Messe, der Hauptvermittlungsstelle für den russisch-sibirischen Pelzhandel. Man liest da, daß in Zrbit in diesem Jahre zum Verkauf kamen:

Table with 2 columns: Pelzart and Menge. Includes items like Sibirische Eichhörnchen, Hermelin, Weisfuchs, and Zobel.

Außerdem wurden noch ungezählte Mengen Felle von Nutzfischen, Wölfen, Luchsen, Varen, Ottern, Zibitzen, Warbern, Dachsen, Weisfuchsen usw. an den Markt gebracht. Trotz dieser riesenhaft erscheinenden Fellen ist gegen früher eine starke Abnahme festzustellen. So wird berichtet, daß Zobelstelle um 15-20 Proz. im Preise stiegen, aber nur einen Umsatz von 1 900 000 gegen 2 350 000 Mark im Vorjahre erreichten. Die Ernte in rohem Feh, wie der Konsulatsbericht sagt, ist von 6,7 Millionen um 2,7 Millionen auf 4 Millionen zurückgegangen. Die Barbarei dieser Tiervernichtung beleuchtet bligartig eine Stelle des Berichtes, wo festgestellt wird, daß von den 56 500 Fellen von Weisfuchsen nicht weniger denn 45 000 von „neugeborenen“ Fuchsen, sogenannten Kestomaitki stammen. Wie unsinnig diese Schänderei selbst vom kapitalistischen Standpunkte aus ist, verrät der Konsulatsbericht in der unwilligen Bemerkung: „Es ist sehr bedauerlich, daß durch den planlosen Gang dieser jungen Tiere der Weisfuchs seltener wird. Es werden dadurch große Kapitalien vergebend, denn diese Kestomaitki usw. würden im nächsten Jahre rauche Weisfuchse geben.“

Zuckerwucher. Die Regierung und die Gerichte der Vereinigten Staaten befinden sich auf einem angeblich ernst gemeinten Kriegszuge gegen die Trullis und die einzige Folge ist, daß die Bekämpften sich des besten Wohlseins erfreuen. Sie können sogar wieder auf neue Pläne fassen, wie das Beispiel des Zuckerturks beweist. Trotz aller Ablehnung kann es als sicher gelten, daß er hinter einer noch in Vorbereitung befindlichen „großen Sache“ steht, der Gründung der Louisiana Sugar Cane Company. Diese Vereinigung von Rohzuckerinteressenten will nämlich nichts mehr und nichts weniger, als unter Aufwand von 60 Millionen Dollar Kapital die 164 Zuckerraffinerien des Staates Louisiana aufkaufen, um nur 50 davon im Betrieb zu lassen. Auch ein nur teilweises Gelingen wäre für die Konsumenten mit den unangenehmsten Folgen verbunden.

Das Kohlsyndikat förderte im Monat April 8,9 Millionen Tonnen (im Vorjahr 7,5 Millionen). Die arbeitstäglige Förderung war nur um weniges geringer als im März. Der rechnungsmäßige Abfall war gegen das vormonatliche Ergebnis in der Gesamtmenge höher, im arbeitstägligen Durchschnitt niedriger. Der Kohlsabfall ist gegen das Ergebnis des Vormonats zurückgeblieben. Der Rückgang entfällt hauptsächlich auf den inländischen Abfall in Hochofenfeld. Die Ursache des schwächeren Kohlsabfalles ist, da sich die deutsche Hoheisenerzeugung im April arbeitstäglich auf der Höhe des Vormonats gehalten hat, darin zu erblicken, daß die am 1. April dieses Jahres in Kraft getretene Preiserhöhung der Hochofenwerke in den Vormonaten zu stärkeren Bezügen veranlaßt hat.

Pelerinen

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend
Sonntag

Ausnahme-
Preise
für
Loden-
Pelerinen



Sämtliche Lodenstoffe sind vor der Verarbeitung imprägniert worden. Grau oder grünlich Strichloden, ganz vorzüglich im Tragen, Kapuze abknöpfbar, mit Tragbändern, Armdurchgriffen und Taschen

Für Herren und Damen

Für Knaben und Mädchen

Qualität II: Längen 120 bis 130 cm Einheitspreis 6.95
Spezial-Mark: Längen 120 u. 125 cm 13.80 130 cm 16.25

Qualität II: Längen 70, 80 und 90 cm 4.10 100 und 110 cm 5.60
Spezial-Mark: Längen 80 u. 90 cm 7.20 100 u. 110 cm 9.60

Am Lager große Mengen echt englischer Gummi-Mäntel 10.50
(Single) in allen Größen Einheitspreis

Sport-Anzüge — Rucksäcke — Sweater — Oeltuch-Kleidung — Herren-Mützen

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- u. Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10
Berlin ♦ Gegr. 1891

Loden-Hüte 1.90 u. 3.40

Sonntags nur von 8-10 geöffnet.

Der reichillustrierte Haupt-Katalog Nr 47 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos u. portofrei

Öffentliche politische Versammlungen.

1863

23. Mai:

1913

Zur 50jährigen Wiederkehr

des Gründungstages des

Allgemeinen deutschen Arbeitervereins

am 23. Mai 1913

Laden wir die Arbeiterschaft Berlins und der Umgebung zum Besuch folgender Versammlungen ein:

Berlin:

- Happoldts Brauerei, Hasenheide 32-38.
- Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
- Konzert- und Festsäle, Koppenstr. 29.
- Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23.
- Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.
- Germania-Brachtsäle, Chausseest. 110.
- Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
- Moabiter Gesellschaftshaus, Wicleffstr. 24.

Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Schöneberg: Neue Rathausäle, Meiningen Str. 8.

Neukölln: Bartsch, Hermannstr. 49.

Lichtenberg: Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee.

Pankow-Nieder-Schönhausen:

Koznycki, Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3/4.

Weißensee: Bergbrauerei, Berliner Allee 211.

Anfang 8 Uhr abends.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Chorgesang: Coud folson.

Prolog: Zur Gedenkfeier der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Von Gustav Stengele.

Vortrag: 50 Jahre deutsche Sozialdemokratie.

Chorgesang: Die Marseillaise.

Referenten sind die Genossen Eduard Bernstein, R. Dreitscheid, Däumig, Dupont, Grunwald, Haase, Heine, Hirsch, Legien, Pfannkuch, Ritter, Scheidemann, Wiffell, Wurm.

Folgende Arbeiterchöre haben ihre Mitwirkung zugesagt: „Kreuzberger Harmonie“, „Nichte Georgina“, „Lillose Chöre“, „Sängerabteilung I“, „Norden“, „Gesundbrunner Harmonie“, „Lerche“, „Neu erwacht“, „Männerchor Moabit“, „Männerchor Neukölln“, „Liedertafel Charlottenburg“, „Lichtenberger Männerchor“, „Liedertreunde Pankow“, „Männerchor Weißensee“, „Vorwärts-Südost“, „Liberté“, „Schöneberger Männerchor“, „Liedertafel West“.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins u. Umg.

Der Einberufer: Eugen Ernst, Pleschstr. 16.

106/13*

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichsstraße 28, part.
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Räderstraße 9.
Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Freitag, den 23. Mai, abends 8¹/₂ Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

Bericht vom außerordentlichen Verbandstag. Diskussion.

Bezug der wichtigen Tagesordnung darf kein Kollege in der Versammlung fehlen.

(Mitgliedsbuch oder Streikkarte legitimiert.)

Die Ortsverwaltung.

109/11*

Atheisten, Monisten, Freidenker, Dissidenten, Freireligiöse!!

Auf zur Demonstrationsversammlung!

bei Lipps, Am Friedrichshain 16-23.

Am Sonnabend, den 24. Mai, abends 8¹/₂ Uhr, spricht der Senator der portugiesischen Republik Magalhães Lima, für den internationalen Freidenker-Kongress in Lissabon, über das Thema:

„Unser Jahrhundert und seine Ideale.“

2. Vortrag des Stadtverordneten Adolf Hoffmann:

„Preußen in der Welt voran?“

3. Diskussion.

55/11

Der Vortrag des Senators Lima wird vom Redakteur Ernst Däumig übersetzt.
Eintrittspreis 10 Pf. Der Einberufer: A. Harndt, Pappelallee 15-17.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 26. Mai 1913:

Mitglieder-Versammlungen
der Bezirke und Branchen
zur Berichterstattung von der Generalversammlung.

Mittwoch, den 28. Mai 1913:

Urabstimmung
über die fernere Höhe der Beiträge.

Freitag, den 30. Mai 1913, abends 8 Uhr,
in den „Konfordia-Festsälen“, Andreasstr. 64:

Generalversammlung
als Fortsetzung der Generalversammlung vom 19. Mai.

Modell- u. Fabriktschler.

Donnerstag, den 22. Mai 1913, pünktlich 8 Uhr,
in „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Rewollinsky: Erste Hilfe bei Un-
glücksfällen (2 Abend). 2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Verbands- und Branchenanangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverb. der Handlungsgehilfen

Bezirk Groß-Berlin.

Bureau: C. 25, Mühlstr. 20 II. Tel.: Amt Königsstadt 1622.

Donnerstag, den 22. Mai, abends 8¹/₂ Uhr,

Haverlands Festsäle (früher Dräsel), Neue Friedrichstr. 35:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers Max Grunwald
über: „Das Bevölkerungsproblem“.

2. Geschäftliche Mitteilungen.

Wir bitten um zahlreichen Besuch. Gäfte willkommen.

Die Ortsverwaltung.



Persil

das selbsttätige
Waschmittel

Kaffeelecken
auch solche von Kakao, Tee, Obst, Blut, Tinte
etc. herrührend, beseitigt spielend einmaliges
Waschen in Persil.

Denkbar gründlichste Reinigung
bei grösster Schonung des Stoffes und garan-
tierter Unschädlichkeit.

Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketem.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Auch Fabrikanten der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2 5-7. Sonntags 10-12.

Kranzspenden

sowie sämtliche
Blumenarrangements
Defert schnell und billig Paul
Gross, Lindenstr. 69, Tel. Wpl. 7208.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69

Führer durch die Reichsversicherungs- Ordnung.

I. Die gemeinsamen Vor-
schriften u. d. Verfahren.

Preis 40 Pf.
Dieses Heft enthält
auch die Formulare, wie
sie bei der Einrichtung
von Klagen und Ein-
gaben zu verwenden sind.

II. Die Krankenversiche-
rung. Preis 30 Pf.

III. Die Gewerbe - Unfall-
versicherung, Pr. 30 Pf.

IV. Die landwirtschaftliche
Unfallversicherung.
Preis 40 Pf.

V. Die See-Unfallversiche-
rung. Mit Hinweisen auf
d. Rechtsprechung.
Preis 40 Pf.

VI. Die Invaliden- u. Hinter-
bliebenenversicherung.
Preis 30 Pf.

Auch durch die „Vorwärts“-
Speditionen zu beziehen.

Bettwäsche, Teppiche,
Gardinen, Vorhänge, Stepp-
und Tülldecken.

Auf Teilzahlung, ohne Anzahlung.

Kein Kasseler.
Hatzner, Dufelschstr. 41,
9042* Silberlabert.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerscheinungen:

Abhandlungen und Vorträge
zur sozialistischen Bildung.

Herausgegeben von
Max Grunwald

Heft 7:

Teuerung, Warenpreise und
Goldproduktion

von
J. Karski.

Heft 8:

Die Konsumgenossenschafts-
bewegung der deutschen
Arbeiterklasse

von
Paul Göhre.

Preis jedes Heftes 50 Pf.

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Theater.

Rittwoch, den 21. Mai 1913. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Sojuzki. Königl. Schauspielhaus. Krähne auf Karos. Freier. Das Bismarckmädchen. Anfang 8 Uhr. Urania. Die Korbweiber. Neues Opern (Kroll). Carmen. Letztes. Alt-Wien. Deutsches. Der blaue Vogel. Kammerstücke. Die Einnahme von Berg-op-Boom. Berliner. Jünger. Königgräzer Straße. Die fünf Frankenfurter. Schiller-Theater Charlottenburg. Rittwoch, abends 8 Uhr: Moral. Donnerstag, abends 8 Uhr: Moral. Freitag, abends 8 Uhr: Hedda Gabler.

Schiller-Theater O. Baller-Theater. Rittwoch, abends 8 Uhr: Zwei Wappen. Donnerstag, abends 8 Uhr: Zwei Wappen. Freitag, abends 8 Uhr: Geographie und Liebe. Schiller-Theater Charlottenburg. Rittwoch, abends 8 Uhr: Moral. Donnerstag, abends 8 Uhr: Moral. Freitag, abends 8 Uhr: Hedda Gabler. Kroll-Oper. 8 Uhr: Carmen. Donnerstag: Die Meistersing. v. Nürnberg. Freitag: Lohengrin. Sonnabend: Bajazet. Samstag: Cavalleria rusticana. Montis Operetten-Theater (St. Neues Theater). Rittwoch abends 11 1/2 Uhr. Sonntag: Die drei Schwestern. Theater des Westens. 8 Uhr (Vollständliche Preise): Der Vogelhändler.

Theater am Nollendorfplatz. Täglich abends 8 1/2 Uhr: Extrazug nach Nizza. Eden-Salast-Vitascope-Theater. Cottbuser-Damm 23. Rindfleischmarkt-Platz. Neukölln. Täglich in den Jugend-Vorstellungen. Erwachsene bis 7 Uhr auf allen Plätzen außer Loge u. Rang 20 Pf., Kinder 10 Pf. Täglich vier Vorstellungen: 3, 5, 7 und 9 Uhr. Brauerei Friedrichshain. Am Königt. Cel: Ernst Liebling. Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag: Kaffee-frei-Vorstellung. Der Norddeutschen und Apollo-Sänger bei freiem Entree. Freitag: Frei-Konzert.

Trianon-Theater. Täglich 8 Uhr: Madame X. Sonntag, 25. Mai, nachm. 3 Uhr: Der selige Teufel. Clou. Berliner: Konzerthaus. Heute: Gr. Konzert des Berliner Liederkranz vor der Abreise nach Schweden und Norwegen. Chorleiter: Ernst H. Miltacher. unter Mitwirkung des Musik. A. Garde-Feld-Art. Regts. Dirig. Oberm. Windorf. Anfang 8 1/2 Uhr. Karten im Vorverkauf 50 Pf. zu haben im „Clou“ und den mit Plakaten belegten Handlungen. Abendkasse 75 Pf. Neue Welt. Hohenstraße 108/114. Mittwoch, den 21. Mai: Gr. Kinder-Freudenfest verbunden mit Gratis-Verlosung. 1. Hauptgewinn: je eine silberne Knaben- und Mädchen-Uhr. Anfang 4 Uhr. Entrée 15 Pf. Im neuen Saal: Großer Ball. Voranzeige: Donnerstag, den 22. Mai: Elttag verbunden mit großem Brillant-Feuwerk.

Urania. Taubenstraße 48/49. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Die Nordsee-Insel Sylt. Zoo. LOCISCHER GARTEN. Täglich nachm. 4 Uhr: Gr. Militär-Doppelkonzert. Eintritt 1 Mark. von 6 Uhr ab 50 Pf. Kinderunter 10 Jahren die Hälfte. Jahresabonnements an allen drei Schalterkassen. Licht-Spiele. Freitag, 23. Mai. Alexanderpl. U. d. Linden Moritzplatz Hasenheide. Uraufführung: Leo Tolsteis. Auferstehung. Alleiniges Aufführungsrecht für Groß-Berlin. Berliner Uk-Trio. Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L.

Metropol-Theater. Die Kino-Königin. Operette in 3 Akten von Paul Freund und G. Leonofsky. Musik von Jean Gilbert. In Szene gesetzt v. Dir. Max Schütz. Anfang 8 Uhr. Passage-Panoptikum. Der weltberühmte amerikanische Negerboxer. Andrea Johnson bei sein. Training zum Kampf um die Weltmeisterschaft. Jon Got. der akrobatische Schlafwandler! Der Mann mit der eisernen Hand. die schwebende Aga, Jungfrau! Alles lebend! Alles ohne Extra-Entree! Voigt-Theater. Badstr. 58. Jeden Rittwoch: Elittag. Auf nach Amerika. Austr. erf. klaffiger Spezialitäten. 3 Uhr ab: Kaffeehocken. Stoffabteilung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr. Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Café „Größenwahn“. Burleske von Meyzel. Anfang 8 Uhr. Admiralspalast. Eis-Arena. Allabendlich das gr. erfolgreiche Eishalle. Flirt in St. Moritz. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenerpreise. Restaurant I. Ranges. Wein- und Bier-Abteilung. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater am Nollendorfplatz. Extrazug nach Nizza. Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Das Bismarckmädchen. Residenz. Die Frau Präsidentin. Subspielhaus. Mojalka. Solice Caprice. Die Bank. Sein letzter Wille. Der Cowboy. Neues Volkstheater. Ernst sein. Anfang 9 Uhr. Admiralspalast. Eishalle. Flirt in St. Moritz. Stenografie, Invalidenthe. 57-52. Deutsches Schauspielhaus 8 Uhr: Ein idealer Gatte. Berliner Theater. Filmzauber. Theater in der Königgräzer Straße 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

ROSE=THEATER. Große Frankfurter Str. 182. Prinz und Bettlerin. Anfang 8 1/2 Uhr. Donnerstag: Krone und Pfeffel. Auf der Gartenszene: Achtung! Es geht los! Gr. Woffe. König. Punt. Zeit. Hist. 4 1/2. Residenz-Theater. Schlag der Spiegel am 31. Mai. Die Frau Präsidentin. (Madame la Présidente). Schwanz in 3 Akten v. St. Gennequin und R. Weber. Morgen und folgende Tage: Die Frau Präsidentin. Folies Caprice. Die Novitäten. Die Bank. Sein letzter Wille. Der Cowboy. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorber. 11-9 Uhr.

„Clou“ Berliner: Konzerthaus. Heute: Gr. Konzert des Berliner Liederkranz vor der Abreise nach Schweden und Norwegen. Chorleiter: Ernst H. Miltacher. unter Mitwirkung des Musik. A. Garde-Feld-Art. Regts. Dirig. Oberm. Windorf. Anfang 8 1/2 Uhr. Karten im Vorverkauf 50 Pf. zu haben im „Clou“ und den mit Plakaten belegten Handlungen. Abendkasse 75 Pf. Neue Welt. Hohenstraße 108/114. Mittwoch, den 21. Mai: Gr. Kinder-Freudenfest verbunden mit Gratis-Verlosung. 1. Hauptgewinn: je eine silberne Knaben- und Mädchen-Uhr. Anfang 4 Uhr. Entrée 15 Pf. Im neuen Saal: Großer Ball. Voranzeige: Donnerstag, den 22. Mai: Elttag verbunden mit großem Brillant-Feuwerk.

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 5. Klasse 9. Ziehungsstag 20. Mai 1913. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II. Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr K. St. M. f. S.) (Nachdruck verboten).

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 5. Klasse 9. Ziehungsstag 20. Mai 1913. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II. Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr K. St. M. f. S.) (Nachdruck verboten).

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 5. Klasse 9. Ziehungsstag 20. Mai 1913. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II. Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr K. St. M. f. S.) (Nachdruck verboten).

53 67 (500) 125 99 (500) 67 381 637 787 809 949 (1000) 2019 202 437 438 643 693 703 749 759 769 799 809 819 829 839 849 859 869 879 889 899 909 919 929 939 949 959 969 979 989 999 (1000) 1000 1010 1020 1030 1040 1050 1060 1070 1080 1090 1100 1110 1120 1130 1140 1150 1160 1170 1180 1190 1200 1210 1220 1230 1240 1250 1260 1270 1280 1290 1300 1310 1320 1330 1340 1350 1360 1370 1380 1390 1400 1410 1420 1430 1440 1450 1460 1470 1480 1490 1500 1510 1520 1530 1540 1550 1560 1570 1580 1590 1600 1610 1620 1630 1640 1650 1660 1670 1680 1690 1700 1710 1720 1730 1740 1750 1760 1770 1780 1790 1800 1810 1820 1830 1840 1850 1860 1870 1880 1890 1900 1910 1920 1930 1940 1950 1960 1970 1980 1990 2000 2010 2020 2030 2040 2050 2060 2070 2080 2090 2100 2110 2120 2130 2140 2150 2160 2170 2180 2190 2200 2210 2220 2230 2240 2250 2260 2270 2280 2290 2300 2310 2320 2330 2340 2350 2360 2370 2380 2390 2400 2410 2420 2430 2440 2450 2460 2470 2480 2490 2500 2510 2520 2530 2540 2550 2560 2570 2580 2590 2600 2610 2620 2630 2640 2650 2660 2670 2680 2690 2700 2710 2720 2730 2740 2750 2760 2770 2780 2790 2800 2810 2820 2830 2840 2850 2860 2870 2880 2890 2900 2910 2920 2930 2940 2950 2960 2970 2980 2990 3000 3010 3020 3030 3040 3050 3060 3070 3080 3090 3100 3110 3120 3130 3140 3150 3160 3170 3180 3190 3200 3210 3220 3230 3240 3250 3260 3270 3280 3290 3300 3310 3320 3330 3340 3350 3360 3370 3380 3390 3400 3410 3420 3430 3440 3450 3460 3470 3480 3490 3500 3510 3520 3530 3540 3550 3560 3570 3580 3590 3600 3610 3620 3630 3640 3650 3660 3670 3680 3690 3700 3710 3720 3730 3740 3750 3760 3770 3780 3790 3800 3810 3820 3830 3840 3850 3860 3870 3880 3890 3900 3910 3920 3930 3940 3950 3960 3970 3980 3990 4000 4010 4020 4030 4040 4050 4060 4070 4080 4090 4100 4110 4120 4130 4140 4150 4160 4170 4180 4190 4200 4210 4220 4230 4240 4250 4260 4270 4280 4290 4300 4310 4320 4330 4340 4350 4360 4370 4380 4390 4400 4410 4420 4430 4440 4450 4460 4470 4480 4490 4500 4510 4520 4530 4540 4550 4560 4570 4580 4590 4600 4610 4620 4630 4640 4650 4660 4670 4680 4690 4700 4710 4720 4730 4740 4750 4760 4770 4780 4790 4800 4810 4820 4830 4840 4850 4860 4870 4880 4890 4900 4910 4920 4930 4940 4950 4960 4970 4980 4990 5000 5010 5020 5030 5040 5050 5060 5070 5080 5090 5100 5110 5120 5130 5140 5150 5160 5170 5180 5190 5200 5210 5220 5230 5240 5250 5260 5270 5280 5290 5300 5310 5320 5330 5340 5350 5360 5370 5380 5390 5400 5410 5420 5430 5440 5450 5460 5470 5480 5490 5500 5510 5520 5530 5540 5550 5560 5570 5580 5590 5600 5610 5620 5630 5640 5650 5660 5670 5680 5690 5700 5710 5720 5730 5740 5750 5760 5770 5780 5790 5800 5810 5820 5830 5840 5850 5860 5870 5880 5890 5900 5910 5920 5930 5940 5950 5960 5970 5980 5990 6000 6010 6020 6030 6040 6050 6060 6070 6080 6090 6100 6110 6120 6130 6140 6150 6160 6170 6180 6190 6200 6210 6220 6230 6240 6250 6260 6270 6280 6290 6300 6310 6320 6330 6340 6350 6360 6370 6380 6390 6400 6410 6420 6430 6440 6450 6460 6470 6480 6490 6500 6510 6520 6530 6540 6550 6560 6570 6580 6590 6600 6610 6620 6630 6640 6650 6660 6670 6680 6690 6700 6710 6720 6730 6740 6750 6760 6770 6780 6790 6800 6810 6820 6830 6840 6850 6860 6870 6880 6890 6900 6910 6920 6930 6940 6950 6960 6970 6980 6990 7000 7010 7020 7030 7040 7050 7060 7070 7080 7090 7100 7110 7120 7130 7140 7150 7160 7170 7180 7190 7200 7210 7220 7230 7240 7250 7260 7270 7280 7290 7300 7310 7320 7330 7340 7350 7360 7370 7380 7390 7400 7410 7420 7430 7440 7450 7460 7470 7480 7490 7500 7510 7520 7530 7540 7550 7560 7570 7580 7590 7600 7610 7620 7630 7640 7650 7660 7670 7680 7690 7700 7710 7720 7730 7740 7750 7760 7770 7780 7790 7800 7810 7820 7830 7840 7850 7860 7870 7880 7890 7900 7910 7920 7930 7940 7950 7960 7970 7980 7990 8000 8010 8020 8030 8040 8050 8060 8070 8080 8090 8100 8110 8120 8130 8140 8150 8160 8170 8180 8190 8200 8210 8220 8230 8240 8250 8260 8270 8280 8290 8300 8310 8320 8330 8340 8350 8360 8370 8380 8390 8400 8410 8420 8430 8440 8450 8460 8470 8480 8490 8500 8510 8520 8530 8540 8550 8560 8570 8580 8590 8600 8610 8620 8630 8640 8650 8660 8670 8680 8690 8700 8710 8720 8730 8740 8750 8760 8770 8780 8790 8800 8810 8820 8830 8840 8850 8860 8870 8880 8890 8900 8910 8920 8930 8940 8950 8960 8970 8980 8990 9000 9010 9020 9030 9040 9050 9060 9070 9080 9090 9100 9110 9120 9130 9140 9150 9160 9170 9180 9190 9200 9210 9220 9230 9240 9250 9260 9270 9280 9290 9300 9310 9320 9330 9340 9350 9360 9370 9380 9390 9400 9410 9420 9430 9440 9450 9460 9470 9480 9490 9500 9510 9520 9530 9540 9550 9560 9570 9580 9590 9600 9610 9620 9630 9640 9650 9660 9670 9680 9690 9700 9710 9720 9730 9740 9750 9760 9770 9780 9790 9800 9810 9820 9830 9840 9850 9860 9870 9880 9890 9900 9910 9920 9930 9940 9950 9960 9970 9980 9990 10000 10010 10020 10030 10040 10050 10060 10070 10080 10090 10100 10110 10120 10130 10140 10150 10160 10170 10180 10190 10200 10210 10220 10230 10240 10250 10260 10270 10280 10290 10300 10310 10320 10330 10340 10350 10360 10370 10380 10390 10400 10410 10420 10430 10440 10450 10460 10470 10480 10490 10500 10510 10520 10530 10540 10550 10560 10570 10580 10590 10600 10610 10620 10630 10640 10650 10660 10670 10680 10690 10700 10710 10720 10730 10740 10750 10760 10770 10780 10790 10800 10810 10820 10830 10840 10850 10860 10870 10880 10890 10900 10910 10920 10930 10940 10950 10960 10970 10980 10990 11000 11010 11020 11030 11040 11050 11060 11070 11080 11090 11100 11110 11120 11130 11140 11150 11160 11170 11180 11190 11200 11210 11220 11230 11240 11250 11260 11270 11280 11290 11300 11310 11320 11330 11340 11350 11360 11370 11380 11390 11400 11410 11420 11430 11440 11450 11460 11470 11480 11490 11500 11510 11520 11530 11540 11550 11560 11570 11580 11590 11600 11610 11620 11630 11640 11650 11660 11670 11680 11690 11700 11710 11720 11730 11740 11750 11760 11770 11780 11790 11800 11810 11820 11830 11840 11850 11860 11870 11880 11890 11900 11910 11920 11930 11940 11950 11960 11970 11980 11990 12000 12010 12020 12030 12040 12050 12060 12070 12080 12090 12100 12110 12120 12130 12140 12150 12160 12170 12180 12190 12200 12210 12220 12230 12240 12250 12260 12270 12280 12290 12300 12310 12320 12330 12340 12350 12360 12370 12380 12390 12400 12410 12420 12430 12440 12450 12460 12470 12480 12490 12500 12510 12520 12530 12540 12550 12560 12570 12580 12590 12600 12610 12620 12630 12640 12650 12660 12670 12680 12690 12700 12710 12720 12730 12740 12750 12760 12770 12780 12790 12800 12810 12820 12830 12840 12850 12860 12870 12880 12890 12900 12910 12920 12930 12940 12950 12960 12970 12980 12990 13000 13010 13020 13030 13040 13050 13060 13070 13080 13090 13100 13110 13120 13130 13140 13150 13160 13170 13180 13190 13200 13210 13220 13230 13240 13250 13260 13270 13280 13290 13300 13310 13320 13330 13340 13350 13360 13370 13380 13390 13400 13410 13420 13430 13440 13450 13460 13470 13480 13490 13500 13510 13520 13530 13540 13550 13560 13570 13580 13590 13600 13610 13620 13630 13640 13650 13660 13670 13680 13690 13700 13710 13720 13730 13740 13750 13760 13770 13780 13790 13800 13810 13820 13830 13840 13850 13860 13870 13880 13890 13900 13910 13920 13930 13940 13950 13960 13970 13980 13990 14000 14010 14020 14030 14040 14050 14060 14070 14080 14090 14100 14110 14120 14130 14140 14150 14160 14170 14180 14190 14200 14210 14220 14230 14240 14250 14260 14270 14280 14290 14300 14310 14320 14330 14340 14350 14360 14370 14380 14390 14400 14410 14420 14430 14440 14450 14460 14470 14480 14490 14500 14510 14520 14530 14540 14550 14560 14570 14580 14590 14600 14610 14620 14630 14640 14650 14660 14670 14680 14690 14700 14710 14720 14730 14740 14750 14760 14770 14780 14790 14800 14810 14820 14830 14840 14850 14860 14870 14880 14890 14900 14910 14920 14930 14940 14950 14960 14970 14980 14990 15000 15010 15020 15030 15040 15050 15060 15070 15080 15090 15100 15110 15120 15130 15140 15150 15160 15170 15180 15190 15200 15210 15220 15230 15240 15250 15260 15270 15280 15290 15300 15310 15320 15330 15340 15350 15360 15370 15380 15390 15400 15410 15420 15430 15440 15450 15460 15470 15480 15490 15500 15510 15520 15530 15540 15550 15560 15570 15580 15590 15600 15610 15620 15630 15640 15650 15660 15670 15680 15690 15700 15710 15720 15730 15740 15750 15760 15770 15780 15790 15800 15810 15820 15830 15840 15850 15860 15870 15880 15890 15900 15910 15920 15930 15940 15950 15960 15970 15980 15990 16000 16010 16020 16030 16040 16050 16060 16070 16080 16090 16100 16110 16120 16130 16140 16150 16160 16170 16180 16190 16200 16210 16220 16230 16240 16250 16260 16270 16280 16290 16300 16310 16320 16330 16340 16350 16360 16370 16380 16390 16400 16410 16420 16430 16440 16450 16460 16470 16480 16490 16500 16510 16520 16530 16540 16550 16560 16570 16580 16590 16600 16610 16620 16630 16640 16650 16660 16670 16680 16690 16700 16710 16720 16730 16740 16750 16760 16770 16780 16790 16800 16810 16820 16830 16840 16850 16860 16870 16880 16890 16900 16910 16920 16930 16940 16950 16960 16970 16980 16990 17000 17010 17020 17030 17040 17050 17060 17070 17080 17090 17100 17110 17120 17130 17140 17150 17160 17170 17180 17190 17200 17210 17220 17230 17240 17250 17260 17270 17280 17290 17300 17310 17320 17330 17340 17350 17360 17370 17380 17390 17400 17410 17420 17430 17440 17450 17460 17470 17480 17490 17500 17510 17520 17530 17540 17550 17560 17570 17580 17590 17600 17610 17620 17630 17640 17650 17660 17670 17680 17690 17700 17710 17720 17730 17740 17750 17760 17770 17780 17790 17800 17810 17820 17830 17840 17850 17860 17870 17880 17890 17900 17910 17920 17930 17940 17950 17960 17970 17980 17990 18000 18010 18020 18030 18040 18050 18060 18070 18080 18090 18100 18110 18120 18130 18140 18150 18160 18170 18180 18190 18200 18210 18220 18230 18240 18250 18260 18270 18280 18290 18300 18310 18320 18330 18340 18350 18360 18370 18380 18390 18400 18410 18420 18430 18440 18450 18460 18470 18480 18490 18500 185

Wahlmänner-Stichwahlen.

Im 4. Landtagwahlbezirk

findet in folgenden Urwahlbezirken Stichwahl zwischen sozialdemokratischen und freisinnigen Wahlmännern statt.

- 210. Urwahlbezirk, III. Abteilung, zu wählen: Ein Wahlmann.
213. Urwahlbezirk, III. Abteilung, zu wählen: Zwei Wahlmänner.
216. Urwahlbezirk, III. Abteilung, zu wählen: Zwei Wahlmänner.
230. Urwahlbezirk, II. Abteilung, zu wählen: Zwei Wahlmänner.
248. Urwahlbezirk, II. Abteilung, zu wählen: Ein Wahlmann.
377. Urwahlbezirk, II. Abteilung, zu wählen: Zwei Wahlmänner.

Die Genossen der übrigen Urwahlbezirke, welche nicht zur Wahl stehen, werden gebeten, zahlreich zu erscheinen und Wahlhilfe zu leisten.

Es muß alles daran gesetzt werden, damit die noch ausstehenden Bezirke erobert werden.

Das Wahlkomitee.

Die Stichwahlen im 12. Landtagwahlbezirk.

In den Urwahlbezirken 1341—1343 und 1346 finden die Stichwahlen der I. Abteilung statt.

In den Urwahlbezirken 1205, 1206, 1209, 1229, 1240, 1243, 1244, 1248, 1249, 1256, 1265, 1271, 1272, 1273, 1275, 1277, 1279, 1281, 1284, 1287, 1296, 1305 finden in der II. Abteilung Stichwahlen statt.

In den Urwahlbezirken 1176, 1178, 1180, 1181, 1183, 1184, 1185, 1186, 1188, 1189, 1191, 1192, 1193, 1194, 1196, 1198, 1200, 1253, 1260, 1282, 1285, 1293, 1303, 1304, 1306 finden die Stichwahlen in der III. Abteilung statt.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Bezirke und Wahllokale:

- 1176. Friedrich-Karl-Platz von Kolonnenbrücke bis Alsenbrücke, Invalidenufer 57-79, Alt-Roabit 1-10 und 130-145, Lehrter Bahnhof, Stadtbahnhofen 290-328, Wilhelmshafen. Wahl: Alt-Roabit 130 bei v. Borde.
1178. Flemingstr. 1-2, Gerhartstr. 1-5 und 13-18, Lüneburger Str. 12, Bergr. 6-13. Wahl: 187. Gem.-Schule, Gerhartstr. 4-5, Turnhalle.
1180. Flemingstr. 15-18, Lüneburger Str. 13-30, Paulstraße 18-20 und 21, Spenerstr. 19 und 20, Stadtbahnhofen 391 bis 410. Wahl: Lüneburger Str. 12 bei Rodel.
1181. Flemingstr. 3-14, Relanchonstr. 1 und 23, Paulstr. 10 bis 17 und 21-27. Wahl: Paulstr. 30 bei Leh.
1183. Relanchonstr. 3-12 und 27, Spenerstr. 9-13 und 28 bis 30. Wahl: 31. Gem.-Schule, Alt-Roabit 23, Turnhalle.
1184. Relanchonstr. 19-28, Spenerstr. 14-18 und 21-25. Wahl: Spenerstr. 20 bei Fahnd.
1185. Alt-Roabit 11-16, Rathenower Str. 78-83. Wahl: Alt-Roabit 14 bei Stein.
1186. Alt-Roabit 17 und 114-120, Spenerstr. 1-8 und 31 bis 35. Wahl: Spenerstr. 5 bei Wermelskirchen.
1188. Galvinst. 15-21a, Helgoländer Ufer, Kirchstr. 11-16, Relanchonstr. 16-18, Thomassustr. 11-16. Wahl: Relanchonstr. 23 bei Schuchardt.
1189. Galvinst. 8-14 und 22-29, Relanchonstr. 13-15. Wahl: Galvinst. 21a bei Niegisch.
1191. Kirchstr. 1-10 und 17-25, Alt-Roabit 107-108. Wahl: Lokal: Kirchstr. 18 bei Anderjühr.
1192. Bodumer Str. 1-4, Elberfelder Str. 1-5 und 35-40, Alt-Roabit 30-82d, Ottostr. 17, der meiste Teil des kleinen Tiergartens von Thueselallee bis Ottostraße. Wahl: Alt-Roabit 60 bei Korbart.
1193. Dortmundstr. 8, Elberfelder Str. 9-20, 24-25 und 27-28. Wahl: Elberfelder Str. 11 bei Burmeister.
1194. Bodumer Str. 5-10, Elberfelder Str. 6-8 und 29-34, Effener Str. 12-21. Wahl: 231/263. Gem.-Schule, Bodumer Straße 8, Turnhalle.
1196. Bodumer Str. 21-27, Crefelder Str. 1-6 und 16-17, Effener Str. 7-11, Alt-Roabit 83-83c. Wahl: Crefelder Str. 6 bei Finkenbach.
1198. Bodumer Str. 14-20, Bundesratufer 1-9, Crefelder Straße 7-16, Effener Str. 22 bis Ende. Wahl: Crefelder Str. 18 bei Köpfe.
1200. Agricolastraße von Solinger Straße bis Widinger Ufer, Elberfelder Str. 21 und 23, Jagowstr. 4a-8 und 36-42, Lebehovstraße 1-10, 18-24 und 26, Tite Warbenbergstr. 1a-4 und 25 bis 30, Widinger Ufer 4 bis Ende. Wahl: 199/205. Gem.-Schule, Lebehovstr. 26, Turnhalle.
1205. Veßfestr. 1, Gohlfowdstr. 18-23, Lebehovstr. 25, Alt-Roabit 47-71a, Zingendorferstr. 1-5 und 10-18, Zwinglstr. 30. Wahl: Alt-Roabit 47-48 bei Limbourg.
1206. Alt-Roabit 35-38 und 77-79, Ottostr. 11, Jagowstraße 21-24 und 26-30. Wahl: Alt-Roabit 77 bei Hindemith.
1209. Jagowstr. 25, Alt-Roabit 39-46 und 72-76, Zingendorferstr. 6-9. Wahl: Alt-Roabit 76 bei Hagedorn.
1229. Waldstr. 18-21 und 39-41, Bieleffstr. 27-29, 42 und 43. Wahl: Waldstr. 21 bei Schwarz.
1240. Oldenburger Str. 15-18 und 33-35, Bieleffstr. 8-13 und 57-62. Wahl: Bieleffstr. 58 bei Reschke.
1243. Bremer Str. 20-26 und 46-57, Bieleffstr. 5-7 und 63-65. Wahl: Bremer Str. 54-55 bei Zeidler.
1244. Wilhelmshafenener Str. 14-23 und 50-56. Wahl: Wilhelmshafenener Str. 14 bei Trill.
1248. Oldenburger Str. 26-28, Siemensstr. 19-42, Straße 30 (Vot. VIII), Unionplatz, Unionstraße. Wahl: Siemensstr. 26 bei Wache.
1249. Birkenstr. 31-32 und 45-49, Wilhelmshafenener Str. 24 bis 32 und 48-49. Wahl: Wilhelmshafenener Str. 24 bei Köhler.
1253. Oldenburger Str. 1-5 und 45-49, Turmstr. 36-47 und 81-85. Wahl: Turmstr. 37 bei Wisa.
1256. Emdener Str. 9, Oldenburger Str. 13-14 und 38-45, Waldenferstr. 7-8 und 26-28. Wahl: Oldenburger Str. 40 bei Röder.
1260. Arminiusplatz, Am Arminiusplatz, Fredowstr. 1-7 und 48-50, Br. Str. 1-12a und 66-76, Bugenhagenstr. 7-8, Jonasstraße, Turmstr. 33-35, Waldenferstr. 1 und 35. Wahl: Bremer Str. 72-73 bei Schölz.
1265. Birkenstr. 60-61, Lübecker Str. 8-21, Berleberger Straße 33, 34, 36 und 40-41. Wahl: Lübecker Str. 16 bei Toll.
1271. Birkenstr. 17-24 und 55-59, Habelberger Str. 29-31, Lübecker Str. 25 und 26. Wahl: Birkenstr. 58 bei Kemle.
1272. Trkenstr. 25-28 und 51-54, Stendaler Str. 11, Stephanstr. 37-45, Stromstr. 33a. Wahl: Birkenstr. 25 bei Baumann.
1273. Habelberger Str. 1-9 und 22-23, Berleberger Str. 32. Wahl: Habelberger Str. 24 bei Ballavicini.
1275. Putzstr. 5-10 und 12-15a, Salzwehler Str. 10-16. Wahl: Putzstr. 10 bei Hartmann.
1277. Habelberger Str. 10-21, Quadowstr. 119 und 120,

- Stendaler Str. 9-10 und 13-15, Stephanstr. 24-26 und 46-48. Wahl: Habelberger Str. 12 bei Wauschun.
1279. Berleberger Str. 51, Rathenower Str. 48-49, Stendaler Straße 1-8 und 16-23. Wahl: Stendaler Str. 2 bei Donner.
1281. Quadowstr. 33-78, 110-114, 116-118 und 121-128, Rathenower Str. 34-41, Stephanstr. 16 und 54-55. Wahl: Quadowstr. 62 bei Heuber.
1282. Kruppstr. 10-13, Rathenower Str. 50-63, Wilsnader Straße 29-30. Wahl: Rathenower Str. 60 bei Hofebach.
1284. Berleberger Str. 43a, Wilsnader Str. 31-37 und 39 bis 45. Wahl: Wilsnader Str. 36 bei Radow.
1285. Birkenstr. 1-6 und 71-78, Rathenower Str. 64-68, Wilsnader Str. 20-28 und 46-47. Wahl: Wilsnader Str. 27 bei Altendorf.
1287. Sandstr. 12-19 und 22-31. Wahl: Birkenstr. 70 bei Gallmann.
1293. Drensestr. 1-2 und 13-22, Prignitzer Str. 1-9, Rathenower Str. 69-78, Turmstr. 1-5a und 88-93, Wilsnader Str. 7-8. Wahl: Prignitzer Str. 15 bei Kalkowski.
1296. Quadowstr. 141, Stephanstr. 1-8 und 60-63. Wahl: Stephanstr. 5 bei Dietrich.
1303. Kruppstr. 5-9 und 14-15, Rathenower Str. 9-19, Kaserne des 2. und 3. Bataillons des 4. Gardebrigiments zu Fuß. Wahl: Kruppstr. 9 bei Drosin.
1304. Döberitzer Straße, Heidestr. 1-20 und 34-73, Invalidenstr. 50-55, Lehrter Str. 1-5d. Wahl: Invalidenstr. 63 bei Berga.
1305. Heidestr. 21-33, Lehrter Str. 45-46, Am Nordhafen - südwestliches Ufer zwischen der Heidestraße und Kleiner Brücke, Berleberger Str. 61-63, An der Putzbrücke, Putzbrücke, Bahnhof Putzstraße, Südufer, Torstr. 5-8 und 32-35. Wahl: Südufer 2 bei Rißschke.
1306. Lehrter Str. 6-35. Wahl: Lehrter Str. 34 bei Klunter.
1341. Buchstraße, Föhler Str. 3-5, Nordufer 13 bis Föhler Straße. Wahl: Buchstr. 3 bei Linke.
1343. Fehmarstr. 13-14, Nordufer 5-9, Torstr. 21-29. Wahl: Torstr. 29 bei Steil.
1346. Fehmarstr. 15-25, Föhler Str. 8. Wahl: Föhler Straße 10 bei Tamms.

Aus der Lungenheilstätte Slawentzitz,

die in Oberschlesien (Regierungsbezirk Oppeln) liegt, aber auch von der Landesversicherungsanstalt Brandenburg zur Unterbringung ihrer Kranken mitbenutzt wird, berichtet man uns über allerlei Uebelstände.

An der Spitze stehen, wie üblich, Beschwerden über Mängel der Verpflegung, doch scheint diese Klage zum Teil sich daraus zu erklären, daß die Bewohner der Vororte Berlins an die schlechte Küche meist nicht gewöhnt sind. Man sagt uns auch, daß es der bürgerlichen Kost an der wünschenswerten Abwechslung fehle, so daß selbst diejenigen, die gegen die Güte der Speisen und gegen die Art ihrer Zubereitung zunächst nichts einzuwenden haben, allmählich Widerwillen dagegen empfinden. Weil wir wissen, daß in Anstalten jener Beschaffenheit jedes einzelnen maßgebend sein kann, wollen wir auf die Verpflegungsfrage nicht weiter eingehen. Hervorheben möchten wir nur, daß mindestens die Milch doch wohl in bester Qualität gereicht werden könnte. Die von uns befragten Personen gingen in ihren Ansichten über Güte und Schmackhaftigkeit mancher Speisen weit auseinander, aber einig waren sie darin, daß die Milch nicht fett genug sei und keineswegs zu reichlichem Genuß anreize.

Andere Klagen betreffen hygienische Mängel, wie man sie in einer solchen Anstalt eigentlich nicht erwarten sollte. Die Lungenheilstätte liegt nicht im oder am Walde, sondern mitten im Dorfe. Sie hat zur Verpflegung ihrer Pächler eine Anlage, deren „Düfte“ die Luft des Gartens erfüllen, so daß der Aufenthalt in ihm bei wärmerem Wetter und ungünstiger Windrichtung manchem als eine sehr fragwürdige Erholung gilt. Wederlich scheint uns auch, daß in den Schlafräumen die Fußböden parkettiert sind und ihnen daher nicht allzuviel Feuchtigkeit zugemutet werden kann. Gestattet wird ferner, daß die Badeliegenheit gegenüber der Zahl der Insassen unzureichend sei und daß die Reinigung der Baderwannen, da sie den Kranken selber überlassen wird, mangelhaft bleibe.

Daß in Beschwerden über Anstaltsmängel auch die Klage über ungenügende Kontrolle der Verpflegung immer wiederkehrt, ist bekannt. In Slawentzitz war einigen Patienten der von ihnen abonnierte „Vorwärts“ nicht ausgeliefert worden. Auf ihre Beschwerde soll der Chefarzt Dr. Stolzenburg ihnen erklärt haben, er habe nicht nötig, dieses Blatt in der Anstalt verteilen zu lassen. Der Postbote händigt dort nicht selber den Abonnenten die Zeitungen ein, sondern gibt sie beim Personal ab. Dr. Stolzenburg scheint nun zu meinen, daß sein Personal nicht dazu da sei, den „Vorwärts“ zu verteilen. Wenn die Angabe, daß er gegenüber den Beschwerdeführern den „Vorwärts“ ein „Schweineblatt“ genannt habe, zutrifft, dann können wir das Urteil über diesen Herrn getroß unseren Lesern überlassen. Die „Vorwärts“-Abonnenten liegen sich natürlich nicht davon abhalten, das ihnen zuzugende Blatt nach wie vor zu lesen. Sie waren nur genötigt, fortan selber zur Post zu gehen und es dort abzuholen.

Bildet der Herr Chefarzt sich ein, daß er durch solche Maßregeln die „Unzufriedenheit“ aus der von ihm geleiteten Anstalt verbannen kann?

Partei-Angelegenheiten.

Reußlän. Heute abend findet bei Parisch, Hermannstr. 49, die Versammlung der Jugendaktion statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Der deutsche Bauernkrieg.“ Referent: Genosse Eberlein. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Charlottenburg. Genossen, die gewillt sind, bei den heute in Wilmersdorf stattfindenden Stichwahlen zu helfen, werden gebeten, sich Lauenburger Str. 20 bei Schilling zu melden.

Wilmersdorf-Palast. Heute Mittwoch, finden in unserem Orte die Stichwahlen in den einzelnen Urwahlbezirken in der Zeit von 5-8 Uhr statt. Die Genossen wollen sich zur Erledigung der notwendigen Arbeiten rechtzeitig in ihren Wahllokale einfinden. Der Vorstand.

Kossen. Am Donnerstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Scherler: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Vortrag über die Geschichte des Sozialismus. Referent: Alfred Scholz-Reußlän.

Leitzow. Am Mittwoch, den 21. Mai, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Wichtige Tagesordnung.

Tröden. Am 22., 23. und 25. Mai feiert die hiesige Schützengilde ihr diesjähriges Schützenfest, wozu sie natürlich Massenbesuch erwartet. Da dieses Lokal der Arbeiterkassette zu Versammlungs-zwecken verlagert ist, erwartet die örtliche Organisation schon aus diesem Grunde strengstes Fernbleiben von diesem Schützenrummel.

Spenden. Heute Mittwoch, den 21. Mai: Nachabend in allen Lokalen. Am Freitag, den 30. Mai: Generalversammlung bei Köpnick, Biehlsdorfer Str. 36.

Berliner Nachrichten.

Die Hochzeit am Kaiserhofe

gibt der bürgerlichen Presse wieder einmal Stoff zu langatmigen Abhandlungen über die Zeremonien bei der Verheiratung einer Prinzessin. Da liest man von dem Fadelstanz, den die Minister aufführen müssen, dort wird berichtet von dem berühmten Strumpfband, das für die Braut angefertigt und so hergestellt wird, daß es an Stelle des kostbaren Schleiers in kleinen Portionen an die Hochzeitsgäste als Andenken verteilt werden kann. Andere Blätter berichten seit Wochen über die Brautausstattung und alle die Vorbereitungen, die zur Hochzeit der Kaiserin getroffen werden. Gewissenhaft wird aufgezählt, welche Persönlichkeiten zu Gast geladen sind, an welchem Zeitpunkte dieselben in Berlin eintreffen und wo sie wohnen werden.

Um sich oben in empfehlende Erinnerung zu bringen, sind jetzt die Hoflieferanten und solche, die es werden wollen, dabei, die Straße „Unter den Linden“ zur Hochzeitstraße auszuwachen. Fahnenmasten, Girlanden und bunte Fähnchen sind in Massen bestellt und sollen die Linden schmücken. Langherabhängende Fahnen wird das Brandenburger Tor zeigen. Die Tintenkulis der Speicheldrüsenorgane spitzen schon die Federn, um ihre üblichen byzantinischen Begrüßungsartikel zu schreiben, „daß unser ganzes deutsches Volk zu den Gratulanten gehöre“, „daß es teilnehme an den Freuden des Herrscherhauses“.

In Wirklichkeit weiß das Volk kaum den Namen des Brautpaares und betrachtet das große Bräutchen als das, was es ist: eine reine Privatangelegenheit der kaiserlichen Familie, die wohl Unsummen von Geld kosten wird, die aber für weitere Kreise keinerlei Interesse hat, wenn nicht etwa das arbeitende Berlin durch polizeiliche Absperrungen in seinem Erwerb gehindert wird.

Im übrigen freuen sich schon die Taschendiebe auf den Hochzeitstag, um den bei solchen Gelegenheiten nicht fehlenden Geldbörse die Portemonnaies aus der Tasche zu ziehen.

Absperrungen aus Anlaß der Ankunft des russischen Kaisers. Weil der Kaiser von Rußland nach Berlin kommt, werden am Vormittag des 22. d. M. folgende Verkehrsbeschränkungen angeordnet:

Etwas von 10 1/2 Uhr vormittags ab werden für Wagen, Reiter und Fußgänger gesperrt:

Kaiser-Wilhelm-Brücke, Lustgarten, Schloßbrücke, Schloßfreiheit, Fahrämme des Platzes Am Zeughaus und des Kaiser-Franz-Josef-Platzes, Fahrämme, Reitweg und Mittelpromenade der Straße Unter den Linden und Pariser Platz.

Später wird der Verkehr in der unmittelbaren Umgebung des Anhalter Bahnhofes, durch die Königgräber Straße, über den Potsdamer Platz, durch die Bellevuestraße, über den Krenperplatz, durch die Siegesallee, den östlich dieser gelegenen Teil der Charlottenburger Chaussee, über den Platz vor dem Brandenburger Tor sowie an den Ubergängen der Straße Unter den Linden an der Wilhelm-, Neuen Wilhelm-, Friedrich- und Charlottenstraße zeitweise abgeleitet oder unterbrochen werden.

Die Freigabe des Brandenburger Tors für den gewöhnlichen Verkehr wird voraussichtlich erst nach dem Abmarsch der spaterbildenden Truppen möglich sein.

Absperrungen am 21. Mai. Am 21. Mai werden aus Anlaß der Ankunft des englischen Königspaares von 10 Uhr vormittags an gesperrt:

Kaiser-Wilhelm-Brücke, Lustgarten, Schloßfreiheit, Schloßbrücke, Fahrämme des Platzes Am Zeughaus und des Kaiser-Franz-Josef-Platzes, Fahrämme, Reitweg und Mittelpromenade der Straße Unter den Linden und Pariser Platz.

Später wird der Verkehr in der unmittelbaren Umgebung des Lehrter Bahnhofes, über die Alsenbrücke, durch die Alsenstraße, an der Westseite des Königsplatzes, durch die Siegesallee und den östlich dieser gelegenen Teil der Charlottenburger Chaussee, über den Platz vor dem Brandenburger Tor sowie an den Ubergängen der Straße Unter den Linden an der Wilhelm-, Neuen Wilhelm-, Friedrich- und Charlottenstraße zeitweise abgeleitet oder unterbrochen werden.

Eine Freigabe des Brandenburger Tors für den gewöhnlichen Verkehr wird voraussichtlich erst dann möglich sein, wenn die in der Straße Unter den Linden spaterbildenden Truppen abmarschiert sind.

Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters zu Berlin.

Wir werden ersucht, darauf hinzuweisen, daß die Programme für die in der Zeit vom 2. Juni bis 5. Juli stattfindenden Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters erschienen und in den Verkaufsstellen: Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15 I, Zimmer 13, Bureau des 4. und 6. Wahlkreises, Stralauer Platz 1/2, bezw. Neue Hochstr. 23, und in der Zeitungspedition von Schmidt, Kirchbachstr. 14, nebst Eintrittskarten a 30 Pf. zu haben sind. Es wird ersucht, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen, da nach den bisher gemachten Erfahrungen dieselben kurz vor Stattfinden vergriffen sind.

Der Unglücksfall bei den Charlottenburger Kanalisationsarbeiten.

Aus Charlottenburg wird aus städtischen Kreisen zu dem Unglück geschrieben: Zur Vorbereitung der Besichtigung der Däkenanlagen für die Untergrundbahn im Zuge der Bismarckstraße durch Mitglieder der Berliner Kanalisationsverwaltung waren zwei Kolonnen der Charlottenburger Kanalisationsverwaltung beauftragt, die Einsteigeschächte zu reinigen. Die Reinigung der Schächte am Rnie war einer Kolonne, bestehend aus dem Kolonnenführer Kaczynski und den Kanalisationsarbeitern Grzytier, Wihert und Bengel II übertragen. Zur zeitweiligen Kontrolle des Grundrohres des Däkers führen in dieses Einsteigeschächte hinab, in welche das Grundrohr endet, jedoch gegen den Einsteigeschacht durch einen Planschdeckel verschlossen wird. In dem Einsteigeschacht sammelt sich also kein Kanalwasser, sondern nur durch das Rauerwerk durchdringendes reines Grundwasser. Der Hörsstand dieses Grundwassers sollte bei dieser Gelegenheit durch die Kolonne festgestellt werden. Zu diesem Zweck hing ungefähr um 1/3 Uhr nachmittags ein Arbeiter auf den Einsteigen in den etwa 7 Meter tiefen Schacht. Nach einer von der Kanalisationsverwaltung erlassenen Vorschrift, die allen Arbeitern der Kanalisationsverwaltung mündlich bekanntgegeben wird und die ständig in den Arbeiterstuben aushängt, ist vor jedem Einsteigen in einen Brunnen ein offenes Licht an einer Schnur bis auf den Wasserspiegel herabzulassen. Dabei ist angeordnet, daß sich die Bedienungsmannschaften möglichst abseits von der Brunnenöffnung, keinesfalls jedoch etwa den Kopf über die Brunnenöffnung halten, um in den Brunnen hineinzusehen. Brunnen oder Sandfang dürfen erst bestiegen werden, wenn das Licht nicht erlischt oder eine Explosion nicht erfolgt. Auf die Befolgung dieser Vorschrift wird streng geachtet. Wahrscheinlich in der Annahme, daß

sch in dem Brunnen, der nur reines Grundwasser enthielt, schädliche Gase nicht angesammelt haben konnten, ist ein Arbeiter eingestiegen, ohne die erwähnte Vorsichtsmaßregel zu beachten. Als er nach einiger Zeit nicht wieder heraufstieg, stieg ein zweiter Arbeiter nach, nach diesem der dritte und vierte. Dem am Rande auf Posten stehenden Schuttmann fiel es auf, daß die Arbeiter nicht wieder zum Vorschein kamen. Er machte den vorübergehenden Leutnant Dittmar vom 4. Pioneer-Bataillon aufmerksam und alarmierte die Feuerwehre. Der Leutnant Dittmar stieg angeleitet in den Schacht; die Feuerwehre schaffte die vier im Grundwasser liegenden Arbeiter ans Licht. Die von zwei Ärzten mit der Samariterkolonne der Feuerwehre zwei Stunden lang gemachten Wiederbelebungsvorläufe mit selbsttätigen Atmungsapparaten waren erfolglos. Die Leichen wurden in das Charlottenburger Leichenschauhaus gebracht.

Wolle Klarheit wird erst die eingeleitete Untersuchung ergeben. Einstweilen bleibt nur die Annahme übrig, daß schädliche Gase sich in dem Schacht angesammelt haben, die die Arbeiter beim Einsteigen sofort betäubten. Die schädlichen Gase sind allmählich entwichen, so daß der Offizier und die Feuerwehmannschaften eingestiegen sind, ohne Schaden zu nehmen.

Walderholungsstätten vom Roten Kreuz.

Bei prächtigem Frühlingserwachen haben die an der Peripherie Groß-Berlins gelegenen Walderholungsstätten vom Roten Kreuz Anfang Mai wieder ihre Pforten zur Aufnahme von erholungsbedürftigen Männern, Frauen und Kindern geöffnet. In ihnen können täglich etwa 1700 Patienten Aufnahme finden. Für die Anstalten für Erwachsene (Männer-Erholungsstätte in der Jungfernheide und Männer-Erholungsstätte in Friedrichshagen und Frauen-Erholungsstätte im Grunewald bei Eichkamp und in der Schönholzer Forst) erfolgt die Ueberweisung meistens durch die zuständige Krankenkasse und die Fürsorgestellen für Lungentranke. Selbstzahler finden gegen Entrichtung von 80 Pf. täglich Aufnahme und Verpflegung. Die Walderholungsstätten für schwächliche und kranke Kinder befinden sich in Schönholz, Eichkamp und Sadowa. Die Kinder erhalten dort Verpflegung, ärztliche Aufsicht, Beschäftigung durch gepuffte Kindergärtnerinnen, nach Bedarf; Luftbäder, Sool- und Brausebäder, Atemübungen. Den Schulunterricht erteilt eine städtische Lehrerin. Die Ueberweisung der Kinder erfolgt vielfach durch die Fürsorgestellen für Lungentranke und durch die Armen-direktionen, auch finden Selbstzahler Aufnahme. Soweit nicht andere Stellen die Kosten übernehmen, sind für jedes Kind 20 M. monatlich bei halber Kur (nur Tagesaufenthalt, einschließlich Fahrkosten) und 30 M. monatlich bei ganzer Kur (Tages- und Nachtaufenthalt) zu entrichten. Für ganze Kur ist vorläufig nur die Erholungsstätte in Schönholz eingerichtet. Für Anmeldungen und sonstige Auskünfte ist das Bureau der Walderholungsstätten in Berlin SW, Friedrichstraße 207, täglich von 10 bis 1 Uhr geöffnet.

Gegen den Plan der städtischen Nord-Südbahn sind von den Gemeinden Treptow, Johannisthal, Weihensee, Hertzsdorf und Schmargendorf Einsprüche erhoben worden. Diese stützen sich auf § 17 des Kleinbahngesetzes, in welchem bestimmt ist, daß während der öffentlichen Auslegungsrund jeder Beteiligte im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben kann. Das Recht des Einspruches wird auch dem „Vorstand des Gemeindebezirk“ hinsichtlich der „Richtung des Unternehmens“ oder der dem Unternehmer im öffentlichen Interesse aufzuerlegenden „Anlagen“ zugesprochen. Die genannten Gemeinden fühlen sich dadurch benachteiligt, daß der Entwurf an verschiedenen Straßenkreuzungen die Unterführung künftiger Schnellbahnen nicht ausreichend berücksichtigt. Hierzu ist zu bemerken, daß die Gemeinden als „Beteiligte“ im Sinne des Gesetzes nicht zu betrachten sind, ihnen steht also ein Einspruchsrecht kaum zu. Für die in absehbarer Zeit zu bauenden Schnellbahnen ist an den voraussehbaren Kreuzungsstellen genügend Vorsorge getroffen worden; wünschen die Gemeinden, welche etwa an das Groß-Berliner Schnellbahnnetz Anknüpfung suchen, weitere Anlagen der gedachten Art, so müssen sie sich mit der Unternehmerin, das heißt der Stadtgemeinde Berlin, ins Benehmen setzen und sich mit dieser namentlich über die Kostenfrage auseinandersetzen.

Das Kind im Gepäck.

Montagabend gegen 10 Uhr wurde in einem Abteil III. Klasse eines Nordringzuges im Gepäck von einem Zahnmeisterspiranten ein neugeborenes, in Watte eingewickeltes Kind männlichen Geschlechts aufgefunden. Der Zahnmeisterspirant gab das Kind am Zoologischen Garten dem Bahnhofsleiter, und dieser ließ es durch die Polizei nach dem Säuglingsheim in der Mollwitzstraße bringen.

Zur Arbeitszeit der Berliner städtischen Arbeiter wird uns geschrieben: Im Vorwärts vom 27. April d. J. wird vom Magistrat infolge einer in Nr. 99 gebrachten Zuschrift „Zur Lage der Angestellten der städtischen Straßenbahnen“ mitgeteilt, daß der Magistrat bei Regelung der Lohnverhältnisse der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter auch beschloss, für das Personal der städtischen Straßenbahnen den neunstündigen Arbeitstag einzuführen. Nun gibt es aber eine Reihe anderer Betriebe, in denen noch zehn und mehr Stunden gearbeitet werden muß. Von diesen Arbeitern wird nun die Frage aufgeworfen, warum der Magistrat nicht auch für diese eine Regelung resp. Verkürzung der Arbeitszeit beschließen hat. Sind denn diese Arbeiter minderen Rechts? Die zehnstündige Arbeitszeit besteht z. B. noch in der Parkverwaltung. Im Außenbetrieb der Wasserwerke besteht die neunstündige Arbeitszeit, während im Innenbetrieb die Arbeiter zehn Stunden und das Maschinenpersonal zwölf Stunden (Zwei-Schichtsystem) arbeiten müssen. Die Deputation der Wasserwerke hat bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit für letztere stets einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Man ist in den heißen Jahreszeiten dem dringenden Antrage der Arbeiter insofern entgegengekommen, als in den Hitzeperioden es in das Belieben der Betriebsdirigenten gestellt wurde, das Maschinenpersonal acht Stunden arbeiten zu lassen. Die Folge war, daß jeder Dirigent ganz beliebig verfuhr und nur wenige Tage verkürzt gearbeitet wurde. Die Verwaltung hat aber auch hierin erst dem Zwange nachgegeben, indem infolge der enormen Hitze in den geschlossenen Räumen, die unerbittlich war, und der langen Arbeitszeit Arbeiter dem Zusammenbrechen nahe waren und ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. In Betracht kommt noch, daß an die Werke in dieser Zeit größere Anforderungen gestellt werden, folglich von den Arbeitern auch eine Mehrarbeitsleistung gefordert wird. Die Betriebsfähigkeit und das Ansehen der Stadt Berlin erfordern es, die achtstündige Arbeitszeit für das Maschinenpersonal und die neunstündige für alle übrigen Arbeiter gleich wie in den Gaswerken zur Einführung zu bringen. Die bevorstehende heiße Jahreszeit verlangt dringend Beschleunigung dieser Angelegenheit. Auch in den Pumpstationen der Kanalisationswerke besteht noch die zwölfstündige Arbeitszeit. Obige Gründe treffen auch hier zu; für sämtliche Arbeiter der Kanalisationswerke die achtstündige Arbeitszeit baldigst einzuführen, liegt im Interesse der Werke selbst. Die Anträge vorstehender Arbeiter waren dem Magistrat durch den eingereichten Tarifentwurf ebenfalls bekannt. Die Verkürzung der Arbeitszeit für diese Betriebe ist dringend notwendig.

Aus dem dritten Stockwerk abgestürzt ist gestern in der Wiener Straße 31 eine dort wohnende Frau Günthe. Die Ursache, weshalb Frau G. sich aus dem Fenster stürzte, scheint in elender Klatschsucht

zu suchen zu sein. Sie schlug unten auf einen Wagen auf und blieb dadurch vor dem Tode bewahrt. Die Lebensmüde hatte schwere äußere Verletzungen sowie Verrenkungen erlitten und wurde nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht.

Kadrennen im Olympia-Park. Dienstag, 20. Mai. Die Abendrennen hatten trotz der guten Zusammenstellung des Programms nur einen schwachen Besuch aufzuweisen. Ein Flieger mit der Besetzung Årend - Ellegaard - Rätt in drei Läufern konnte von Rätt in zwei Läufern in großartiger Fahrtweise gewonnen werden. Årend konnte im zweiten Lauf einen knappen Sieg vor Rätt und Ellegaard erringen. Årend machte mit Ellegaard gleiche Punktzahl, doch gab ihm sein erster Platz den Vorrang vor dem Dänen. — Ein Dauerrennen über 45 Kilometer wurde in zwei Läufern von Didier, Kettelbeck, Serös und A. Stellbrink bestritten. — Im 20-Kilometer-Lauf hatte Stellbrink vom Beginn die Spitze und gab sie trotz aller Anstrengungen seiner Gegner, die mit ihm in gleicher Runde endeten, nicht ab. — Der zweite Lauf (25 Kilometer) gestaltete sich abwechslungsreich. Stellbrink ging mit der Führung ab, hart bedrängt von Serös, doch schon nach einigen Runden setzt der Motor von Stellbrink aus und alle seine Gegner ziehen an ihm vorbei. Didier greift seinen Landsmann Serös an, doch ohne Erfolg, und später kann Kettelbeck vor Didier auf den zweiten Platz rücken. Allein kurz vor dem Schluß geht Didier an Kettelbeck vorbei und auch Stellbrink wird schneller. — Vier Runden vor Schluß hat Serös Nachsicht, der ihn um den ersten Platz bringt. Didier kann als Sieger in 17 Min. 41 Sek. das Band passieren; 2. Serös, 7:00 Meter; 3. Kettelbeck, 9:20 Meter; 4. Stellbrink, 2:00 Meter. In beiden Läufern konnte der 20-Kilometer-Rekord geschlagen werden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stichwahlen brachten der Sozialdemokratie 5 Wahlmänner und den Liberalen 53 Wahlmänner. Das Gesamtergebnis ist nunmehr 142 sozialdemokratische Wahlmänner, während die Liberalen 443 Wahlmänner auf sich vereinigten.

Am Montag, den 26. Mai, finden noch einige Stichwahlen und ungefähr 7 Neuwahlen statt, an denen die Sozialdemokratie nur im 9. Wahlbezirk der 3. Abteilung in ausschlaggebender Wahl steht.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurden die Sommerferien wiederum auf die Monate Juli und August festgesetzt. Alsdann gelangten Petitionen zur Beratung. Die Bewohner der sogenannten Insel führen Klage über Mängel in postalischer Beziehung und ersuchen um Errichtung einer Postanstalt, zum mindesten jedoch um die Aufstellung eines Briefmarkenautomaten. Der Postinspektur hat dies abgelehnt. Genosse Bernstein bemerkte, daß es zu den Eigentümlichkeiten der Reichspost gehöre, entweder abzulehnen oder aber in ganz stillen Gegenden ganz unbemerkt eine Postanstalt zu errichten. Dem Verlehr werde selten Rechnung getragen. Beschlossen wurde, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen; ebenfalls die Petition um Errichtung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Bahnhofs Schöneberg. Hier weigert sich der Eisenbahnsiskus, den berechtigten Wünschen der Anwohner auch nur im geringsten Rechnung zu tragen. Nunmehr wurde Bericht gegeben über die Gründung eines Hypothekendarlehners zur Beschaffung zweiter Hypotheken. Danach kann jeder Eigentümer und Mitbesitzer eines im Schöneberger Stadtbezirk belegenen Grundstücks Mitglied werden. Bei der Aufnahme ist ein Eintrittsgeld von 500 Mark zu entrichten. Dasselbe ist zur Hälfte sofort, zur anderen Hälfte bei Stellung des Beleihungsantrages, spätestens aber innerhalb eines Jahres nach der Aufnahme zu zahlen. Ein Rückforderungsrecht ist ausgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Beleihung mit Hypotheken zur zweiten oder späteren Stelle hinter der ersten Hälfte des Grundstückwertes und die Ausgabe verzinslicher Pfandbriefe. Die Beleihung ist nur zulässig, wenn sämtliche vorgelegten Hypotheken und Grundschulden mit jährlich mindestens 1/2 Proz. der ursprünglichen Forderung zu tilgen und seitens des Gläubigers grundsätzlich unkündbar sind. Die Beleihung darf 80 Proz. des durch sorgfältige Ermittlung festgestellten Verkaufswertes des Grundstückes nicht übersteigen. Der Darlehensnehmer hat 2 Proz. des Kapitals für einmalige Abschlußprovision zu zahlen. Der Zinssatz des Darlehens ist um 1/4 Proz. und soweit das Darlehn die ersten sechs Zehntel des Beleihungswertes übersteigt, um 1/4 Proz. höher als der Zinssatz der vom Darlehensnehmer gewährten Pfandbriefe. Die Zinsen von dem im Grundbuch eingetragenen Kapital sind vierteljährlich im Voraus zu entrichten. Der Vorstand besteht aus dem Direktor und drei weiteren Personen. Der Aufsichtsrat aus 20 Personen. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sowie 10 weitere Mitglieder und 4 Stellvertreter werden vom Magistrat aus den Mitgliedern der städtischen Körperschaften und zwar mindestens zur Hälfte aus den Stadtverordneten ernannt, die übrigen 9 Mitglieder und 3 Stellvertreter werden von der Generalversammlung aus den Mitgliedern des Vereins gewählt. An der Spitze des Ganzen steht ein Magistratskommissar. Den Pfandbriefgläubigern haften an erster Stelle das gesamte Vermögen des Vereins, an zweiter Stelle das Vermögen der Stadt. Sämtliche Fraktionen erklärten sich mit dieser Vereinsgründung einverstanden.

Hieraus gelangte der Entwurf der neuen Dienstordnung für die städtischen Arbeiter zur Debatte. Ein großer Teil der Stadtverordneten, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, verließ fluchtartig den Sitzungssaal, um ihr Interesse für Arbeiterfragen im Erfrischungsräum zu betätigen. Die Gesamtkosten der Einführung der Dienstordnung werden auf 10 000 M. geschätzt. Für die im Schichtwechsel stehenden Arbeiter des Pumpwerkes sowie für die Heizer des Krankenhauses ist die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in Aussicht genommen. Die Frist der Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen soll von 8 auf 12 Wochen erhöht werden. Die Verlängerung der Urlaubszeit soll nach einem Jahre 3 Tage, nach 3 Jahren 5 Tage, nach 5 Jahren 7 Tage, nach 7 Jahren 10 Tage, nach 10 Jahren 12 Tage betragen, wobei der Sonntag nicht in Anrechnung kommen soll. Handwerker, die in städtischen Diensten stehen, werden ebenfalls den Grundgehältern unterstellt. Die Sonntagsarbeit für die Kanalisationsarbeiter soll in Fortfall kommen, den Straßenreinigern soll jeder dritte Sonntag freigegeben werden. Der Sonntagsstundenzuschlag soll für die ersten drei Stunden 75 Proz. betragen. Des Sonntags sind statt 3 Arbeitsstunden deren 4 zu leisten, mit demselben Arbeitslohn, um so den freien Sonntag zu decken. Genosse Mohs drückte sein Bedauern über die Dürftigkeit der Vorlage aus und meinte, es wäre bedauerlich, daß eine Dienstordnung an der einund-einhalbten Jahr gearbeitet worden sei, so wenig ausfalle. Die bis zu 10 000 M. geforderte Nachbewilligung sei für die vielen Dienststellen viel zu gering. Auch müssen die Arbeiter den verlängerten Urlaub mit einarbeiten, da neue Kräfte nicht eingestellt würden. Die Bestimmung, daß Arbeiter nur bis zum 40. Lebensalter eingestellt werden, sei unhaltbar. Die Staffellung des Lohnes müsse einheitlich gestaltet werden. Die Aufmachung der neuen Dienstordnung zeige, daß Schöneberg in Arbeiterfragen nicht voran marschiere.

Oberbürgermeister Dominikus erklärt, daß sich nicht übersehen lasse, wie weit Nachforderungen notwendig seien, darum solle ein Voranschlag bewilligt werden. Verschlechterungen weise die Vorlage jedoch nicht auf. Wenn nach fünf Jahren das Endgehalt schon erreicht werden soll, dann bedeute das ein grundsätzliche Herabsetzung und das müsse abgelehnt werden. Dominikus (fortschrittlich) wünschte erst den finanziellen Effekt festgestellt zu wissen, bevor seine Fraktion zustimmt.

Bamberg (Rb.) hält die Kritik des Genossen Mohs für unberechtigt, wenn auch die neue Dienstordnung für die städtischen Arbeiter seinen Wünschen nicht entspreche. Die Genossen Käter, Bernstein, Mollenhuth wiesen auf die Interesslosigkeit

der bürgerlichen Parteien in Arbeiterfragen hin und meinten, daß eine Lohnhöhung von 50 Pf. pro Mann und Woche unter den heutigen teureren Verhältnissen doch recht minimal sei. Die Einstellung von Arbeitern nur bis zum 40. Lebensjahr zeige gerade kein besonderes soziales Verständnis. Das Reich habe diesen Standpunkt schon längst verlassen. Salinger (Rb.) meinte, es wäre nun genügen über diese Ordnung gesprochen worden, das übrige könnte auch im Ausschuß gesagt werden. Bamberg (Rb.) verwarf die Forderung seiner Parteifreunde dadurch zu erklären, daß sie keine Rede bereits kennen und nicht noch einmal hören wollten. — Hierauf wurde die Vorlage einem Ausschuß überwiesen, dem die Genossen Käter, Mohs und Döbner angehören. Es folgte geheime Sitzung.

In dem gestern veröffentlichten Wahltableau ist im 1. Wahlbezirk irrtümlich ein Oberpostsekretär als sozialdemokratischer Wahlmannslandidat vermerkt. Die sozialdemokratischen Urwähler werden sofort erklart haben, daß es sich hier um eine Verwechslung handelt.

Sichtenberg.

Die Stichwahlen zur Wahl der Wahlmänner finden heute, Mittwoch, in denselben Lokalen und zur gleichen Zeit wie die Hauptwahl statt. Es ist dringende Pflicht aller Genossen, nicht nur an den Wahltag zu treten, sondern auch an der Wahlarbeit sich zu beteiligen.

Das Zentralwahlbureau ist wieder bei Pieskenhagen in der Schornweberstraße. Dort werden diejenigen Genossen zur Wahlhilfe erwartet, die nicht bereits in den Bezirkslokalen zur Wahlarbeit bestimmt sind.

Lichterfelde.

Auf zur Gemeindevertreterwahl!

Heute nachmittag von 4 bis 8 Uhr soll die Entscheidung fallen, ob die Arbeiterschaft des I. Bezirks (Osten) das für ungültig erklärte Mandat des Genossen Kaspar Wenzel den Gegnern überlassen, oder dasselbe gleich in der Hauptwahl für uns behaupten will.

Der monatelange Kampf der bürgerlichen Vereine hat sich im letzten Augenblick als bloße Farce entpuppt. Einmütig haben dieselben unter sich erklärt, daß die Auffstellung der Kandidaten Kulbe und Lieve nur dazu diene, die Sozialdemokratie in die Stichwahl zu bringen, um dieselbe sodann um so leichter besiegen zu können.

Arbeiter, Parteigenossen! Macht diese Spekulation zunichte! Bringt, was wahrheitsgemäß ist, zum Wahllokal!

Erkläre jeder seine Ehre darin, unseren Genossen mit einem imponanten Stimmenergebnis in die bisher sozialistenreine Gemeindevertretung zu entsenden.

Das Wahllokal ist Hennings Restaurant, Jungfernstieg 5/6.

Jeder Genosse finde sich pünktlich im Wahllokal ein.

Die Arbeiterschaft Groß-Berlins wird gebeten, Lichterfelder Arbeiter auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen. Ebenso ersuchen wir alle Genossinnen, sich von 4 Uhr ab im Wahlbureau, ebenfalls in

Hennings Restaurant, Jungfernstieg 5/6, im hinteren Garten (linker Pavilion) einzufinden.

Mit der heute Mittwoch nachmittag von 4—8 Uhr bei Hennig, Bahnhof Ost, stattfindenden Gemeindevertreterwahl beschäftigte sich eine überaus stark besuchte öffentliche Versammlung. Der Kandidat Genosse Wenzel entwickelte in markanten Zügen das sozialdemokratische Kommunalprogramm, dabei zeigend, wie rücksichtslos die von der bürgerlichen Gemeindevertretung betriebene Kommunalpolitik ist. Ein vom eingeladenen, aber nicht erschienenen bürgerlichen Kandidaten eingelaufenes Schreiben, worin betont wird, daß die Gemeindevahl nicht vom parteipolitischen Gesichtspunkt zu betrachten sei, unterzog der Redner einer eingehenden Kritik. Es war Wenzel ein leichtes, den Nachweis zu führen, daß die Gegner bisher bei allen Kommunalwahlen ihre Agitation in parteipolitischem Sinne betrieben haben. Von zwei erschienenen Anhängern der bürgerlichen Richtung sprach einer zur Diskussion, ohne jedoch irgendwelchen Eindruck auf die Versammelten zu machen.

An den Wählern der dritten Abteilung liegt es nun, am heutigen Tage dem sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Kaspar Wenzel zum Siege zu verhelfen und damit die Mauer niederzuwerfen, die ihr bisher den Eintritt in das völlig von bürgerlichen Vertretern besetzte Gemeindeparlament versperrte.

Mogen (Kreis Teltow).

Sein viertes Stiftungsfest hält am Sonntag, den 26. Mai, im Mogenbahnhof (Znh. Julius Wurann) der Arbeiterradfahrerverein ab. Da die Arbeiterschaft unter der Polaskrage erheblich zu leiden hat, wird alleseitig erjucht, das Fest tege zu unterstützen. Die Korsofahrt findet nachmittags um 3 Uhr statt.

Rossen.

Daß die hiesige Polizeibehörde mit zweierlei Maß mißt, hat sich kürzlich wieder mit aller Deutlichkeit gezeigt. Während nämlich der von der Arbeiterschaft am ersten Mai geplante Frühaustrug mit Musik vom hiesigen Bürgermeister sowie vom Amtsvorsteher verboten wurde, konnten am letzten Sonntag vor dem Gottesdienst evangelische Arbeiter ungeniert mit Musik durch die Stadt marschieren. Es waren etwa 12 auswärtige Vereine, die — wenn auch in geringer Personenzahl — die Straßen beherzten. Die sonst von der Behörde geübte Befürchtung, daß durch derartige Umzüge bei andergerichteten Personen Mergernis entstehen könnte oder daß gar Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestehe, scheint diesmal sonderbarerweise nicht vorgeherrsch zu haben.

Potsdam.

Durch Säuredämpfe vergiftet wurde der vier Lindenstr. 42 wohnhafte Arbeiter Karl Mich, der in der Dextrinfabrik von D. Rugner am Kiewitz beschäftigt war. Er war in der ersten Etage und sollte einen Ballon Salpeterminerale transportieren. Der Gasballon platzte und durch die ausströmenden Säuredämpfe zog sich K. eine Vergiftung zu, an deren Folgen er tags darauf im städtischen Krankenhaus starb.

Nieder-Schönhagen.

Da am Freitag, den 23. Mai, in verschiedenen Wahlbezirken sich Stichwahlen notwendig machen, werden die Genossen erklart, sich an demselben Tage nachmittags 2 1/2 Uhr bei Retzig, Klauenburger Straße 4, zahlreich einzufinden. Die Wahl findet um dieselbe Zeit und zwar für die I. Abteilung von 8—8 1/2, für die II. Abteilung von 4—5 und für die III. Abteilung von 3 1/2—5 1/2 Uhr statt.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Tempelhof. Donnerstag, den 22. Mai, nachmittags 5 1/2, Uhr, im Gemeindefestungszimmer, Dorstr. 42.

Rosenthal. Am Donnerstag, den 22. Mai, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindefestung, Schillerstraße.

Bruchmühle. Am Donnerstag, abends 6 Uhr, im Gemeindebureau.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.